

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wilhelm Bruns

Mehr Substanz in den Ost-West-Beziehungen  
Zur dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien

Margareta Mommsen

Strukturwandel der Öffentlichkeit im Sowjetsystem  
Zur Dialektik von Glasnost und Perestroika

Heinz Timmermann

Die KPdSU und das kommunistische  
Parteiensystem

Paradigmenwechsel in Moskau

Dieter Heinzig

Sowjetische Chinapolitik unter Gorbatschow:  
Der Abbau der „drei großen Hindernisse“

B 12/89  
17. März 1989

**Wilhelm Bruns, Dr. phil., geb. 1943; Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.**

Veröffentlichungen u. a.: Die friedliche Koexistenz, Hamburg 1976; Die UNO-Politik der DDR, Stuttgart 1980<sup>2</sup>; Uneinig in den Vereinten Nationen, Köln 1980; Deutsch-deutsche Beziehungen, Opladen 1984; (zusammen mit Christian Krause und Eckhart Lübke) Sicherheit durch Abrüstung, Bonn 1984; (Hrsg. zusammen mit Horst Ehmke und Christian Krause) Bedrohungsanalysen, Bonn 1985; DDR-Außenpolitik, Berlin 1985; (Hrsg.) Die Ost-West-Beziehungen am Wendepunkt?, Bonn 1988; Von der Deutschland-Politik zur DDR-Politik?, Opladen 1989.

**Margareta Mommsen, Dr. phil., geb. 1938; Studium der Politikwissenschaft und der osteuropäischen Geschichte in Brüssel, Heidelberg und Bochum; seit 1989 Professorin an der Universität der Bundeswehr Hamburg.**

Veröffentlichungen u. a.: Die österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien-Köln-Graz 1976; Hilf mir, mein Recht zu finden. Russische Bittschriften von Iwan dem Schrecklichen bis Gorbatschow, Frankfurt-Berlin 1987; Aufsätze zum österreichischen Regierungssystem sowie zur Struktur und Entwicklung des Sowjetsystems.

**Heinz Timmermann, Dr. phil., geb. 1938; Stellv. Leiter der Abteilung Ost-West-Beziehungen und internationale Politik am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.**

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Eurokommunismus: Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt 1978; (Hrsg.) Die kommunistischen Parteien Südeuropas: Länderstudien und Queranalysen, Baden-Baden 1979; (Mithrsg.) Lexikon des Sozialismus, Köln 1986; The Decline of the World Communist Movement, Boulder — London 1987; Die sowjetische Außenpolitik im Zeichen von „neuem Denken“ und Handeln, Köln 1988.

**Dieter Heinzig, Dr. phil., geb. 1932; Forschungsbereichleiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln.**

Veröffentlichungen u. a.: Die Krise der Kommunistischen Partei Chinas in der Kulturrevolution, Hamburg 1969; Sowjetische Militärberater bei der Kuomintang 1923—1927, Baden-Baden 1978; Sowjetisch-chinesische Beziehungen in den siebziger und achtziger Jahren (Berichte des BIOst, Nr. 44), Köln 1984; Die Volksrepublik China zwischen den Supermächten 1949—1985 (Berichte des BIOst, Nr. 49), Köln 1985; (Hrsg. mit Joachim Glaubitz) Die Sowjetunion und Asien in den 80er Jahren, Baden-Baden 1988.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 39, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986 und 1987 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Mehr Substanz in den Ost-West-Beziehungen

## Zur dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien

### 1. Vorbemerkung

Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen gelang es den 35 KSZE-Staaten, sich auf ein ausgewogenes und substantielles Schlußdokument in Wien zu verständigen. Auf der 162. Plenarsitzung am 15. Januar 1989 einigten sich die Delegationsleiter auf ein Ergebnis, das bei Konferenzbeginn am 4. November 1986 von vielen gewünscht, aber von keinem so erwartet wurde. Im folgenden soll nicht die Geschichte des KSZE-Prozesses dargestellt werden; auch soll es nicht um die politische Bedeutung der KSZE-Schlußakte gehen<sup>1)</sup>. Vielmehr stehen drei Fragen im Vordergrund:

a) Wie ist das Ergebnis zu bewerten? (Dies ist die Frage nach der Substanz des Schlußdokuments von Wien.)<sup>2)</sup>

b) Was waren die Hauptpunkte der Kontroverse zwischen den beteiligten Staaten? (Diese Frage soll die Gründe erläutern, warum es nicht gelang, den ursprünglichen Zeitplan [31. 7. 1987] einzuhalten.)

c) Die Frage nach den Perspektiven des KSZE-Prozesses soll den Abschluß bilden.

### 2. Der „Durchbruch“

Noch am 25. März 1988 meinte der Delegationsleiter der Bundesrepublik, Ekkehard Eickhoff, stellvertretend für andere, die Wiener Konferenz sei von „großen Fortschritten weit entfernt“<sup>3)</sup>. Dies war der Tenor auch aller sonstigen Stellungnahmen zum Stand der KSZE-Beratungen bis weit in den Herbst des Jahres 1988 hinein. Die Gründe für diese Zustandsbeschreibung waren mannigfach; hier seien nur zwei beispielhaft erwähnt:

– Was als Fortschritt zu gelten hatte, war unter den KSZE-Teilnehmerstaaten durchaus umstritten: Während die USA den Fortschritt abhängig mach-

ten von sowjetischen Zugeständnissen in der Menschenrechtsfrage, suchten die Warschauer-Pakt-Staaten Fortschritte zu erzielen bei einem Mandat für eine Konferenz über konventionelle Abrüstung in Europa (KRK). Hinzu kam ein innerwestlicher Dissens in der Gewichtung einzelner Elemente des KSZE-Prozesses: Während die Bundesrepublik alle Elemente, also die politische, die militärische, die ökonomische und die humanitäre Komponente stärken wollte, waren die USA, Frankreich und Großbritannien primär an der Menschenrechtsverwirklichung im Bereich der Warschauer-Pakt-Staaten interessiert. Daneben gab es den „Sonderkonflikt“ zwischen Ungarn und Rumänien wegen der Behandlung der Minderheiten in Rumänien und der rumänischen Weigerung, einem substantiellen Dokument zuzustimmen.

– Obgleich der Osten in der humanitären Komponente dem Westen stark entgegengekommen war, suchte der Westen präzisere Festlegungen. Da es nach längeren Verhandlungen gelang, sich auf konkrete Empfehlungen, insbesondere im menschenrechtlichen Bereich zu verständigen, kam es um die Jahreswende 1988/89 zum „Durchbruch“. Der Verlauf und die Ergebnisse des KSZE-Treffens in Wien zeigen, daß die westlichen Staaten nach besseren Regelungen im „Korb 3“ (größere Freizügigkeit) verlangten und daß die UdSSR – aber auch andere Warschauer-Pakt-Staaten wie etwa die DDR – Entgegenkommen signalisierten und so einen Abschluß möglich machten.

Es waren auch bei dieser Folgekonferenz die sogenannten N-N-Staaten (also die Neutralen und Blockunabhängigen), die als Koordinatoren in den jeweiligen Arbeitsgruppen wie als Gruppe insgesamt die Wiener KSZE-Konferenz zu einem Erfolg führten. Sie legten am 18. Dezember 1988 einen neuen Entwurf für ein Schlußdokument vor, der im wesentlichen den Text des bereits im Mai 1988 von den N-N-Staaten in Wien vorgelegten Entwurfs enthält, und von den 35 KSZE-Teilnehmern „angenommen“ wurde – wobei Annahme hier bedeutet, daß keiner der 35 KSZE-Staaten mit Ausnahme Rumäniens interpretatorische Einwände erhoben hat.

### 3. Politischer Klimawandel in Wien

Die Beratungen im Rahmen der dritten KSZE-Konferenz haben einige interessante Erkenntnisse zutage gefördert, von denen hier vier stichwortartig genannt werden sollen:

<sup>1)</sup> Vgl. dazu im einzelnen Wilhelm Bruns, Bilanz und Perspektiven des KSZE-Prozesses, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/88, S. 27–38; ders., Vom Ost-West-Konflikt zur Ost-West-Kooperation, in: Wilhelm Bruns (Hrsg.), Die Ost-West-Beziehungen am Wendepunkt?, Bonn 1988, S. 15–38; Norbert Ropers/Peter Schlotter, Der KSZE-Prozeß, in: Friedensgutachten 1988, herausgegeben von Klaus v. Schubert/Egon Bahr/Gert Krell, Heidelberg 1988, S. 41–59.

<sup>2)</sup> Die offizielle deutsche Fassung des abschließenden Dokuments von Wien ist mit der Rede von Bundesaußenminister Genscher abgedruckt im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 10/1989, S. 77–108.

<sup>3)</sup> Zit. nach Europa-Archiv, (1988) 8, Z 74.

– Die Meinungsunterschiede verliefen nicht nach dem bekannten Ost-West-Schema. Dies galt sowohl für den Westen wie für den Osten. So gab es sowohl im Falle des Mandats für die KRK wie beim Projekt einer neuen Ost-West-Wirtschaftskonferenz erhebliche Meinungsunterschiede innerhalb der westlichen Staatengruppe, d. h. zwischen den USA und Frankreich im Falle des KRK-Mandats, im Falle der Wirtschaftskonferenz zwischen den USA und den EG-Staaten, um nur diese beiden Beispiele zu nennen. Im östlichen Bereich wurde der bilaterale Konflikt zwischen Ungarn und Rumänien wegen der Behandlung ungarischer Minderheiten in Rumänien zu einem KSZE-Thema. Zwischen der Türkei und Griechenland, zwischen zwei NATO-Staaten also, gab es einen heftigen Konflikt wegen der Einbeziehung der türkischen Provinz Mersin, deren Küste Zypern gegenüberliegt, in die KRK-Verhandlungen.

– Im KSZE-Prozeß reicht es nicht, wenn die beiden Großmächte USA und UdSSR sich einig sind. Es kommt auf jeden der 35 KSZE-Staaten an. Dieses „demokratische“ und antihegemoniale Prinzip findet seinen formalen Ausdruck in der festgelegten Konsensregel, das heißt, es kommt nur dann eine Vereinbarung zustande, wenn keiner der 35 KSZE-Länder dagegen ist. Ein solches „demokratisches“ Prinzip kann auch mißbraucht werden, indem ein einziges Land alles blockiert und von der jeweiligen Führungsmacht nicht mehr diszipliniert werden kann. Rumänien hat lange Zeit diese Blockade-Rolle gespielt.

– Bestätigt hat sich der ergebnisorientierte Einfluß der Neutralen und Nichtpaktgebundenen, denen alle Ingredienzen der Machtausübung fehlen, die aber im KSZE-Prozeß ihre Koordinierungsfähigkeit auch gegenüber den Großmächten zum Einsatz bringen.

– Deutlich wurde auch die konstruktive Rolle der beiden deutschen Staaten, die in Wien als wichtige KSZE-Staaten kompromißfähig waren und so ihre Verantwortung für die weitere Entwicklung von Entspannung und Abrüstung in Europa unter Beweis stellten.

#### 4. Was waren die wichtigsten Streitpunkte?

Auf den Feldern, wo es die größten Schwierigkeiten gab, gab es dann auch die größten Fortschritte. Dies ist der wichtigste Befund nach der dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien. Die größten Kontroversen, die schwierige, immer wieder unterbrochene Verhandlungen auslösten, waren:

- das Mandat über eine neue Konferenz über konventionelle Abrüstung in Europa;
- weitere Konkretisierungen im Korb 3, also zur humanitären Komponente des Entspannungsprozesses, und nicht zuletzt

– die „Mischung“ von Zugeständnissen, die letztlich zu substantiellen und ausgewogenen Ergebnissen führte.

Die Redner, zumeist die Außenminister der KSZE-Staaten, haben in der abschließenden Runde vom 17. bis zum 19. Januar 1989 in Wien Einigkeit in drei Punkten gezeigt:

- Das Ergebnis ist ausgewogen und substantiell.
- Es rechtfertigt Optimismus, daß die Ost-West-Beziehungen auf gutem Wege sind.
- Ohne die Zugeständnisse der UdSSR sowohl in Menschenrechtsfragen wie beim Mandat über konventionelle Abrüstung wäre es in Wien nicht zu dem von allen gelobten Ergebnis gekommen.

#### a) Zur Konferenz über konventionelle Abrüstung in Europa (KRK)

Nach schwierigen Beratungen gelang es den 16 NATO-Staaten und sieben Warschauer-Pakt-Staaten („Gruppe der 23“), sich auf ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa zu verständigen<sup>4)</sup>. Die Verständigung erstreckt sich auf den Teilnehmerkreis, das Verhandlungsziel, die Methode, wie das Ziel zu erreichen ist, und auf das Verhandlungsgebiet. Während diese Elemente klar umrissen sind, ist der Verhandlungsgegenstand nicht ganz so klar festgelegt, so daß es hier durchaus noch Diskussionen zu Beginn der eigentlichen Verhandlungen, die im März 1989 beginnen sollen, geben kann. In der Übersicht sieht das Verhandlungs-Tableau so aus:

**Ziel:** Festigung der Stabilität und Sicherheit in Europa durch die Schaffung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts der konventionellen Streitkräfte, das konventionelle Bewaffnung und Ausrüstung einschließt, auf niedrigerem Niveau; die Beseitigung von Ungleichgewichten, die nachteilig für die Stabilität und Sicherheit sind; vor allem aber – als vorrangige Angelegenheit – die Beseitigung der Fähigkeit zur Auslösung von Überraschungsangriffen und zur Einleitung großangelegter offensiver Handlungen.

**Methode:** Diese Ziele sollen durch die Anwendung militärisch bedeutsamer Maßnahmen – u. a. Reduzierungen, Begrenzungen, Bestimmungen zu Umdislozierungen, gleiche Obergrenzen und ähnliche Maßnahmen – erreicht werden.

**Teilnehmerkreis:** Alle 16 NATO-Staaten und die sieben Warschauer-Pakt-Staaten.

<sup>4)</sup> Es gibt weder für die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung noch für die über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen offizielle und vereinbarte Abkürzungen. „Nescafe“ wird in Diplomatenkreisen die neue Verhandlungsrunde über konventionelle Abrüstung genannt („Negotiations on Conventional Armed Forces in Europe“). Eingeführt ist die Abkürzung KRK.

**Verhandlungsgebiet:** Das gesamte Landterritorium der Teilnehmer-Staaten in Europa vom Atlantik bis zum Ural, das alle europäischen Inselterritorien der Beteiligten einschließt. Im Falle der UdSSR schließt das Anwendungsgebiet das gesamte Territorium westlich des Ural-Flusses und des Kaspischen Meeres ein. Im Falle der Türkei schließt das Anwendungsgebiet das Territorium der Türkei nördlich und westlich der folgenden Linie ein: Schnittpunkt der Grenze mit dem 39. Breitengrad und von dort zum Meer.

**Verhandlungsgegenstand:** Gegenstand sind die auf Land stationierten konventionellen Streitkräfte der Teilnehmer sowie ihre konventionelle Bewaffnung und Ausrüstung innerhalb des Territoriums der Teilnehmer-Staaten in Europa vom Atlantik bis zum Ural. Kernwaffen werden nicht Gegenstand dieser Verhandlungen sein. Seestreitkräfte und chemische Waffen werden nicht behandelt. Keine konventionelle Bewaffnung oder Ausrüstung wird deshalb als Verhandlungsgegenstand ausgeschlossen, weil sie neben konventioneller auch andere Einsatzfähigkeiten haben kann. Solche Bewaffnung oder Ausrüstung wird nicht als eine gesonderte Kategorie herausgestellt.

**Verhandlungsbeginn:** März 1989.

**Verhandlungsort:** Wien.

Die Einigung auf ein solches Mandat für die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa ist auch in der Substanz ein echter Durchbruch. Die Verhandlungen können jetzt nicht nur beginnen, sondern sie können auch auf einer Konsens-Basis geführt werden, bei der zahlreiche mögliche Streitpunkte vorher geklärt wurden.

Die Teilnehmer der KRK müssen noch definieren, welche Kategorien doppelt verwendbarer Waffen – also Kampfflugzeuge, Artillerie und Raketen – in die Verhandlungen mit einbezogen werden. Hier gibt es einen Dissens zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt<sup>5)</sup>. Sehr detailliert sind auch die Verifikationsbestimmungen: Alle Maßnahmen werden durch ein wirksames Verfahren überprüft, das Vor-Ort-Inspektionen und einen verbindlichen Informationsaustausch einschließt.

Die parallel laufenden Verhandlungen über konventionelle Abrüstung und über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sind insofern miteinander verbunden, als die 23 KRK-Staaten die anderen Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte mindestens zweimal während einer Verhandlungsrunde unterrichten, die Ansichten der Gruppe der „Neutralen und Nichtpaktgebundenen“ berücksichtigen und diese auch auf bilateralem Weg informieren.

<sup>5)</sup> Zum Verhandlungsansatz der NATO vgl. Lothar Rühl, NATO steckt noch ihre Verhandlungsposition ab, in: Die Welt vom 2. 2. 1989, S. 6.

Gesichert ist die Autonomie der KRK-Verhandlungen, das heißt, die KSZE hat weder ein Einspruchs- noch ein Verfügungsrecht über Art, Verlauf und Dauer der KRK-Verhandlungen. Die KRK-Staaten werden das 4. KSZE-Folgetreffen 1992 über ihre Verhandlungen unterrichten wie auch über „deren mögliche Ergebnisse“. Wichtig ist, daß beide Seiten sich das Ziel gesetzt haben, Höchstgrenzen von Streitkräften festzulegen. Keine Einigung gab es darüber, wie diese Höchstgrenzen ziffernmäßig aussehen sollen. Optimisten rechnen mit ersten Verhandlungsergebnissen in etwa fünf Jahren. Es wird auf die Kompromißfähigkeit beider Seiten ankommen wie auf die Verhandlungsfähigkeit ihrer jeweiligen Vorschläge, damit dieser Zeitraum verkürzt wird. Der Warschauer Pakt hat durch eine Reihe von einseitigen Vorleistungen für ein günstiges Verhandlungsklima gesorgt<sup>6)</sup>.

Die seit 1973 (!) ergebnislos verlaufenden MBFR-Gespräche sind am 2. Februar 1989 einvernehmlich beendet worden. Die Teilnehmerstaaten verwiesen immerhin auf die „wertvollen Erfahrungen“, die sie gesammelt hätten, stellten jedoch fest, daß das Maß an Übereinstimmung für einen Vertragsabschluß nicht ausgereicht hätte.

Der KSZE-Prozeß hat eine neue Qualität insofern gewonnen, als die konventionelle Abrüstung, die in der KSZE-Schlußakte von Helsinki noch eine marginale Rolle spielte und bislang in einem gesonderten Verhandlungsforum behandelt wurde – nämlich bei MBFR – nun durch die KRK, die im März 1989 beginnen soll, zum Bestandteil der KSZE geworden ist. Damit umfaßt der KSZE-Prozeß alle Komponenten der Ost-West-Beziehungen: neben der politischen und militärischen die ökonomische, ökologische, wissenschaftlich-technische sowie die humanitäre Komponente.

#### *b) Zur Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (KVAE)*

Beim Thema der „vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen“ gibt es eine völlig neue Situation: Lange Zeit handelte es sich um eine Forderung des Westens an den Osten. Zugespißt formuliert könnte man sagen: Es war ein genuin westliches Thema, das beim Warschauer Pakt auf Skepsis oder sogar Ablehnung stieß. Seit der Annahme des Stockholmer Dokuments über vertrauensbildende

<sup>6)</sup> So soll beispielsweise die Nationale Volksarmee der DDR bis 1990 einseitig und unabhängig von den Verhandlungen um 10 000 Mann reduziert werden. Gleichzeitig sollen die finanziellen Aufwendungen für die „nationale Verteidigung“ um zehn Prozent verringert werden. Eine vertrauensbildende Maßnahme zur Herstellung eines günstigen Verhandlungsklimas ist der zum ersten Mal vom Warschauer Pakt vorgelegte detaillierte Streitkräftevergleich von NATO und Warschauer Pakt (vgl. Neues Deutschland vom 30. 1. 1989, S. 3f.).

Maßnahmen vom September 1986 ist dieses Thema ein gemeinsames Ost-West-Thema geworden.

Heute ist es der Warschauer Pakt, der dem Westen unaufhörlich Vorschläge für eine Infrastruktur des Vertrauens unterbreitet – und heute ist es die NATO, die Probleme damit hat, östliche Vorschläge aufzunehmen und angemessen zu beantworten. Die NATO hat vor allem Probleme mit dem umfassenden Ansatz des Warschauer Pakts. In Budapest haben die Außenminister des östlichen Militärpakts am 28./29. Oktober 1988 eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die auf die „gesamte militärische Tätigkeit“ angewandt werden müßten. Das bedeutet, die Offensive liegt heute bei der UdSSR, der DDR, Polen und Ungarn<sup>7)</sup>.

Die Passage des Wiener Schlußdokuments zur KVAE ist nicht so umfassend und präzise wie das Mandat zur Konferenz über konventionelle Abrüstung. Die KSZE-Teilnehmerstaaten sind übereingekommen, daß Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen stattfinden werden, „um auf den bereits bei der Stockholmer Konferenz erzielten Ergebnissen aufzubauen und sie zu erweitern“. Mit diesem „Dokument von Stockholm“ vom 19. September 1986<sup>8)</sup> haben 35 Staaten etwas bewiesen, das auch für die Beratungen in Wien von zentraler Bedeutung gewesen ist, nämlich den Willen und die Fähigkeit zum Kompromiß. Ohne diese Kompromißfähigkeit wäre es in Stockholm nicht gelungen, sich auf wichtige vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu verständigen: Ab dem 1. Januar 1987 müssen alle militärischen Manöver und Truppenverlegungen in Europa über 13 000 Soldaten oder 300 Panzer zumindest 42 Tage vorher angemeldet werden. Wenn an solchen Manövern und Truppenverlegungen über 17 000 Mann teilnehmen, müssen militärische Beobachter sämtlicher Teilnehmerstaaten rechtzeitig dazu eingeladen werden. Jedes Jahr wird ein sogenannter Jahreskalender der militärischen Manöver und Truppenverlegungen ausgetauscht. Bis zuletzt umstritten waren die Regelungen über Verifikationsmaßnahmen. Hier gab es dann den größten Fortschritt in den Ost-West-Beziehungen mit Folgen für die militärische Entspannung. Der Sowjetunion konnte das Einverständnis abgerungen werden, Kontrollmaßnahmen auf ihrem eigenen Territorium (Inspektionen vor Ort) zuzulassen. Dreimal im Jahr muß sich jedes Land Inspektionen gefallen lassen, ohne dagegen Ablehnungseinwände vorbringen zu können. Mit diesen neuen, konkreten Maßnahmen wurde der völkerrechtliche Gewaltverzicht im Rahmen der KVAE konkretisiert. Die in Stockholm vereinbarten Maßnahmen haben sich

<sup>7)</sup> Vgl. den Vorschlag des Warschauer Pakts, in: Außenpolitische Korrespondenz, (1988) 44, S. 349 f.

<sup>8)</sup> Das Stockholmer Dokument ist abgedruckt im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 110/1986, S. 929–936.

nach Meinung aller Beteiligten uneingeschränkt bewährt.

Bei der Fortsetzung der KVAE (also der KVAE II) in Wien geht es um das Ziel, „einen neuen Satz einander ergänzender vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen auszuarbeiten und anzunehmen, die darauf gerichtet sind, die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa zu vermindern“. Im Wiener Schlußdokument wird hinzugefügt, daß diese Verhandlungen in „Übereinstimmung mit dem Madrider Mandat“ stattfinden werden. Das bedeutet, der Gegenstand selbst wird nicht im einzelnen festgelegt. Im Prinzip kann jeder Staat jeden Vorschlag einbringen mit dem Etikett „vertrauens- und sicherheitsbildend“, wenn dieser Vorschlag die „Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa“ vermindert. Jedoch sind mit dem Verweis auf das „Madrider Mandat“ (gemeint ist hier das abschließende Dokument des zweiten KSZE-Treffens in Madrid vom 6. September 1983) vier Kriterien eingeführt worden, die helfen können, zu klären, was nach KSZE-Maßstäben unter den weiten Begriff „vertrauens- und sicherheitsbildend“ fällt: Danach müssen vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen militärisch bedeutsam und politisch verbindlich sein, von angemessenen Formen der Verifikation begleitet werden und auf ganz Europa anwendbar sein<sup>9)</sup>.

Damit ist der Rahmen abgesteckt. Unter Berücksichtigung der bisherigen Diskussion und der bekannt gewordenen Vorschläge lassen sich drei Kategorien von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) bilden:

– Weiterentwicklung der VSBM des Helsinki-Typs, das heißt von Maßnahmen, die auf mehr Transparenz gerichtet sind. Im einzelnen geht es hier um die Verbesserung der Modalitäten bei der Ankündigung und Beobachtung von Manövern.

– Maßnahmen, die den Umfang und die Häufigkeit von Manövern einschränken sowie manöverfreie Räume festlegen (etwa in Grenznähe).

– Diskussion über militärische Optionen und Doktrinen mit dem Ziel, zu Vereinbarungen über defensive Strukturen, Dislozierungen und Ausbildungsinhalte zu kommen<sup>10)</sup>.

Es ist zu erwarten, daß die 35 Teilnehmer der KVAE II zu allen Kategorien von vertrauens- und

<sup>9)</sup> Vgl. Hermann Volle/Wolfgang Wagner (Hrsg.), Das Madrider KSZE-Folgetreffen, Bonn 1984, hier insbes. S. 186.

<sup>10)</sup> Die KVAE wird sich mit militärisch bedeutsamen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen befassen. Es sollte hier jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß es auch vertrauensbildende Maßnahmen nichtmilitärischer Art von erheblicher Bedeutung gibt. Gemeint sind Maßnahmen, die auf den Abbau von Feindbildern und überzogenen Bedrohungsvorstellungen gerichtet sind und sich insbesondere in Schulbüchern, Rundfunk- und Fernsehsendungen finden.

sicherheitsbildenden Maßnahmen sich auf weitergehende Vereinbarungen verständigen werden. Am schwierigsten, wenngleich am wichtigsten, wird die Diskussion über militärische Optionen und Doktrinen werden. Sowohl die NATO wie der Warschauer Pakt haben signalisiert, daß sie zu substantiellen Gesprächen bereit seien. „Militärdoktrinen müssen daraufhin überprüft werden, ob und wie weit sie noch offensive, ja sogar aggressive Elemente enthalten.“<sup>11)</sup>

### c) Die humanitäre Komponente

Völlig unerwartet haben sich die 35 KSZE-Staaten in einem Bereich auf weitergehende und präzisere Verabredungen geeinigt, der aus der Sicht des Westens der wichtigste, aus der Sicht der Warschauer-Pakt-Staaten der schwierigste ist: den der „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“.

Das vorliegende Wiener Schlußdokument ist von folgendem Grundgedanken gekennzeichnet: Es geht um die politische Förderung und administrative Erleichterung aller grenzüberschreitenden Bewegungen. Ein Durchbruch ist hier auch das fixierte Regel-Ausnahme-Verhältnis: Die Regel ist, daß die Teilnehmerstaaten das „Recht eines jeden auf Freizügigkeit und freie Wahl des Aufenthaltsortes innerhalb der Grenzen eines jeden Staates und auf Ausreise aus jedem Land, darunter auch seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land *uneingeschränkt* (Herv.W.B.) achten ...“ Einschränkungen dieses Rechts sind also die Ausnahme! Dies gilt auch für den Bereich der Familienbegegnungen und Familienzusammenführung.

Dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis verlangt von einigen Staaten eine Umkehrung ihrer bisherigen Praxis, die immer noch Reisen in ein anderes Land als Ausnahme versteht<sup>12)</sup>.

Zum erstenmal ist in einem KSZE-Dokument die vom Westen geforderte Freizügigkeit — detailliert und als Regelfall — beschrieben. Bei der administrativen Erleichterung des grenzüberschreitenden Besucherverkehrs sind die Staaten aufgefordert, die „Möglichkeiten für eine schrittweise Herabsetzung und schließlich Abschaffung aller etwaiger Erfordernisse an Reisende, Landeswährung über tat-

sächliche Ausgaben hinaus zu erwerben, in Erväugung (zu) ziehen und dabei den Personen den Vorrang (zu) geben, die zum Zweck von Familienbegegnungen reisen.“ Eine solche Passage hat natürlich auch eine deutschlandpolitische Komponente, denn sie zielt auf den „Zwangsumtausch“, den die DDR verlangt.

Bei dieser Passage gibt es eine Differenz zwischen der offiziellen deutschen Fassung und dem Wortlaut im „Neuen Deutschland“ (vom 21./22. 1. 1989, S. 6). Vereinbart ist, daß die Möglichkeiten zur Herabsetzung und schließlich Abschaffung des Zwangsumtauschs in Erväugung zu ziehen ist. Im „Neuen Deutschland“ ist lediglich unverbindlich davon die Rede, daß dies nur zu „prüfen“ sei. Bedeutet diese sprachliche Nichtübereinstimmung zwischen der offiziellen deutschen Fassung und der Wiedergabe im „Neuen Deutschland“ einen interpretatorischen Versuch der DDR, die multilaterale Vereinbarung einseitig im deutsch-deutschen Verhältnis zu unterlaufen?

Wichtig ist auch der sogenannte dreistufige Konsultations- und Überprüfungsmechanismus für die Einhaltung der Menschenrechts-Vereinbarungen mit bilateralen Bemühungen sowie dem Recht eines jeden KSZE-Staates, ungelöste Fälle im Kreise der 35 oder bei einer der drei vorgesehenen Konferenzen über Menschenrechte (1989 in Paris, 1990 in Kopenhagen und 1991 in Moskau) vorzubringen. In den Bereich der Menschenrechte fallen auch die detaillierten Beschreibungen der Religionsfreiheit, der Rechte von Glaubensgemeinschaften sowie nationaler Minderheiten, das Recht von einzelnen bzw. Gruppen, die Einhaltung der Menschenrechts-Verpflichtungen zu überwachen sowie verbesserte Rechtsmittel gegen Verstöße. Die politischen Verpflichtungen enthalten also sowohl materielle wie prozedurale Fortschritte.

### d) Zum Korb 2: Ökonomische Ost-West-Kooperation und Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technik und Umwelt

Ost und West sind sich in zwei Punkten einig: Der seit Jahren stagnierende Ost-West-Handel ist ohne Strukturveränderungen in seinem Volumen nicht zu vergrößern<sup>13)</sup> und eine weitere Teilung Europas, nämlich die technologische Teilung, darf nicht zugelassen werden. Leider hat diese Einigkeit bisher nicht zu konkreten Vorschlägen und verwertbaren Vereinbarungen geführt, die schon bald erhebliche Verbesserungen der Ost-West-Kooperation erbringen können. Statt dessen wird manches wiederholt, was sich schon 1975 in der KSZE-Schlußakte findet; so etwa die Empfehlung: „Zur leichteren Erfassung von Marktchancen werden die

<sup>11)</sup> Dies ist der Tenor aller Diskussionen, vgl. hier Bundespräsident Richard von Weizsäcker anläßlich des Neujahrsempfangs für das Diplomatische Korps, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 3/1989, S. 14.

<sup>12)</sup> Diese Feststellung gilt auch für die neue DDR-Verordnung über „Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland vom 30. November 1988“ (vgl. Neues Deutschland vom 14. 12. 1988, S. 6). So positiv diese Reiseverordnung gegenüber dem bis dahin nicht formalisierten Zustand auch zu bewerten ist — sie bleibt gleichwohl hinter dem Wiener Schlußdokument zurück, insbesondere deswegen, weil aus dem KSZE-Prinzip der Freizügigkeit immer noch ein Ausnahmerecht gemacht wird.

<sup>13)</sup> Vgl. etwa den DIW-Wochenbericht 44/1988 vom 3. 11. 1988, S. 587–594.

Teilnehmerstaaten die Veröffentlichung und Bereitstellung umfassender, vergleichbarer und rechtzeitig verfügbarer wirtschaftlicher und kommerzieller Informationen weiter fördern.“ Die Wiederholung dieser Empfehlung deutet auf erhebliche Defizite bei der Transparenz von Wirtschaftsabläufen hin.

Bei der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit geht es aktuell u. a. um Maßnahmen zur Eindämmung von AIDS und um die Erforschung der Langzeitfolgen von Strahleneinwirkung. Im Umweltbereich ist man sich einig darüber, daß beispielsweise Schwefelemissionen bzw. deren grenzüberschreitende Verbreitung rasch und wirksam verringert werden müssen. Weiter geht es um die Kontrolle und Verringerung von Stickstoffoxidemissionen bzw. ihrer grenzüberschreitenden Verbreitung. Hier wird man möglicherweise weiterkommen im bi- bzw. trilateralen Rahmen. Eine Umweltkonferenz, die 1989 in Sofia stattfinden wird, soll sich mit der Schaffung eines Frühwarnsystems, dem Ausbau des Informationsaustausches sowie mit der gegenseitigen Hilfe bei Industrieunfällen befassen.

Die einzige der KSZE-Spezialkonferenzen, die in der Bundesrepublik stattfinden wird, ist die Ost-West-Wirtschaftskonferenz. Die „Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa“ wird vom 19. März bis 11. April 1990 in Bonn stattfinden. Ein ausformuliertes Mandat für diese Konferenz gibt es noch nicht. Es wird hier um einen Meinungsaustausch von Vertretern der Regierungen aus Ost und West sowie der Privatwirtschaft über Verbesserungen der ökonomischen Ost-West-Zusammenarbeit gehen.

### 5. KSZE-Spezialtreffen bis 1992

Der KSZE-Prozeß geht weiter. Er manifestiert sich in einer dichten Abfolge von Konferenzen, auf denen wichtige Themen behandelt werden mit dem Ziel, das zu konkretisieren, was sich die 35 KSZE-Staaten vorgenommen haben: Verlässliche Sicherheit durch weniger und andere Waffen sowie durch intensivere Zusammenarbeit in allen Bereichen. Dazu eine Übersicht über KSZE-Spezialtreffen bis 1992:

| Konferenzthema  | Ort               | Termin                |
|---|-------------------|-----------------------|
| Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK)  | Wien              | 9. 3. 1989            |
| Neue vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa (KVAE)   | Wien              | 9. 3. 1989            |
| Informationsforum über die Bewertung der bisherigen Fortschritte und die weitere Verbesserung der Kommunikation unter den KSZE-Partnern | London            | 18. 4. – 12. 5. 1989  |
| 1. Menschenrechtskonferenz  | Paris             | 30. 5. – 23. 6. 1989  |
| Umweltkonferenz   | Sofia             | 16. 10. – 3. 11. 1989 |
| KSZE-Wirtschaftskonferenz   | Bonn              | 19. 3. – 11. 4. 1990  |
| 2. Menschenrechtskonferenz  | Kopenhagen        | Mai/Juni 1990         |
| Expertentreffen über Mittelmeerfragen/Ökologie  | Palma de Mallorca | Sept./Okt. 1990       |
| Expertenkonferenz über friedliche Streitschlichtung   | La Valetta        | 15. 1. – 8. 2. 1991   |
| Symposium über Europas kulturelles Erbe und seine Erhaltung   | Krakau            | 28. 5. – 7. 6. 1991   |
| 3. Menschenrechtskonferenz  | Moskau            | Sept./Okt. 1991       |
| KSZE-Folgekonferenz   | Helsinki          | 24. 3. 1992           |

### 6. Perspektiven: Verlangt wird die KSZE-Fähigkeit der Staaten

Das Schlußdokument von Wien verlangt von einigen Staaten mehr als von anderen. Dies liegt an den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen wie an der insbesondere im menschenrechtlichen Teil restriktiven Praxis in einigen Staaten.

Der weitere KSZE-Prozeß verlangt auf jeden Fall die KSZE-Fähigkeit der Staaten. KSZE-fähig ist der Staat, der seine Politik im Innern den KSZE-Verabredungen anpaßt und nicht etwa den Versuch macht (wie dies offensichtlich im Falle Rumäniens bereits geschehen ist), die Verabredungen umzu- deuten und sich ansonsten hinter der Formel von den inneren Angelegenheiten, in die sich niemand einmischen dürfe, zu verstecken. Eine solche

KSZE-Unfähigkeit würde beim nächsten Treffen der 35 Staaten in Helsinki zur Sprache kommen.

Zur KSZE-Fähigkeit heißt es im Wiener Schlußdokument, daß die Teilnehmerstaaten die Bestimmungen über Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen im Rahmen ihrer Gesetze und Verordnungen gewährleisten, wobei die Teilnehmerstaaten davon ausgehen, daß diese Gesetze und Verordnungen mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen übereinstimmen. Mahnend wird hinzugefügt, daß diese Gesetze und Verordnungen mit ihren KSZE-Verpflichtungen in Einklang gebracht werden müssen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Wie es in den Ost-West-Beziehungen konkret weitergehen soll, ist im KSZE-Schlußdokument von Wien beschrieben worden, wenn auch mit unterschiedlichem Konkretisierungsgrad. Wie es tatsächlich weitergehen wird, hängt von einer Reihe von äußeren und inneren Bedingungen ab, die das Verhalten der KSZE-Staaten bestimmen. Entscheidend ist der politische Wille der 35 Teilnehmerstaaten.

Die dichte Konferenzfolge mit der 4. Überprüfungskonferenz der KSZE 1992 in Helsinki sichert nicht nur die Fortsetzung des KSZE-Prozesses, sondern übt auch den nötigen Druck auf die KSZE-Teilnehmer aus, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Man kann hier dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker nur zustimmen: „Jetzt kommt es darauf an, das Vereinbarte im Sinne der Festigung der Stabilität des KSZE-Prozesses, der Stärkung friedlicher und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit in die Tat umzusetzen.“<sup>14)</sup> Das Vereinbarte ist im KSZE-Schlußdokument strek-

kenweise detailliert formuliert. Wenn er nicht nur auf die politisch-militärische Komponente beschränkt wird, sondern auch die humanitäre Komponente uneingeschränkt einschließt, ist der KSZE-Prozeß auf gutem Wege. Es ist viel von der Dynamik in den Ost-West-Beziehungen die Rede. Wenn dies richtig ist, so kommt es entscheidend darauf an, dieser Dynamik eine bestimmte Richtung zu geben. Für eine allgemein akzeptable Richtung in den Ost-West-Beziehungen gibt es eine gemeinsame Basis, vereinbarte Mittel sowie gemeinsame Zielbegriffe.

Die gemeinsame Basis für eine positive, also gewollte Dynamik ist die KSZE-Schlußakte von 1975, die sich allseits bewährt hat und nun durch das Wiener Schlußdokument konkretisiert wurde. Die vereinbarten Mittel sind der Gewaltverzicht, die Verhandlungen, die bilateralen und multilateralen Beratungen und die regelmäßigen Konsultationen auf allen Ebenen. Als gemeinsamen Zielbegriff würde ich die „Europäische Friedensordnung“ nennen, ein Begriff, der sich sowohl in den Dokumenten der NATO wie des Warschauer Pakts findet.

Diese Europäische Friedensordnung muß umfassend verwirklicht werden, d. h. sie muß ihren Ausdruck im Politischen, im Militärischen, im Wissenschaftlichen, im Ökologischen, Ökonomischen wie natürlich im Humanitären finden. Eine dynamische Entwicklung dieser verschiedenen Komponenten führt zu einer neuen politischen Infrastruktur in Europa. Unterhalb dieser generellen Linie gibt es nicht nur gemeinsame Begriffe wie etwa die ökologische Sicherheitspartnerschaft, sondern auch den der strukturellen Angriffsunfähigkeit von bestehenden Streitkräften. Das Wiener Schlußdokument, das einen hohen Grad an Ost-West-Übereinstimmung zum Ausdruck bringt, wird den aktuellen Ost-West-Beziehungen Substanz und Richtung geben.

<sup>14)</sup> Erich Honecker anlässlich des Staatsbesuches des schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson, in: Neues Deutschland vom 24. 1. 1989, S. 3.

# Strukturwandel der Öffentlichkeit im Sowjetsystem Zur Dialektik von Glasnost und Perestroika

## I. Einführende Betrachtungen

Die Begriffe „Glasnost“ und „Perestroika“ haben mittlerweile in den Sprachgebrauch vieler Länder – von den USA bis Japan – Eingang gefunden. Sie charakterisieren etikettenhaft den Reformprozeß in der UdSSR. Zumeist ist auch bekannt, daß die Entstehung einer kritischen Öffentlichkeit, Glasnost, dem Plan einer Umgestaltung des politischen Systems, der Perestroika, vorausging. Es stellt sich daher die Frage nach dem wechselseitigen Verhältnis von Glasnost und Perestroika, zumal nach der Hebelfunktion der neuen öffentlichen Meinung für die Entstehung alternativer ordnungspolitischer Vorstellungen. In gleicher Weise interessiert der institutionelle Rahmen, in dem die Reformdebatte verläuft: Hat die vielzitierte Kultur des Dialogs und der Polemik zu neuen Artikulationsformen öffentlicher Kritik wie gesellschaftlicher Kommunikation geführt, ja, kann von einem Strukturwandel der Öffentlichkeit gesprochen werden?

Zu erwägen ist weiter, ob sich aus solchen Änderungen Rückschlüsse auf die allgemeine Entwicklungstendenz des Sowjetsystems gewinnen lassen.

Damit verbindet sich die Frage nach der gestaltenden Kraft von Glasnost für die Inhalte eines „sozialistischen Rechtsstaats“ und eines „Pluralismus der Meinungen“.

Um Veränderungen ermessen zu können, empfiehlt sich zunächst ein kurzer Überblick über die traditionellen Formen und Wirkungsweisen von öffentlicher Kritik im Sowjetsystem. In einem zweiten Schritt sollen die konkreten Auswirkungen der Glasnost-Parole und der Preisgabe des kommunistischen Wahrheitsmonopols auf den Prozeß gesellschaftlicher Meinungsbildung wie auf die sowjetische Medienlandschaft erörtert werden. Höhepunkte in diesem Prozeß stellten bisher die Diskussionen vor und auf der 19. Gesamtsowjetischen Parteikonferenz im Sommer sowie die Volksaus-sprache über die Verfassungsänderungen im Spätherbst 1988 dar. Die hier gehandelten Ordnungsmodelle und die konkreten Verlaufsformen der Debatte können erste Anhaltspunkte dafür abgeben, die Richtung des Systemwandels in der UdSSR zu bestimmen.

## II. Formen und Wirkungsweisen einer kritischen öffentlichen Meinung vor der Glasnost-Ära

Auch in den Jahren der „Stagnation“ gab es Formen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Regime und seiner Arbeitsweise. Die Kritik blieb nicht auf die Werke der Dissidenten beschränkt, auch wenn von ihnen die Einrichtungen des Sowjetsystems besonders scharf angegriffen wurden. Nach dem Scheitern ihrer heroischen Versuche, in offenen Briefen und Petitionen an die politische Führung eine Demokratisierung und vor allem mehr Öffentlichkeit (Glasnost) einzuklagen, wurden die „Andersdenkenden“ in den Untergrund (Samisdat) und auf Veröffentlichungen im Ausland (Tamisdat) abgedrängt. Die Grenzen zwischen der Regimekritik dieser „nichtoffiziellen“ Literatur und der Gesellschaftskritik so mancher im Lande gedruckter „offizieller Literatur“ waren fließend. Auch hier brach sich in Romanen und Theaterstücken ein nonkonformes Denken und Kritik an den Schwachstellen des Systems wie an gesellschaftlichen Verfallserscheinungen Bahn. So hat der

heute in vorderster Perestroika-Front kämpfende Schriftsteller Alexander Gelman den Zusammenhang von hierarchischem Kommandosystem und Verantwortungslosigkeit schon früh auf die Bühne gebracht<sup>1)</sup>.

Neben den Schriftstellern und Literaten verstanden es Sozialwissenschaftler und Juristen auf ihre Weise, systemkritische Gesellschaftsanalysen vorzulegen und Reformen einzufordern. Sie verlangten mehr Rechtssicherheit, mehr Formen sozialer Rückkopplung und den Ausbau demokratischer Einrichtungen. Zum Teil trug die Unionsverfassung von 1977 diesen Wünschen Rechnung. So bestimmte Art. 9, daß zur weiteren Entfaltung der

<sup>1)</sup> Vgl. W. Eichwede, Abweichendes Denken in der Sowjetunion, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 13 (1987) 1, S. 39–62; ferner N. Lampert, *Social Criticism in Soviet Drama: The Plays of Aleksandr Gel'man*, in: *Soviet Studies*, XXXIX (1987), S. 101–115.

Demokratie eine stärkere Partizipation sowie „die zunehmende Öffentlichkeit (Glasnost) und die ständige Berücksichtigung der öffentlichen Meinung“ gehören. Dieses „Demokratie-Gebot“ blieb jedoch nur ein Programm. Ähnliches galt für rechtsstaatliche Bestimmungen, etwa im Hinblick auf die Absicherung eines Bürgerrechts auf Kritik und auf Beschwerdeführung vor den Gerichten. Entsprechende Ausführungsgesetze wurden erst in jüngerer Zeit verabschiedet<sup>2)</sup>.

Andererseits verlor sich die Dynamik sozialwissenschaftlicher Kritik auch am Ende der Breschnew-Jahre nicht. Es entwickelten sich unterschiedliche Denkschulen über die Natur der öffentlichen Meinung im Sozialismus. Während die einen von einer grundsätzlichen Interessenharmonie in der Gesellschaft und zwischen dieser und dem Staat ausgingen, erkannten andere zunehmende Widersprüche und eine Vielfalt gesellschaftlicher Interessen. Diese Art von Wissenschaftsdiskurs gehörte im übrigen zu den herkömmlichen Mustern öffentlicher Kritik und diente immer auch der Suche von Problemlösungen.

Vor dem Hintergrund der polnischen Krise von 1980/81 verdichtete sich in sozialwissenschaftlichen Kreisen die Auffassung, daß auch die Sowjetgesellschaft nicht vor „antagonistischen Widersprüchen“ und das Regime nicht vor Legitimationseinbußen gefeit sei. Tatsächlich zeichneten sich Symptome einer Krise schon deutlich ab. Davon kündeten vielfältige Entfremdungserscheinungen in der Gesellschaft, Innovationsverluste, technologische Rückständigkeit und die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Heutige Perestroika-Protagonisten wie Boris Kuraschwili und Tatjana Saslawskaja machten schon 1983 klar, daß gesellschaftliche Dynamik und Innovation nur unter Berücksichtigung der tatsächlich heterogenen sozialen Strukturen und Interessen und kraft politischer Partizipationsmöglichkeiten erreichbar wären<sup>3)</sup>.

Neben Spielräumen und Nischen für Regime- und Strukturkritik in Wissenschaft, Literatur und Kunst gab es noch weitere Einrichtungen, die Kritik von unten nach oben transportierten. Dazu gehörten

<sup>2)</sup> Vgl. M. Mommsen, Tradition und Innovation in der politischen Kultur der UdSSR. Ursprünge und Perspektiven des Beschwerderechts, in: Der Staat, 26 (1987) 4, S. 523 ff.; dies., Hilf mir, mein Recht zu finden. Russische Bittschriften von Iwan dem Schrecklichen bis Gorbatschow, Frankfurt-Berlin 1987, S. 278 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. A. Butenko, Die Widersprüche der Entwicklung des Sozialismus als gesellschaftlicher Ordnung, in: Osteuropa, 33 (1983), S. A. 343 ff. (ursprünglich in: Voprosy Filosofii, [1982] 10, S. 16–29); vgl. auch T. Saslawskaja, Über die sozialen Mechanismen in der Wirtschaftsentwicklung, in: Osteuropa-Info, (1983) 53, S. 59–82; B. Kuraswili, Obektivnye zakony gosudarstvennogo upravlenija (Die objektiven Gesetze der staatlichen Leitung), in: Sovetskoe gosudarstvo i pravo, (1983) 10, S. 36–44.

Bürgerzuschriften an Partei-, Staats- und vor allem Presseorgane sowie Volksaussprachen zu wichtigen Gesetzesprojekten. Letztere trugen vornehmlich dazu bei, die Gesellschaft zu mobilisieren. Tatsächlich brachten Volksaussprachen einen beträchtlichen und kontroversen Meinungsfluß in Gang. Dem Aufwand wurde allerdings in den verabschiedeten Gesetzen viel zu wenig Rechnung getragen. Volksaussprachen erfüllten in der politischen Willensbildung eine vorwiegend informierende, beratende und korrigierende Funktion. Ähnliches gilt für die große Zahl von Zuschriften und Leserbriefen, die seit jeher als Ausdruck einer unverfälschten Bürgermeinung und als „Band mit den Massen“ von der Parteiführung geschätzt und gefördert wurden<sup>4)</sup>. Über die so artikulierte kritische Meinung der Gesellschaft gab die Sowjetpresse ausführlich Kunde. Umfangreiche Leserbriefspalten, Stellungnahmen dazu und ausführliche Reporterberichte brachten viele Beschwerden zutage. Während in Leserbriefen vorwiegend die alltäglichen Versorgungsprobleme, vielfache Formen des Amtsmißbrauchs, der Korruption und Ineffizienz in Verwaltung und Justiz angeprangert wurden, ging es in den Volksaussprachen auch um Wertfragen und politische Optionen.

In gleicher Weise wie in den Leserbriefen wurde das Regime seitens der Zeitungsreporter nur vordergründig hinsichtlich der Arbeitsweise seiner Träger in Partei und Staat kritisiert. Trotzdem vermittelte die regelmäßige Presselektüre ein anschauliches Bild von den typischen Strukturen eines autoritären, einer wirksamen Gesellschaftskontrolle und Rechtsaufsicht entbehrenden politischen Systems. Die über Jahrzehnte hin praktizierten Muster einer „Kritik und Selbstkritik“ waren eingefahren. Sie wurden abgespult, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, je nach Reporter und nach Zeitungsorgan. Die höheren Parteinstanzen übten immer wieder daran Kritik, daß untere Parteiorgane die Lektionen der von „oben und unten untermauerten Kritik und Selbstkritik“ nicht konsequent und nicht „schöpferisch“ genug befolgt hätten.

Während der kurzen Amtsperioden der beiden kranken Generalsekretäre Jurij Andropow und Konstantin Tschernenko weitete sich der Raum für öffentliche Kritik aus, doch blieb sie auf die herkömmlichen Muster beschränkt. Inhaltlich dominierte der Kampf für mehr Arbeitsdisziplin und gegen den Alkoholismus. Nach dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow im Frühjahr 1985 verstärkte sich dieser Trend. Der Ruf nach mehr Glasnost in der Presse war jedoch neu. Bald verdeutlichte sich auch die Stoßrichtung von Glasnost: mehr Transparenz in der Partei- und Verwaltungstätigkeit und die Loslösung von der „langweiligen,

<sup>4)</sup> Vgl. M. Mommsen, Hilf mir (Anm. 2).

ständig wiederholten propagandistischen „Gehirnwäsche“<sup>5)</sup>). Noch mehr Meinungsvielfalt in Leserbriefen, brisante Korruptionsfälle und Ansätze zur

Analyse typischer Strukturmerkmale des Sowjetsystems markierten die öffentliche Kritik auf dem Weg in die Glasnost-Ära.

### III. Das Ende des kommunistischen „Unfehlbarkeitsanspruchs“ und ein neues gesellschaftliches „Denken in Varianten“

Auf dem 27. Parteitag der KPdSU Ende Februar/Anfang März 1986 wurden die Weichen für eine eigenständigere kritische Öffentlichkeit gestellt. Die Partei leistete einen Offenbarungseid über die gravierenden „Deformationen“ im Lande, zunächst definiert als das Erbe „einer nicht weit zurückliegenden Periode“. Sie löste sich von dem lange gehüteten „Unfehlbarkeitskomplex“ und setzte nun auf die Phantasie und Dynamik einer neuen kritischen Öffentlichkeit. In Glasnost wurden vielfache Erwartungen gesetzt, vor allem die auf eine Demokratisierung, „denn ohne Publizität gibt es keine Demokratie, kein politisches Schöpferium der Massen und der Leitungstätigkeit, und es kann sie auch gar nicht geben“. Glasnost sollte die Gesellschaft mobilisieren, die Kader kontrollieren und Konzepte der Erneuerung zutage fördern.

Glasnost sei kein „Mechanismus zum Ein- und Ausschalten“, hieß es, sondern eine Einrichtung von grundsätzlichem Wert, die sich „störungsfrei“ entwickeln müsse. Andererseits wurde vor einer übertriebenen Kritik an der Partei gewarnt. Man könne diese schließlich nicht für alle ökonomischen und sozialen Schwächen im Lande verantwortlich machen, bis hin etwa zu dem Mangel an Nägeln. Immerhin hatte schon vor dem 27. Parteitag ein Leserbrief in der Prawda die „sich träge dahinwäzende parteiadministrative Schicht“ und deren privilegierte Lebensweise angegriffen. Daraufhin meinten konservative Vertreter der Führung, vor Pannen mit Glasnost und einer „selbstzerstörerischen“ Kritik und Selbstkritik warnen zu müssen. Solchem Kleinmut begegnete man seitens der Reformer mit der Autorität von Marx und Lenin. Deren Aussagen über die selbstreinigende und stabilisierende Kraft von Selbstkritik für revolutionäre Bewegungen wurden nun vorzugsweise zitiert<sup>6)</sup>.

In seinem Buch „Perestroika“ trat Gorbatschow dafür ein, Glasnost gesetzlich abzusichern, so daß die Bürger „ohne Angst“ ihre Meinung kundtun könnten. Öffentliche Kritik sollte also vor denjenigen geschützt werden, die sich angewöhnt hatten, ihre Kritiker zu verfolgen und zu diskriminieren. Weiter sollte in den Massenmedien eine Kultur des

„Dialogs“ entwickelt werden. Entsprechende Erregenschaften sah Gorbatschow darin, daß „an die Stelle trockener Berichte“ bereits „Interviews, Gespräche, Diskussionsrunden und Debatten über Leserbrief“ getreten seien. Diese Diskussionen könnten noch ausgeweitet werden, „damit alle Sowjetbürger zu Wort kommen und der sozialistische Pluralismus, so wie er ist, in jeder Publikation in seiner ganzen Breite repräsentiert würde“<sup>7)</sup>.

Tatsächlich kam zumal nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl immer mehr Bewegung in die sowjetische Medienlandschaft, in die Formen wie in die Inhalte. Nachdem eine gewisse Funkstille über die Vorgänge in dem Atomkraftwerk verstrichen war, wurde der Fall im neuen Verständnis von „Kritik und Selbstkritik“ paradigmatisch erörtert. Dabei wurden die typischen Probleme der Verantwortungslosigkeit und Vertuschung analysiert und selbst zu einem Drama verarbeitet. Generell weiteten sich die Spielräume für eine kritische Öffentlichkeit nach Tschernobyl noch deutlich aus. Nach und nach wurden neue, politisch sensible Bereiche zum Gegenstand öffentlicher Erörterung, fielen sorgfältig gehütete Tabus. Institutionen wie der KGB und die Rote Armee wurden in der Unionspresse kritisiert. Schwerwiegende soziale Probleme wie Prostitution, Drogensucht, die Misere von Landstreichern und die Orientierungslosigkeit von Jugendlichen fanden erstmals eine offene und kontroverse Behandlung. Im Disput zwischen einzelnen Zeitungsorganen polarisierten sich auch grundsätzliche Standpunkte. Zu den Neuheiten gehörte, daß ganze Politikbereiche wie die Bildungs- und die Gesundheitspolitik an den Pranger gerieten. War über den Krieg in Afghanistan ursprünglich gar nicht und dann nur über den heroischen internationalistischen Einsatz der sowjetischen Kombattanten berichtet worden, so wurden zuletzt die Greuel an der Front und der achtlose Umgang mit verletzten Heimkehrern beschrieben. Zahlen über die Verluste wurden vorgelegt; zur Sprache kamen auch Vorfälle des „Loskaufs“ mancher Soldaten vom Kriegsdienst.

Schließlich wurden die großen sozialen Ungerechtigkeiten im Lande thematisiert, die ganze Schichten betreffen, so die Benachteiligung der Landbe-

<sup>5)</sup> Ebda., S. 270.

<sup>6)</sup> Vgl. G. Meyer (Hrsg.), Sowjetunion zu neuen Ufern? Dokumente und Materialien zum XXVII. Parteitag der KPdSU, Köln 1986, S. 109, 137, 154, 496; vgl. Prawda vom 14. 2. 1987.

<sup>7)</sup> Vgl. M. S. Gorbatschow, Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987, S. 93 ff.

wohner gegenüber den Städtern und die faktische Ungleichstellung der Frau. Hinzu kam eine wachsende Kritik an den Vergünstigungen für eine Minderheit, die Angehörigen der Nomenklatura. Auffällig war auch der Wandel in der Auslandsberichterstattung; allmählich wurden die kapitalistischen Gesellschaften realitätsgetreuer dargestellt. Interviews mit westlichen Politikern oder Journalisten in der Presse oder im sowjetischen Fernsehen wurden zu einer ständigen Einrichtung<sup>8)</sup>.

Der auffälligste Unterschied zu den herkömmlichen Mustern einer kritischen Öffentlichkeit lag darin, daß die auch früher vielfach beschriebenen Mißstände, etwa in der Funktionsweise von Justiz und Verwaltung, nun als typische Erscheinungsweisen des Regierungssystems verallgemeinert und auf ihre strukturelle Verursachung hin analysiert wurden. An dieser erstmaligen grundlegenden Auseinandersetzung mit den Institutionen des Sowjetstaats und seiner politischen Kultur beteiligten sich in gleicher Weise Wissenschaftler, Publizisten, Schriftsteller und Künstler. Damit ging eine Suche nach verlorengegangenen oder neuen Werten einher. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte begann, vor allem mit der Stalin-Zeit, in deren „Regime des Personenkults“ der Ursprung des nun gegebenen „befehlsadministrativen Systems“ gesehen wurde. Hinzu kam, daß sich eine öffentliche Meinung gegen konkrete Verwaltungsplanungen wie die Umleitung der nordsibirischen Flüsse oder den Bau neuer Kernkraftwerke formierte und daß nunmehr ganze Gruppen selbstbewußt ihr Veto zum Ausdruck brachten<sup>9)</sup>.

Von besonderer Brisanz erwies sich die Darstellung von „Justizirrtümern“ und Korruptionsaffären, in die hohe und höchste staatliche Würdenträger verwickelt waren. Dabei wurden typische Formen des Amtsmissbrauchs wie die richterliche „Telefonjustiz“ oder die „gegenseitige Rückversicherung“ aller an der Vertuschung gravierender Mißstände oder Vergehen interessierter Funktionäre, einschließlich der Vertreter der „rechtswahrenden Instanzen“, analysiert. Mehrere Autoren forderten daraufhin mehr Unabhängigkeit für die Justiz, eine autonomere Stellung der Rechtsanwälte und sorgfältigere Voruntersuchungen. Der Schriftsteller Alexander Gelman war einer der ersten, der den Gedanken der Gewaltenteilung im Sinne von „gegenseitig unabhängigen souveränen Strukturen“ in die Diskussion einbrachte<sup>10)</sup>.

<sup>8)</sup> Vgl. z. B. die entsprechenden Rubriken in dem Wochenblatt Moskowskie Novosti.

<sup>9)</sup> Vgl. A. Butenko, Stalinismus als politisches System (aus Moskowskie Novosti), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 33 (1988) 2, S. 219 ff.; vgl. auch V. Salygin, Povорот, Uroki odnoj diskussii (Wende, Lehren einer Diskussion), in: Novyj Mir, (1987) 1, S. 3–18.

<sup>10)</sup> Vgl. Literaturnaja Gazeta vom 10. 9. 1986, S. 10.

Im Juni 1987 wurden Gesetze verabschiedet, die erste Schritte in Richtung der angestrebten Verbesserung der Rechtssicherheit der Bürger und ihrer Partizipationsmöglichkeiten darstellten. Zum einen wurde ein gerichtlicher Verwaltungsrechtsschutz festgelegt und damit das bereits in der Verfassung von 1977 sanktionierte Prinzip der Verwaltungsgerichtsbarkeit materialisiert. Des weiteren wurde ein Gesetz über Volksaussprachen beschlossen; bei dieser Gelegenheit wurden die Unzulänglichkeiten des bisherigen Verfahrens kritisiert<sup>11)</sup>. Maßnahmen zu einer grundlegenden Umgestaltung des Systems, zumal seiner „führenden und lenkenden Kraft“, der kommunistischen Partei selbst, waren auf dem ZK-Plenum im Januar 1987 zunächst noch zögernd ins Auge gefaßt worden. Die hier von Gorbatschow verkündeten Demokratisierungsabsichten stießen offenkundig auf beträchtlichen Widerstand in den Apparaten und in konservativen Parteikreisen. Erst auf weiteren ZK-Plenen im Juni 1987 und Februar 1988 wurde der Weg zu einer grundlegenden Reform des politischen Systems freigemacht. Nachdem ursprünglich nur die „Beschleunigung des sozial-ökonomischen Fortschritts“ als oberstes Reformziel firmiert hatte, wurde jetzt die Perestroika des politischen Systems selbst auf die Tagesordnung gesetzt. Dies wurde in erster Linie damit begründet, daß alle Reformansätze seit dem Zweiten Weltkrieg gerade an den „befehlsadministrativen“ Institutionen des Landes gescheitert seien. So erzwingt die „innere Logik“ des aktuellen Reformprozesses eine politische Perestroika<sup>12)</sup>.

Tatsächlich läßt sich ein Zusammenhang zwischen der Ausweitung von Glasnost, den Ansätzen zur Parteierneuerung, den bereits vollzogenen ‚halben‘, wenig wirksamen Wirtschaftsreformen und der plötzlich eintretenden Aktualität des Umbaus der Herrschaftsstrukturen ausmachen. Vergleicht man den seit 1987 geführten öffentlichen Diskurs mit den Reformthesen, die vom ZK der KPdSU der 19. Gesamtsowjetischen Parteikonferenz im Juni/ Juli 1988 zugrundegelegt wurden, so wird deutlich, daß Glasnost bzw. der neue „sozialistische Pluralismus der Meinungen“ dabei der Partei Pate gestanden hatte. Im Vorfeld der Parteikonferenz vermischten sich die herkömmlichen Typen kritischer Öffentlichkeit zu einem neuen, gesamtgesellschaftlichen Diskussionsforum. Aus der alten „Experten-

<sup>11)</sup> Vgl. Pravda und Izvestija vom 1. 7. 1987; E. M. Kovečnikov/M. A. Šafir, Pravovoje regulirovanie vsenarodnyh obsuždenij v SSSR (Die rechtliche Regelung der Volksaussprache), in: Sovetskoje gosudarstvo i pravo, (1988) 1, S. 3–11.

<sup>12)</sup> Vgl. Sowjetunion, Sommer 1988 offene Worte, Gorbatschow, Ligatschow, Jelzin und 4 991 Delegierte diskutieren über den richtigen Weg. Sämtliche Beiträge und Reden der 19. Gesamtsowjetischen Konferenz der KPdSU in Moskau. Mit einem offenen Brief von J. Karjakin, Nördlingen 1988, S. 291 ff.

diskussion“ wurden Gespräche am runden Tisch, in denen man für so lange verpönte Modelle und Strukturprinzipien wie Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Inkompatibilität von Ämtern, Opposition und Pluralismus eintrat. Dabei zeigte sich eine deutliche Verwandtschaft zwischen diesen Vorstellungen und dem westlichen Rechtsstaatsmodell. Der Pluralismusbegriff orientierte sich hingegen nicht an dem Typus einer Konkurrenz von politischen Parteien und Gruppen, sondern nur an einer Vielfalt von Meinungen und Interessen, an einer Kultur des Dialogs und der Artikulation unterschiedlicher Standpunkte. Diese entwickelte sich jedoch rasch. Vor allem in Leserbriefen fragmentierte sich die öffentliche Meinung immer mehr; sie transportierten sogar den politischen Richtungsstreit. Bald wurde hier Lenins Demokratieverständnis kritisiert und in Erwägung gestellt, ob das „Personenkult-Regime“ nicht schon in dessen Denken begründet sei<sup>13</sup>). In der Stalinismus-Debatte wandte sich die Leserbriefschreiberin Nina Andrejewa, die offenkundig auch als Sprachrohr des konservativen Parteiflügels diente, gegen den „linksliberalen Intelligenzlersozialismus“ mit seiner Tendenz „zur Verleumdung der Geschichte des Sozialismus“. Eine Prawda-Replik hielt der Autorin wiederum vor, die konservative Position der hausgemachten „Sozialismus-Klageweiber“ zu vertreten, die mit den Hauptrichtungen der Perestrojka gänzlich unvereinbar sei<sup>14</sup>).

Unterdessen hatte sich die Debatte über die Geschichte auf ihre Art verselbständigt. Zunächst wa-

ren Schriftsteller, Regisseure und Publizisten in der Suche der geschichtlichen Wahrheit vorangegangen. Dazu gesellten sich bald einige engagierte Historiker, während manche Vertreter der Zunft eine abwartende Haltung einnahmen oder an den neuen Ansätzen Kritik übten. In Leserbriefen beteiligten sich viele Sowjetbürger an der kollektiven Wiedergewinnung der Geschichte. Es stieg die Auflagenzahl der Presseorgane beträchtlich, die für eine schonungslose Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte eintraten<sup>15</sup>). Von der politischen Führung wurden Dokumentarfilme freigegeben und Rehabilitierungen ausgesprochen, etwa der alten Bolschewiki Aleksej Rykow und Nikolaj Bucharin. Darüber hinaus wurden Bucharins politische und ökonomische Vorstellungen neu diskutiert und als eine Alternative zu Stalins Politik gewürdigt. Daran zeigt sich, daß von der „kollektiven Rückkehr zur Wahrheit“ auch Orientierungshilfen für die Ausrichtung der Perestrojka erwartet wurden. Andererseits führte die Wahrheitssuche dazu, daß nur noch relativ kurze Perioden in der sowjetischen Geschichte — wie etwa die Neue Ökonomische Politik in den zwanziger Jahren — für positive Identifikationen verfügbar waren. So konnte es nicht ausbleiben, daß man sich bei den ideologischen und institutionellen Grundrissen der politischen Perestrojka an den „Erfahrungen des welthistorischen Prozesses“ zu orientieren begann<sup>16</sup>). Den Rahmen für diese epochale Verfassungsdebatte boten die sowjetischen Medien und vor allem die Presse mit ihren neuartigen Dialogformen.

#### IV. Glasnost als nachgeholtes liberales Ideal von Öffentlichkeit und Hebel „optimaler“ Problemlösungen

Die 19. Gesamtsowjetische Parteikonferenz beschäftigte sich in erster Linie mit der neuen kritischen Öffentlichkeit, ihrem grundsätzlichen und funktionellen Wert. Die Beratungen der knapp 5 000 Kommunisten verliefen kontrovers und mitunter stürmisch<sup>17</sup>). Schon die Preisgabe des erstarrten Versammlungsrituals war als solche Ausdruck eines Strukturwandels der Öffentlichkeit. Eine recht klare Frontlinie trennte die Befürworter von Glasnost als demokratischem Wert an sich, den es gesetzlich zu schützen und fortzuentwickeln gelte, von deren Kritikern, die für möglichst wenig öffentliche Kritik und ihre Ausrichtung an praktischen Zielen plädierten. Zu letzteren zählten in der Regel

die Ersten Republik- und Gebietsparteisekretäre, die offenkundig traditionelle Verhaltens- und Denkweisen für ihre provinziellen Domänen zu retten suchten. Zu den Vorkämpfern von Glasnost als einem unverzichtbaren Attribut von Demokratie und Rechtsstaat gehörten in erster Linie Chefredakteure, Künstler, Wissenschaftler und natürlich die Vertreter der radikalen Reformen in der Parteiführung wie Gorbatschow und Boris Jelzin.

Gorbatschow verband die wünschenswerte Entstehung eines ständigen politischen Dialogs mit der

<sup>13</sup>) Vgl. Prawda vom 22. 4. 1988, die Rubrik: „Lenin lesen: Mehr Demokratie“; hier erörtert der Prawda-Reporter V. Jegorov mit dem Historiker V. I. Desjaterik Leserbriefe an die Prawda.

<sup>14</sup>) Vgl. Sovetskaja Rossija vom 13. 3. 1987 und Prawda vom 5. 4. 1988.

<sup>15</sup>) Vgl. R. Medwedjew, Die sowjetische Kultur im Jubiläumsjahr 1987, in: Osteuropa, 38 (1988) 9, S. 804 ff.; G. Meyer (Hrsg.), Wir brauchen die Wahrheit. Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion, Köln 1988.

<sup>16</sup>) Vgl. Vadim Medved'ev, K poznaniu socializma. Otvety na voprosy žurnala „Kommunist“ (Zur Erkenntnis des Sozialismus. Antworten auf die Fragen der Zeitung „Kommunist“), in: Kommunist, (1988) 17, S. 7.

<sup>17</sup>) Vgl. Sowjetunion, Sommer 1988 (Anm. 12), auch für alle weiteren Hinweise auf die 19. Parteikonferenz.

Notwendigkeit, ein neues Verständnis der Menschenrechte zu entwickeln und die Gewissensfreiheit zu garantieren. Die neue Rolle der öffentlichen Meinung habe vor allem darin zu bestehen, „die beste Lösung unter Berücksichtigung aller verschiedenartiger Meinungen und realer Möglichkeiten zu finden“. Ein derartiges Verständnis von Öffentlichkeit erinnert stark an traditionelle Denkmuster des politischen Liberalismus. In seiner bekannten Studie über den „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ hat Jürgen Habermas für die Epoche des Liberalismus ähnliche Tendenzen nachgewiesen. Damals sollte ein „räsonierendes politisches Publikum“ eine Palette politischer Lösungsmöglichkeiten anbieten, über welche die Führung dann auf der Grundlage der „realen Möglichkeiten“ im Lande eine „rationale Übereinkunft“ erzielen könne. Offenkundig besteht in der UdSSR heute ein Nachholbedarf an jenen demokratischen Vorformen wie an den Werten der Aufklärung überhaupt.

Es war bemerkenswert, wie einige Publizisten die grundsätzliche Rolle der Presse im Einparteienstaat hervorhoben, ja damit begründeten, daß der Presse in einem solchen System die Funktion der „politischen Opposition“ zufallen müsse. Viktor Afanasew, Chefredakteur der Prawda, meinte, die Presse müsse während der Perestroika eine Vorkämpferin sein und bei der Suche nach „konstruktiven Lösungen“ mitwirken. Hier verdeutlicht sich wiederum die Erwartung, daß die Öffentlichkeit einen Meinungsmarkt fördere, auf dem sich die „optimale Variante“ ermitteln lasse. Auf den Zusammenhang von kritischer Öffentlichkeit und Parteierneuerung verwies auch Gorbatschow. Glasnost sei eine Voraussetzung für die Lebensfähigkeit der Partei. M. Uljanow vom Theaterverband der RSFSR betonte die weltweite kritische Funktion einer unabhängigen Presse und meinte, daß lediglich in der Sowjetunion „einige Genossen sie am liebsten mit einem Maulkorb an der Leine spazieren führen“ wollten. Da gerade auf örtlicher Ebene die Beeinflussungsversuche auf die Presse am stärksten seien, müsse sie so autonom sein, daß sie „als Gegengewicht imstande ist, die Rolle des Kontrahenten zu übernehmen“. Demgegenüber meinten andere Delegierte, daß in der Sowjetpresse mittlerweile schon „Nihilismus“ zu finden sei und Demagogen wie „inoffizielle Führer“ die Meinungsfreiheit mißbrauchten. Ein Teil der Presse benutze „die Perestroika als Destabilisator alles Bestehenden, als Revision von Überzeugung und Moral“. Tatsächlich wollten glasnostscheue Parteisekretäre eine kritische Öffentlichkeit nicht „unabhängig von praktischen Dingen“ wie der Lösung von wirtschaftlichen und sozialen Problemen zugestehen. Ligatschow verwarf sich insbesondere gegen den Verlauf der Geschichtsdebatte und dagegen, daß „häufig“ sogar „völlig tendenziöse“ Bürgerzuschriften gedruckt würden.

Ungeachtet des umstrittenen Werts von Glasnost entschlossen sich die Delegierten der Parteikonferenz dazu, darüber einstimmig eine Resolution zu verabschieden. Glasnost wurde hier als „schlagkräftige Waffe der Perestroika“ bezeichnet. Es sollten gesetzliche Garantien bzw. ein Recht „der Staatsbürger der UdSSR auf Information“ vorgesehen werden. Gewiß trug diese Entschließung ebenso wie diejenigen über Demokratisierung, Bekämpfung des Bürokratismus, über die Rechtsreform und über die Beziehungen zwischen den Nationalitäten noch einen programmatischen Charakter. Vergleichsweise war Glasnost jedoch schon eine breit entwickelte, reale Errungenschaft des Reformprozesses. Um die mit den Konferenzresolutionen nun förmlich eingeläutete Perestroika des politischen Systems voranzutreiben und zu verhindern, daß die Beschlüsse wie nach dem Januar-Plenum 1987 „in der Luft hängen“ blieben, wurde in einer eigenen Resolution der Zeitplan für das weitere Vorgehen festgelegt.

Obschon die rechtlichen Garantien für Glasnost noch auf sich warten ließen, verlor die kritische Öffentlichkeit keineswegs an Dynamik: Mal schlug Glasnost weitere Breschen in die letzten arcana imperii, mal öffnete sie Rußlands Fenster noch weiter nach draußen. So wurde im Oktober der Verkauf mehrerer westlicher Zeitungen angekündigt, darunter die International Herald Tribune, die Times, die Wiener Presse, das Wochenblatt Die Zeit, die Süddeutsche Zeitung und die Neue Zürcher Zeitung. Sie sind seit Anfang 1989 erhältlich; aufgrund einer Vereinbarung mit dem deutschen Burda-Verlag gibt es erstmals Anzeigen in der Iswestija<sup>18)</sup>. Im Fernsehen werden westliche Serien ausgestrahlt und Werbespots von American Express gezeigt. In einer Fernsehunterhaltung tauchte die Frage nach der Möglichkeit auf, den Staatssicherheitsdienst (KGB) zu kontrollieren<sup>19)</sup>. Unter dem Titel „Mehr Demokratie – Weniger Geheimnisse“ wurde in der Iswestija der Leiter der staatlichen Zensurbehörde Glawlit examiniert. Dieser schlug in dem Interview vor, die Tätigkeit von Glawlit in dem in Vorbereitung befindlichen Gesetz über die Presse zu regeln<sup>20)</sup>.

Erstmals wurden im Obersten Sowjet die sowjetischen Staatsfinanzen offengelegt. Anfang des Jahres 1989 ging man mit Presseberichten über die kritische Lage des Budgets hier noch einen Schritt weiter. Eine Studie, die in der Socialistischeskaja Industrija veröffentlicht wurde, gibt Einblick in die strukturelle Armut im Lande. Jeder fünfte Sowjetbürger lebe bei einem Monatseinkommen von etwa 70 Rubeln an der Schwelle der „Minderbemittelt-

<sup>18)</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 14. 10. 1988 und 5. 1. 1989.

<sup>19)</sup> Vgl. Die Zeit vom 6. 1. 1988, S. 8.

<sup>20)</sup> Vgl. Izwestija vom 3. 11. 1988; Süddeutsche Zeitung vom 28. 10. 1988 und 9. 1. 1989.

heit". In der Komsomolskaja Prawda wurde das Tagebuch eines 1983 wegen vorgeblich illegaler Geschäfte zu zehn Jahren Haft verurteilten Strafgefangenen, der jedoch im Sommer 1987 amnestiert worden war, publiziert. Daraus ging hervor, daß Schikane aus den Lagern noch nicht verschwunden seien. Im Dezember 1988 wurde nach Gorbatschows Rede vor der UNO US-Reportern die Besichtigung eines Straflagers im Ural gestattet<sup>21)</sup>.

Wenn es auch schon früher möglich war, in Ansätzen bestimmte „weltanschauliche“ Tendenzen mancher Presseorgane zu erkennen, so läßt die neue Kultur des Dialogs und der Polemik solche Trends deutlicher hervortreten. Vor allem literarische Zeitschriften geben dies dadurch kund, daß sie vorzugsweise Autoren einer bestimmten Denkrichtung drucken; ein weiteres Indiz kann ein Schlagabtausch unter Presseorganen über solche Vorlieben sein. Charakteristisch für die konservativen, an der russischen „Bodenständigkeit“ orientierten Zeitschriften „Naš Sovremennik“ (Unser Zeitgenosse) und „Molodaja Gvardija“ (Junge Garde) ist ihr Mißfallen an der Linie der Zeitschrift Ogonjok (Feuerchen), die einen radikalen Perestrojka-Kurs vertritt. Auf einem der jüngsten unter den fast regelmäßigen Treffen Gorbatschows mit Journali-

sten und Publizisten protestierte der Chefredakteur der „Molodaja Gvardija“ gegen die Veröffentlichung des satirischen Romans von Wladimir Woinowitsch über „Das Leben und die ungewöhnlichen Abenteuer des Soldaten Iwan Tschonkin“. Er hielt das Werk des in München lebenden Exilrussen für eine „Verleumdung“ der Sowjetarmee.

Glasnost trieb aber auch seltsame Blüten der folgenden Art: Ein Reporter der Iswestija entdeckte in der spanischen Zeitung ABC ein Interview des nationalkonservativen sowjetischen Malers Ilja Glasunow, in dem dieser die Künstler der russischen Avantgarde abwertend als „kommunistisch“ und als „Kommissare“ bezeichnet und kein Hehl aus seinen Sympathien für den zaristischen Minister Stolypin sowie aus seiner Abneigung für den „Weltfreimaurer“ L. N. Tolstoi gemacht hatte. Glasunow gab sich zwar als ein Anhänger der Perestrojka aus, doch müsse man, so meinte er, „den Marxismus/Leninismus etc. wegnehmen“, um das alte Fundament zu verändern. Über Glasunows Interview berichtete die Iswestija mit einem ironischen Kommentar: So sei eben Glasnost; allerdings müsse Besorgnis erregen, daß der Künstler offenkundig zwischen Interviews für „zuhause“ und für den „Exportgebrauch“ unterscheide<sup>22)</sup>.

## V. Glasnost als Quelle neuer Verfassungskonzepte

Wirklich bahnbrechende Entwicklungen zeitigte Glasnost im Rahmen der Volksaussprache über die Verfassungsänderungen und -ergänzungen, die im Spätherbst 1988 abgehalten wurde. Die Dialektik von Glasnost und Perestrojka trat hier offen zutage. Denn die gerade vorgelegten Reformkonzepte wurden in der öffentlichen Diskussion durch neue „Varianten“ und „optimale Lösungen“ schon wieder eingeholt und überholt. Zugleich wurde fühlbar, daß es noch eines weiteren Strukturwandels der Öffentlichkeit bedarf, um die Meinungen zu bündeln und zu kanalisieren. Formell handelte es sich nur um eine Teilreform der Verfassung von 1977, vorwiegend um die neue Stellung der höchsten Organe der Macht und um ein neues Wahlrecht. Die Vorlagen orientierten sich weitgehend an den Resolutionen der 19. Parteikonferenz. Doch schon wurden grundlegende Einwände dagegen laut; die Kriterien für den Einspruch bezog man mehr oder weniger explizit aus den Demokratietheorien und Erfahrungswerten westlicher parlamentarisch-rechtsstaatlicher Gemeinwesen.

Verschiedentlich wurde an dem eigentümlichen parlamentarischen Dualismus und an dem Wahl-

modus der Deputierten Kritik geübt. Von namhaften Juristen wie von Leserbriefschreibern wurde eingewandt, daß das neue Wahlrecht gegen die Prinzipien einer gleichen und direkten Wahl verstoße<sup>23)</sup>. Die Einrichtung eines Kongresses von 2 250 Volksdeputierten, der aus seiner Mitte die 422 Mitglieder des neuen, ständigen Obersten Sowjets wählen soll, wurde schlicht für überflüssig erklärt. Dem wurde vorgezogen, den Obersten Sowjet als einziges parlamentarisches Gremium in direkter Wahl zu bestellen. Während sich dieser als die „ständig“ wirkende und mit der Gesetzgebung betraute Volksvertretung schon dem Typ eines westlichen Parlaments annähert, erscheint der neue Kongreß der Volksdeputierten eher dem früheren Obersten Sowjet nachempfunden. Laut Boris Kuraschwili erinnert der Kongreß gar an den alten zaristischen Semsjij Sobor (Ständevertretung). In der eigentümlichen Kombination von Kongreß und Oberstem Sowjet könne man nicht ein normales Parlament erkennen, sondern einerseits ein „Über-“, andererseits ein „Unteparlament“ („Nadparlament“ und „Podparlament“)<sup>24)</sup>.

Viele Debattenteilnehmer beschäftigten sich mit der Rolle und der Qualität der Abgeordneten sowie

<sup>21)</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 19. 10. 1988 und 15. 12. 1988.

<sup>22)</sup> Vgl. Izvestija vom 4. 11. 1988.

<sup>23)</sup> Vgl. Literaturnaja Gazeta vom 16. 11. 1988.

<sup>24)</sup> Vgl. Izvestija vom 15. 11. 1988.

mit dem Vertretungsprinzip überhaupt. Dieses sieht vor, daß ein Drittel der 2 250 Delegierten aus territorialen Einheiten, weitere 750 von den Nationalitäten und der dritte Anteil von 750 Abgeordneten aus „gesellschaftlichen Organisationen“ ermittelt werden. Dabei schlüsselt sich das letzte Drittel so auf, daß 100 Abgeordnete von der KPdSU delegiert werden, je weitere hundert von den Gewerkschaften und den genossenschaftlichen Organisationen (Kooperativen), je weitere 75 vom Komsomol, den Frauenverbänden, Verbänden der Kriegs- und Arbeitsveteranen sowie Wissenschaftsorganisationen und Künstlerverbänden. Die verbleibenden 75 Abgeordneten werden von anderen gesellschaftlichen Organisationen nominiert. Doch auch diese Organisationen müssen „in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften gebildet werden und über Allunionsorgane verfügen“, so daß der Spielraum für den Einzug beispielsweise der neuen „informellen Gruppen“ äußerst gering ist. In der Volksaussprache wurde dies und die Art der Quotierung kritisiert, ja, man sprach sogar von einem „ständischen“ Vertretungsprinzip. Außerdem wurde die gegebene Möglichkeit der Mehrfachwahl als Verstoß gegen das Prinzip der „gleichen“ Wahl kritisiert. Eine solche Möglichkeit habe es, so hieß es, nicht einmal für englische Lords gegeben. Als Kriterium für die Wahl der Abgeordneten müsse in erster Linie deren „eigenständiges gesellschaftlich-politisches Programm“ gelten<sup>25</sup>).

Trotz aller Schwächen der Vorlage wurde jedoch auch die Hoffnung auf einen wirklichen Parlamentarisierungsprozeß ausgesprochen, worunter man die Herausbildung „opponierender Strukturen, Gruppen, Personen“ versteht<sup>26</sup>). Häufig wurde die Meinung geäußert, daß Abgeordnete sich vorzugsweise unter Juristen, Ökonomen und führenden Persönlichkeiten aus der Politik rekrutieren sollten. Dabei wurde auf entsprechende Gegebenheiten in westlichen Parlamenten verwiesen.

Im Hinblick auf die prinzipiell angestrebte Trennung von Partei- und Staatsfunktionen wurde mehrfach ein „Parteiengesetz“ gefordert. Denn nur eine gesetzliche Regelung könne hier eine klare Abgrenzung erwirken „und dem Übel der doppelten Arbeit (dublirowanie) ein Ende bereiten“<sup>27</sup>). Im Zusammenhang mit dem zentralen Strukturproblem der Vermischung von Partei und Staat wurde auch die Stellung des Präsidenten, der neuen „höchsten Amtsperson“ im Lande, kritisiert. Der für die Dauer von maximal zweimal fünf Jahren vom Kongreß der Volksdeputierten zu wählende Präsident soll grundsätzlich jenem nur wenige Tage im Jahre zusammentretenden „Superparlament“ verant-

wortlich sein. Der bekannte Ökonom Nikolaj Popow beschäftigte sich mit der Frage, ob der Präsident eigentlich an der Spitze der gesetzgebenden oder der ausführenden Macht stehe; wenn beides zutrefte und sich das Amt des Generalsekretärs der KPdSU noch damit verbinde — „von welcher Gewaltenteilung ist dann die Rede?“ Kuraschwili machte klar, daß die Einführung eines Präsidialsystems nur im Zusammenhang mit der Existenz eines Mehrparteiensystems und einer parlamentarischen Opposition Sinn gebe<sup>28</sup>).

Die Gewaltenteilung als neues und für einen Rechtsstaat unabdingbares Strukturprinzip spielte in der Verfassungsdebatte eine große Rolle. Noch auf der 19. Parteikonferenz war man über diesen Begriff „hinweggeglitten“, obwohl das Eintreten Gorbatschows und anderer Redner für die Unabhängigkeit der gewählten Sowjets gegenüber deren Exekutivkomitees faktisch die Einführung dieses Prinzips zur Voraussetzung hat. Zahlreiche Staatsrechtler scheuten sich indessen nicht, den Begriff der Gewaltenteilung im ursprünglichen Montesquieschen Sinne zu verwenden. Die im angelsächsischen Staatsdenken gebräuchliche Formel der „checks and balances“ wurde bald ins Russische übertragen; nur gelegentlich wurde ihr das Adjektiv „sozialistisch“ vorangestellt. Der Leiter des Instituts für Staat und Recht, der kürzlich zum „Mitglied“ (Akademik) der hochangesehenen Akademie der Wissenschaften ernannte Wladimir Kudrjawzew, brachte fast beiläufig das seit 1917 hochgehaltene Prinzip der Gewaltenkonzentration zu Fall. Er meinte, daß sich dieses von den „Klassikern“ der Pariser Kommune entlehene und idealisierte Modell als unbrauchbar erwiesen habe. Denn „ein großer moderner Staat ist nicht die Pariser Kommune, die im Grund eine städtische Selbstverwaltung war“<sup>29</sup>). So löste man sich geradezu mit Nonchalance von überkommenen Strukturprinzipien, nicht selten mit gleichzeitigen Lippenbekenntnissen zu Lenins Vermächtnis.

Im Zusammenhang mit der Gewaltenteilung wurde dem Grundsatz der Inkompatibilität — etwa zwischen Abgeordnetenmandat und Ministeramt — sowie der neuen Stellung der Gerichte besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Helle Empörung löste der Umstand aus, daß im Verfassungsentwurf, abweichend von den Beschlüssen der Parteikonferenz, eine Wahl der Richter durch den gewählten Sowjet der gleichen territorialen Einheit vorgesehen war. Die Einsprüche müssen jedenfalls so überwältigend gewesen sein, daß die zuständige Gesetzgebungskommission sogleich nachgab. Um eine

<sup>25</sup>) Vgl. Pravda vom 31. 10. 1988; Izvestija vom 5. 11. 1988 und Moskovskie Novosti vom 20. 11. 1988.

<sup>26</sup>) Vgl. Literaturnaja Gazeta vom 16. 11. 1988.

<sup>27</sup>) Vgl. Izvestija vom 17. 10. 1988.

<sup>28</sup>) Vgl. Izvestija vom 15. 11. 1988 und Literaturnaja Gazeta vom 16. 11. 1988.

<sup>29</sup>) Vgl. Das Wesen der politischen Reform in der UdSSR, Gespräch mit Akademiemitglied W. Kudrjawzew, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 31 (1988) 9, S. 1201.

größere Autonomie der Richter gegenüber den bekannten „örtlichen Einflüssen“ zu gewährleisten, sollen jene nun von den Sowjets der nächsthöheren Territorialeinheit gewählt werden. Immer wieder wurde auch die Einführung von Geschworenengerichten als erstrebenswert gesehen. Dabei entdeckte man, daß auch Lenin „die demokratischen Züge“ der schon im Zarismus bestehenden Einrichtung geschätzt habe<sup>30)</sup>.

Generell wurde bemängelt, daß nicht gleich eine neue Verfassung in Angriff genommen wurde. Viele störten sich an der Beibehaltung der Präambel, da sie so überholte Begriffe wie den „entwickelten Sozialismus“ festlegte. Man wünschte sich eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung. Überhaupt wurde der Ruf nach der Abhaltung von Referenden immer lauter. Boris Jelzin sah hierin die Chance, das sowjetische Volk endlich aktiv an der politischen Willensbildung zu beteiligen. Manche zogen Referenden klar den vielfach praktizierten Volksaussprachen vor. „Was haben sie schon gebracht?“, fragte der Rechtsgelehrte W. Kasimirtschuk, „einen Anstieg der gesellschaftlichen Aktivität? Nun, das ist wenig.“ Bei allem Stolz über die große Zahl der Zuschriften dürfe man nicht übersehen, daß diese keine ernsthafte Berücksichtigung fänden<sup>31)</sup>.

Ein wichtiges Ergebnis der Volksaussprachen im Frühjahr und im Herbst 1988 war, daß der neue „Pluralismus der Meinungen“ machtvoll aus dem Prokrustesbett der herkömmlichen Kommunikations- und Partizipationsformen herausdrängte. Die ständige Ausweitung der kritischen Öffentlichkeit ging mit neuen Möglichkeiten des Dialogs zwischen Bürger und Staat und der Bildung gesellschaftlicher Gruppen einher und führte zum Meinungsstreit zwischen Presseorganen, den wichtigsten Agenturen der Öffentlichkeit. In ihnen wurden auch neue Rubriken und Spalten für die Aussprache zur Verfügung gestellt: immer wieder Leserbriefe, zur Gänze oder „Teile“ aus diesen, weiter „Leserbriefe im Streit untereinander“ und „Dialoge der Leser“; Gespräche von Zeitungsreportern mit Verfassungsjuristen über die in der Leserpost aufgeworfenen Fragen; Streitgespräche unter Experten oder die gleichzeitig abgedruckten Kommentare von Wissenschaftlern mit jeweils unterschiedlichen Einschätzungen der Stellung des Präsidenten, des neuen Repräsentationsprinzips und des Wahlrechts.

Die Prawda meldete, daß sie während eines Monats „Volksaussprache“ 5 666 Leserbriefe erhalten

<sup>30)</sup> Vgl. W. S. Mužinskij, *Osnovnye etapy rasvitija sovetskoi političeskoj sistemy* (Die grundlegenden Etappen der Entwicklung des sowjetischen politischen Systems), in: *Sovetskoe gosudarstvo i pravo*, (1988) 9, S. 13.

<sup>31)</sup> Vgl. *Izvestija* vom 17. 10. 1988.

habe; 114 einschlägige Artikel, ferner Korrespondenzen und Anmerkungen seien veröffentlicht worden. In einem Leserbrief an die Prawda wurde die Volksaussprache als ein „bisher einzigartiges Phänomen des scharfsinnigen Ansturms eines ganzen Volkes auf die dringlichsten Fragen der Entwicklung des Landes und der Gesellschaft“ bezeichnet. In dem gleichen Schreiben wurde jedoch bedauert, daß es „keinen genügend mächtigen und ständig wirkenden Mechanismus der Auseinandersetzung, der Prüfung, der Vereinheitlichung der Meinung und der Analyse der kritischen Mitteilungen und Vorschläge der Werktätigen“ gebe. Die Prawda setzte dem die Hoffnung entgegen, daß fürs erste die Soziologen schon dazu beitragen würden, „eine vollständigere Vorstellung von der öffentlichen Meinung zu erhalten“<sup>32)</sup>.

Über das Problem einer effektiveren und demokratischeren Umsetzung der Bürgermeinung dozierte auch die Staatsrechtlerin F. A. Jerschanowa. Zur besseren Erhebung der öffentlichen Meinung sollten die Bürger an den parlamentarischen Beratungen beteiligt werden, etwa mittels der Gründung „eines Netzes von Konsultativorganen, welche die Funktion von Zentren der Prüfung und der Koordination unterschiedlicher Meinungen sowie die Berücksichtigung der Vorschläge von Wissenschaftlern und Spezialisten übernehmen könnten“. Eine weitere Möglichkeit bestünde in der Bildung von „Konsultativsowjets“ in jedem Glied der Selbstverwaltung<sup>33)</sup>. Schon vor der 19. Parteikonferenz war erörtert worden, wie im Einparteiensstaat politische Meinungsvielfalt institutionell vermittelt werden könnte. Nach Kuraschwili käme die Bildung einer „demokratischen Union aller sozialen Kräfte“ als Forum für Parteilose in Frage. Ein solcher Verband sollte das Recht auf Gesetzesinitiative haben und Referenden vorschlagen können. Andere hatten zu erwägen gegeben, die schon vorhandenen „informellen Gruppen“ als Träger bestimmter sozialer und politischer Interessen zu fördern<sup>34)</sup>.

In all diesen Überlegungen offenbart sich das Dilemma, plurale oder „opponierende Strukturen“ mit dem Einparteiensstaat zu kombinieren. Daß der „Pluralismus der Meinungen“ der gruppenförmigen Artikulation und Aggregation bedarf und dahin drängt, manifestiert sich schon in der laufenden Wahlkampagne zum ersten Volkskongreß. Trotz der verfassungsmäßigen „Regulierung“ gesellschaftlicher Interessen durch die Nominationsweise

<sup>32)</sup> Vgl. *Prawda* vom 26. 11. 1988.

<sup>33)</sup> Vgl. F. A. Jeršanova, *Gosudarstvenno-pravovy aspekty principa glasnosti* (Staatlich-rechtliche Aspekte des Prinzips der Öffentlichkeit), in: *Sovetskoe gosudarstvo i pravo*, (1988) 10, S. 12 ff.

<sup>34)</sup> Vgl. *The Current Digest of the Soviet Press* vom 25. 5. 1988, S. 5, 16 und 24, sowie *Ogonjok*, vom 14. 4. 1988, S. 5–7.

der Deputierten zeichnen sich dazu querlaufende Tendenzen der Bildung von Lobbies und unterschiedlicher politischer Strömungen ab. So erklären

sich auch die von Demonstrationen begleiteten Vorgänge um die Kandidatur des Bürgerrechtlers Andrej Sacharow.

## VI. Zur Dialektik von Glasnost und Perestroika

Wenn es sich bei den Volksaussprachen auch um ein seit längerem etabliertes Verfahren handelt, den Ratschlag der Bürger einzuholen, so zeichnete sich die Verfassungsdebatte 1988 doch durch mehrere Besonderheiten aus: Sie bot das vergleichsweise breiteste Spektrum alternativer Meinungen, und sie brachte „Vorläuferideen“ für den weiteren Umbau zum Ausdruck. Schließlich war die erzielte Mobilisierung beachtlich. Gorbatschow konnte auf der außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets am 29. November 1988 auf den Eingang von über 300 000 Stellungnahmen verweisen. Sie gaben Anlaß dazu, daß 32 der 62 Artikeln des Wahlrechtsentwurfs und 26 von 55 zu ändernden Verfassungsartikeln „verbessert und geklärt“ wurden<sup>35</sup>). Das Engagement der Bevölkerung in der Verfas-

sungsdebatte signalisiert auch, daß die Idee der Perestroika des politischen Systems auf breite Resonanz stößt.

Noch ist nicht absehbar, aus welchen Einzelteilen sich der sowjetische Um- bzw. Neubau letztlich zusammensetzen und welchem Typus er zuzuordnen sein wird. Sicher ist aber, daß den maßgeblichen Architekten der Perestroika das Gebäude, welches zum Abbruch ansteht, in allen Einzelheiten bekannt ist. Der bisherige Umgestaltungsprozeß zeigt, daß man sich dabei freimütig an den „Erfahrungen des welthistorischen Prozesses“ orientiert, zumal an liberalen und rechtsstaatlichen Vorlagen. In den jüngsten Verfassungsänderungen wurden erste Schritte zur konkreten Aneignung solcher Werte vollzogen. Angesichts der imperativen Kraft der neuen öffentlichen Meinung ist zu erwarten, daß sie auch weiterem Wandel Dynamik verleiht.

<sup>35</sup>) Vgl. Pravda vom 30. 11. 1988.

# Die KPdSU und das kommunistische Parteiensystem

## Paradigmenwechsel in Moskau

### I. Pluralität der Entwicklungswege zum Sozialismus

Das „neue politische Denken“ in Moskau findet seinen Ausdruck nicht nur in dem Bemühen um einen radikalen Umbau des inneren Systems sowie um einen entschiedenen Kurswechsel in der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik. Es ist darüber hinaus begleitet von einem tiefgreifenden Wandel auch im kommunistischen Parteiensystem, von einem „schwierigen Prozeß der Perestroika in der internationalen kommunistischen Bewegung und ihren Gliederungen“<sup>1)</sup>.

So geht man in Moskau heute zwar auch weiterhin von der Existenz einer kommunistischen Weltbewegung aus und fühlt sich sogar als aktiver Bestandteil dieser Bewegung, wie Gorbatschow zuletzt vor der 19. Parteikonferenz vom Juni 1988 betonte. Bereits auf dem 27. KPdSU-Kongreß vom Frühjahr 1986 hatte er jedoch zugleich unterstrichen, daß die kommunistische Bewegung nunmehr in eine „qualitativ andere Entwicklungsetappe eingetreten“ sei — eine Etappe, in der der Kampf für die gemeinsamen Ziele nichts mit „Uniformität“, „Hierarchie“ oder dem „Anspruch einer Partei auf den Monopolbesitz der Wahrheit“ zu tun hätte<sup>2)</sup>. In bemerkenswertem Anklang an Togliatti — den für mehr Autonomie der Einzelparteien werbenden langjährigen Generalsekretär der italienischen KP (KPI) — sprach Gorbatschow kurz nach seinem Amtsantritt sogar von der „Einheit in der Vielfalt“ als dem charakteristischen Merkmal der für Frieden und Fortschritt eintretenden Kräfte<sup>3)</sup>.

Damit nahm Gorbatschow Abschied von überkommenen Vorstellungen Moskaus über den Charakter der internationalen kommunistischen Bewegung. Noch unter Breschnew hatte die Sowjetführung — wenn nicht verbal, so doch inhaltlich — an der Vorstellung festgehalten, daß sich die Kommunisten bei allen formalen Varianten der Entwick-

lungswege ideologisch-politisch letztlich auf ein Zentrum hin orientieren müßten — auf die KPdSU. In diesem Rahmen bezeichnete es die Breschnew-Führung wie ihre Vorgängerinnen als Hauptaufgabe aller kommunistischen Parteien, das Gesellschaftsmodell sowjetkommunistischen Typs konsequent zu verteidigen und im Zeichen des proletarisch-sozialistischen Internationalismus die Außenpolitik der UdSSR in all ihren Aspekten vorbehaltlos zu unterstützen<sup>4)</sup>.

Die Moskauer Ideologen begründeten diese Forderung zum einen damit, daß die KPdSU den Auftrag der von den sowjetischen Kommunisten ins Werk gesetzten Oktoberrevolution konsequent erfülle und in ihrem Handeln die Wege zur Lösung jener Probleme weise, „mit denen die Werktätigen anderer, zum Aufbau einer neuen Gesellschaft schreitender Länder unvermeidlich konfrontiert werden“<sup>5)</sup>. Darüber hinaus — so hieß es — fehle dem Sowjetsystem die dem Imperialismus eigene Dynamik zu Aggression und Expansion: Seine Außen- und Sicherheitspolitik sei ihrem Wesen nach friedliebend und stelle die Synthese des Friedensstrebens der gesamten Menschheit dar. Als Hauptmacht des revolutionären Weltprozesses bilde die Sowjetunion somit — gemeinsam mit ihren Verbündeten — den entscheidenden Faktor zur Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus. Damit eröffne sie auch den anderen kommunistischen Parteien zuverlässige Perspektiven, sei sie die Garantien für Frieden und sozialen Fortschritt in der Welt<sup>6)</sup>.

Die Organisierung multilateraler Kommunistenkonferenzen globalen und gesamteuropäischen Zuschnitts mit allgemeinverbindlichen Abschlußdokumenten — nach dem Beispiel der Moskauer Weltkonferenz von 1969 und der Ost-Berliner Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien von 1976 — galt der KPdSU als wichtiger Hebel zur Durchsetzung dieser Linie unter den kommunisti-

<sup>1)</sup> So J. Krassin auf einem Symposium sowjetischer Gesellschaftswissenschaftler, in: *Rabočij klass i sovremennyj mir* (hinfort abgekürzt RKSJ). (1988) 6. S. 162–173, hier S. 172.

<sup>2)</sup> Vgl. *Pravda* vom 29. 6. 1988 bzw. 26. 2. 1986.

<sup>3)</sup> Vgl. seine Rede zur Begründung der Revision des KPdSU-Programms, in: *Pravda* vom 16. 10. 1985. Einen Überblick über die Entwicklungen in der kommunistischen Bewegung gibt mein Buch: *The Decline of the World Communist Movement*. Moscow, Beijing, and Communist Parties in the West. Boulder-London 1987.

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu u. a. B. Ponomarjov, *Die lebendige und wirksame Lehre des Marxismus-Leninismus*, Frankfurt/Main 1978.

<sup>5)</sup> Politbüromitglied M. Suslov auf einer Konferenz sowjetischer Gesellschaftswissenschaftler, in: *Pravda* vom 11. 11. 1977.

<sup>6)</sup> Vgl. dazu meinen Aufsatz: *Moskau und der Eurokommunismus*, in: *Politische Bildung*, (1979) 1, S. 21–36.

schon Parteien. Noch im Dezember 1984 mahnte Politbüro-Kandidat Ponomarjow, damals als ZK-Sekretär zuständig für die Beziehungen zu den nichtregierenden kommunistischen Parteien, zur Intensivierung der Vorbereitungen für eine neue kommunistische Weltkonferenz<sup>7)</sup>.

Nach anfänglichem Zögern scheint die Sowjetführung unter Gorbatschow Pläne zur Einberufung einer neuen KP-Weltkonferenz — gegen den Wunsch vieler traditionalistisch orientierter Parteien<sup>8)</sup> — mittlerweile endgültig fallengelassen zu haben: „Die Zeiten der Komintern, des Informationsbüros und selbst die Zeiten der bindenden Internationalen Beratungen sind vorbei“, betonte der Generalsekretär 1987 in seiner Rede zum 70. Jubiläum der Oktoberrevolution, wobei er noch einmal unterstrich, daß alle kommunistischen Parteien „restlos und unumkehrbar selbständig“ seien<sup>9)</sup>. Darüber hinaus verzichtet die KPdSU heute ausdrücklich darauf, das Sowjetsystem als für alle kommunistischen Parteien vorbildlich hinzustellen und daraus einen de-facto-Führungsanspruch abzuleiten.

Dieser Verzicht ergibt sich zum einen aus der eher pragmatisch-selbstkritischen Erkenntnis, daß die Aufrechterhaltung eines Anspruchs auf Vorbildhaftigkeit angesichts von Stagnation und multidimensionaler Krise in der Entwicklung der Sowjetunion sowie im Licht verhängnisvoller außenpolitischer Fehlentscheidungen Moskaus absurd wäre („Wir predigten anderen die Revolution und waren selbst konservativ“, so ein sowjetischer Publizist in einer italienischen KP-Zeitschrift<sup>10)</sup>). Zum anderen wurzelt der Verzicht auf Führung in einem bemerkenswerten Umdenken auch in der Theorie: Die Pluralität der Entwicklungswege zum Sozialismus wird von den sowjetischen Reformern heute als positive Erscheinung und als Chance zu gegenseitigem Lernen und wechselseitiger inhaltlicher Bereicherung eingeschätzt — anders als früher, als man eine solche Pluralität als eine bloße Vielfalt in den Formen angesehen und, wenn überhaupt, nur widerwillig toleriert hatte.

Die ideologisch-politische Neuausrichtung führte seit Amtsübernahme Gorbatschows zu paradox anmutenden Entwicklungen und radikalen Umwälzungen in den Beziehungen der KPdSU zu ihren Bruderparteien: Die Traditionalisten unter ihnen

werden kritisiert und zur Überwindung ihres „dogmatischen Fundamentalismus“ angehalten<sup>11)</sup>; die Reformler dagegen finden in Moskau offen Lob und Anerkennung. So ist die KPI, die zuvor immer wieder mit heftiger Polemik überzogen worden war, heute fast die einzige KP des Westens, die von der KPdSU geachtet und ernstgenommen wird — nicht zuletzt gerade deshalb, weil sie ein eigenständiges Profil entwickelt und sich während der Breschnew'schen Stagnationsperiode sowjetischen Pressionen gegenüber resistent gezeigt hatte.

Mittlerweile übernahm die KPdSU, z. T. bis in die Begrifflichkeit hinein, sogar zentrale Thesen und Konzeptionen, die zuerst von der KPI und anderen kommunistischen Reform-Parteien wie dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) entwickelt worden waren<sup>12)</sup>. Das gilt für die Notwendigkeit einer Historisierung Lenins und die Anerkennung einer Pluralität von Sozialismusmodellen ebenso wie für das Konzept einer „Einheit in der Vielfalt“ und eines „neuen Internationalismus“ unter den Fortschrittskräften; für die Neueinschätzung von Imperialismus, Kapitalismus und internationaler Sozialdemokratie; für die Anerkennung globaler Interdependenzen in der Außenpolitik sowie für die universelle Geltung der friedlichen Koexistenz, bei der im Zeichen eines „historischen Kompromisses“ zwischen Ost und West den Menschheitsinteressen Vorrang vor den Klasseninteressen einzuräumen sei.

Seinen organisatorischen Ausdruck fand dieses konzeptionelle Umdenken darin, daß die KPdSU-Führung — auch hier einer früheren Anregung der Reform-Parteien folgend — anlässlich des 70. Jubiläums der Oktoberrevolution (November 1987) ein informelles Treffen der in Moskau anwesenden Repräsentanten von insgesamt 178 Parteien und Bewegungen aus 120 Staaten organisierte. Im einzelnen folgten der Einladung 100 kommunistische Parteien, 29 sozialistische und sozialdemokratische Parteien, 40 Parteien und Bewegungen aus der Dritten Welt sowie solche Parteien wie der Indische Nationalkongreß, die finnische Zentrumspartei und die GRÜNEN aus der Bundesrepublik Deutschland<sup>13)</sup>.

Auf diesem Treffen äußerten einige Redner zwar teilweise scharfe Kritik an bestimmten Aspekten der sowjetischen Politik, so etwa an der Militärin-

<sup>7)</sup> Vgl. seine Rede auf einer Konferenz der von den KPen herausgegebenen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, in: Pravda vom 5. 12. 1984. Ähnlich E. Honecker, in: Neues Deutschland vom 23. 11. 1984.

<sup>8)</sup> Immerhin hatten 1984 über 60 kommunistische Parteien ihre Teilnahme schon fest zugesagt, vgl. S. Szafarz, in: Trybuna Ludu vom 24. 2. 1984.

<sup>9)</sup> Pravda vom 3. 11. 1986.

<sup>10)</sup> Gespräch des „Rinascita“-Mitarbeiters M. Boffa mit dem „Kommunist“-Redakteur E. Arab Ogly, in: Rinascita, (1988) 13, S. 17.

<sup>11)</sup> J. Krassin, Politickéškie Obrazovanie, in: RKSM, (1988) 18, S. 3—11, hier S. 5.

<sup>12)</sup> Darauf verweist nicht ohne Genugtuung KPI-Vorstandsmitglied G. Napolitano, in: l'Unità vom 5. 4. 1988.

<sup>13)</sup> Vgl. dazu J. Schischlin, Potential des Friedens, der Vernunft, des guten Willens, in: Neue Zeit, (1987) 50, S. 26 f., sowie E. Plimak, „Moment raboty“. O vstreče predstavitelej partij i dviženij v Moskve 4—5 nojabrja 1987 g., in: RKSM, (1988) 2, S. 13—29. Die Einzelbeiträge sind abgedruckt in: Treffen der Vertreter von Parteien und Bewegungen, die an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution teilnahmen, Bd. I und II, Moskau 1988.

tervention in Afghanistan, an der Unterdrückung von Menschenrechten, an der zivilen Nutzung der Kernenergie, an dem starken Einfluß der Militärbürokratie. Aus der Sicht der Moskauer Reformer war dies jedoch leicht zu verschmerzen. Zum einen entsprach diese Kritik in den meisten Punkten ihrer eigenen Einschätzung und konnte damit als zusätzliches Argument in der Auseinandersetzung mit Konservativen in den eigenen Reihen dienen. Zum anderen wurde sie bei weitem aufgewogen durch die Chance, über die kommunistischen Parteien hinaus bis in das bürgerliche Lager hinein Sympathiewerbung für das Moskauer „neue politische Denken“ zu betreiben und die Vision einer „vollkommeneren Kultur der Beziehungen zwischen den fortschrittlichen Kräften“ in aller Welt zu umreißen<sup>14)</sup>.

## II. Moskau und das „sozialistische Weltsystem“

Das Streben der Sowjetführung nach einer „vollkommeneren politischen Kultur der Beziehungen“ manifestiert sich deutlich sichtbar in der programmatischen Neuausrichtung der KPdSU gegenüber dem „sozialistischen Weltsystem“, d. h. der Gesamtheit der 15 regierenden kommunistischen Parteien. So ist der Appell zur Befolgung „allgemeiner Gesetzmäßigkeiten“ beim Aufbau des Sozialismus aus den sowjetischen Dokumenten fast vollkommen verschwunden. Das ist eine logische Konsequenz der Tatsache, daß die Moskauer Reformer selbst angesichts der von ihnen konstatierten „authentischen Entwicklungskrise der Sowjetgesellschaft und des Weltsozialismus“ den Inhalt dieser Gesetzmäßigkeiten nicht mehr klar definieren können und sich auf die Suche nach „neuen Kriterien des sozialistischen Wesens“ (socialističnost) begeben<sup>16)</sup>. Bemerkenswerterweise finden sich in sowjetischen Grundsatzserklärungen auch nur noch selten Hinweise auf den „sozialistischen Internationalismus“, der als Prinzip für die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten im Zeichen der Breschnew-„Doktrin der beschränkten Souveränität“ ein grundsätzliches Recht der Sowjetunion auf militärische Intervention in diesen Ländern einschloß.

Inzwischen erteilt die KPdSU-Führung jeglichem Anspruch einer bestimmten Partei auf ein „Monopol auf Wahrheit“ eine deutliche Absage und unterstreicht das Recht aller Staaten — also programmatisch auch der sozialistischen — auf die „Freiheit der sozialen und politischen Wahl“ ihres Gesellschaftssystems und dessen konkreter Ausgestal-

Insgesamt signalisiert das Moskauer Treffen, das gerade wegen seines breiten Teilnehmerkreises und seines offenen Meinungsaustauschs auch von so kritischen Parteien wie der KPI und den BdkJ positiv bewertet wurde, für die KPdSU einen Durchbruch in ihrem Bemühen um den anvisierten Dialog mit möglichst vielen Kräften — „unabhängig davon, ob es mit ihnen irgendwelche Divergenzen gibt oder nicht“<sup>15)</sup>. Ganz offensichtlich hatte sie das Treffen — im Zeichen wachsender globaler Interdependenzen — als Alternative zu den traditionellen Kommunistenkonferenzen konzipiert, als zukunftsweisendes Pilotprojekt und als Modell für die Austragung des angestrebten positiven Wettbewerbs zwischen unterschiedlichen geistig-politischen Strömungen in Ost und West.

tung<sup>17)</sup>. Auch zwischen den sozialistischen Staaten herrsche jetzt ein Wettbewerb um das bessere System — heißt es in Moskau —, bei dem jeder vom anderen lernen könne. Abgerundet wird diese Neuausrichtung schließlich dadurch, daß die Sowjetführung dem Prinzip der friedlichen Koexistenz universelle Geltung beimißt und es somit nicht länger auf die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung beschränkt<sup>18)</sup>.

Beispielhaft für das Umdenken in Moskau sind die Kernaussagen der sowjetisch-jugoslawischen Erklärung anläßlich des Gorbatschow-Besuchs in Belgrad vom März 1988<sup>19)</sup>. Unter Verweis auf die „universellen Prinzipien“ der bekannten bilateralen Deklarationen von Belgrad (1955) und Moskau (1956) und deren „unvergänglichen Wert“ bekräftigt die KPdSU darin gemeinsam mit dem BdkJ ihre Bereitschaft, die Beziehungen auf der Basis der „Unabhängigkeit, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung, der Verantwortung jeder Partei vor der Arbeiterklasse und dem Volk ihres Landes der gegenseitigen Respektierung der verschiedenen Wege des Aufbaus des Sozialismus sowie der internationalen Lage auch künftig weiterzuentwickeln und zu bereichern“. Dabei werde keine Seite den Anspruch erheben, so die Erklärung weiter, „irgend jemandem die eigenen Vorstellungen von der gesellschaftlichen Entwicklung aufzuzwingen“, denn der Erfolg „zeigt sich in der gesellschaftlichen und politischen Praxis und wird durch konkrete Ergebnisse bewiesen“.

<sup>14)</sup> Gorbatschow vor den Vertretern der 178 Parteien und Bewegungen, in: Pravda vom 5. 11. 1987.

<sup>15)</sup> So V. Zagladin, in: Pravda vom 28. 6. 1988.

<sup>16)</sup> So A. Jakovlev, in: Pravda vom 17. 12. 1988, bzw. Gorbatschow, in: Pravda vom 16. 11. 1988.

<sup>17)</sup> Rede Gorbatschows vor dem ZK, in: Pravda vom 19. 2. 1988.

<sup>18)</sup> So als einer der ersten Ševardnadze in einer Rede vor den Mitarbeitern des Außenministeriums, in: Vestnik Ministerstva Inostrannykh Del SSSR, (1987) 2, S. 30–34, hier S. 32.

<sup>19)</sup> Abgedruckt in: Pravda vom 19. 3. 1988.

In diesem Sinne unterstrich Gorbatschow gegenüber seinen jugoslawischen Gastgebern die Auffassung, daß „die Kraft des Sozialismus in seiner Vielgestaltigkeit und im Reichtum seiner internationalen Erfahrungen“ liege. Bemerkenswerterweise sah er den grundlegenden Wert des Abschlußdokuments nicht zuletzt darin, daß es „in seiner Bedeutung über den Rahmen bilateraler Beziehungen hinausreicht“<sup>20)</sup>. Das trifft sicher zu für das Verhältnis Moskaus zu dem weiteren Kreis der regierenden Parteien, so für die KP Kubas, die KP Vietnams und vor allem die KP Chinas. Die KPCh wird sich zu der – von der KPdSU seit langem angestrebten – Wiederaufnahme der Parteibeziehungen überhaupt nur dann bereiterklären, wenn sie auf ähnlichen Prinzipien vollzogen wird, wie sie sich in der sowjetisch-jugoslawischen Erklärung finden<sup>21)</sup>.

### III. Kontroverse Diskussionen mit den Traditionalisten

Seit der Breschnew-Periode sind die Beziehungen der KPdSU zu den nichtregierenden kommunistischen Parteien im Westen und in der Dritten Welt für Moskau zu einem immer weniger wichtigen Nebenschauplatz geworden. In Gorbatschows Bestsellern „Perestroika“ finden sie – wie der Gesamt-komplex „internationale kommunistische Bewegung“ überhaupt – keine Erwähnung mehr. Dennoch kommt die Sowjetführung nicht darum herum, gegenüber den Kommunisten im Westen und deren Reaktion auf die ideologisch-politische Neuausrichtung in Moskau Position zu beziehen. An vorderster Front steht dabei das für die Ausbildung von Auslandskadern zuständige ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften mit seinem Direktor J. Krassin an der Spitze. Krassin und sein Team liefern nicht nur wichtige theoretische Beiträge zur sowjetischen Neubewertung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen im Westen. Sie haben darüber hinaus die spezifische Aufgabe, den nichtregierenden kommunistischen Parteien Inhalt und Ziele des Moskauer „neuen politischen Denkens“ zu vermitteln – nicht zuletzt über multilaterale Diskussionen im Rahmen der Prager Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“<sup>22)</sup>.

Die 1958 gegründete Zeitschrift wird unter sowjeti-

Noch sind jedoch Zweifel angebracht, ob die Sowjetführung die in der Erklärung verankerten Prinzipien tatsächlich auch auf den engeren Kreis der im Warschauer Pakt vereinten Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft und deren regierende kommunistische Parteien bezieht. Zwar scheinen die Reformen in Moskau prinzipiell bereit, die innere Demokratisierung in diesen Ländern einschließlich der Herausbildung eines echten Parteienpluralismus zu tolerieren<sup>22)</sup> – unter der Voraussetzung jedenfalls, daß die neuen Eliten die außen- und sicherheitspolitischen Interessen der UdSSR respektieren. Offen bleiben muß jedoch bis auf weiteres die Frage, ob die in Belgrad verkündeten Prinzipien des Rechts auf einen eigenen Weg den Härtesten der politischen Praxis insbesondere dann bestehen werden, wenn die Reformprozesse in Ländern der sozialistischen Gemeinschaft zu Instabilitäten führen und außer Kontrolle geraten.

cher Chefredaktion von 69 kommunistischen Parteien herausgegeben sowie in 69 verschiedenen Ausgaben und 41 Sprachen in aller Welt vertrieben.

Einen aufschlußreichen Einblick in diese Auseinandersetzungen vermitteln die „Thesen“, die das Moskauer ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften den Vertretern der kommunistischen Parteien in Prag im Dezember 1987 zur Diskussion stellte<sup>24)</sup>. Da die „Thesen“ die Tendenzen des sowjetischen Umdenkens ebenso plastisch zum Ausdruck bringen wie die daraus für die KPdSU erwachsenden Probleme in ihren Beziehungen zu den Traditionalisten unter den westlichen kommunistischen Parteien, seien sie an dieser Stelle ausführlicher zitiert. In ihren Kernaussagen heißt es u. a.:

*Dialektik der Prioritäten:* Angesichts der drängenden Überlebensfragen erlangen allgemeinhensliche Werte „vorrangige Bedeutung gegenüber den Divergenzen, die sich aus Klasseninteressen und nationalen Interessen ergeben. Bedeutet das nicht, Klassenpositionen, den Klassenkampf, *das revolutionäre Wesen der kommunistischen Partei aufzugeben?* Wenn man diese Frage zu beantworten sucht, muß man unbedingt in Rechnung stellen, daß in der nuklear-kosmischen Welt die Priorität der allgemeinen Interessen der Menschheit eine unerläßliche Voraussetzung für sozialen Fortschritt ist. Wahrscheinlich muß man in diesem Zusammenhang über

<sup>20)</sup> Ebenda.

<sup>21)</sup> Zu den sowjetisch-chinesischen Beziehungen vgl. den Beitrag von D. Heinzig in diesem Heft.

<sup>22)</sup> Vgl. dazu die Pressekonferenz Jakovlevs in Budapest, Meldungen von Reuter und dpa vom 11. 11. 1988.

<sup>23)</sup> Vgl. dazu die Konferenzberichte in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus* (hinfort: PFS), (1988) 3, S. 371–387 und 9, S. 1226–1239, sowie die Prager Rede Dobrynins vor den Vertretern der kommunistischen Parteien, in: *Pravda* vom 13. 4. 1988.

<sup>24)</sup> Die „Thesen“ sind auszugsweise abgedruckt in: PFS, (1988) 3, S. 371–387 (Hervorhebungen durch den Autor dieser Studie). Die Diskussion dazu ebenda sowie auch in: PFS (1988) 9, S. 1226–1239.

ein System, eine Hierarchie der Ziele, Aufgaben und Werte des Kampfes der Arbeiterklasse, der Kommunisten nachdenken.“

*Von der Gewaltanwendung zum Kompromiß:* Unter den heutigen Bedingungen stellt sich die Frage: „Welche Möglichkeiten bestehen für gewaltsame Aktionen in einer Situation, da der Zusammenhang zwischen inneren und internationalen Prozessen immer enger wird? Bringt diese Situation nicht die Tendenz zu nationaler Aussöhnung hervor? . . . Wie passen überhaupt gewaltsame revolutionäre Aktionen in das Konzept einer Welt ohne Gewalt?“

*Kann der Klassengegner Partner sein?* Da der Kampf um das Überleben alle Menschen unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit angeht, sind jenseits der Klassengrenzen Kompromisse mit dem Klassengegner notwendig, muß dieser im Zeichen eines friedlichen Wettbewerbs der Gesellschaftssysteme „bei der Lösung allgemeinmenschlicher Aufgaben Partner werden“. Damit stellt sich auch „die Frage der Methoden des ideologischen Kampfes auf neue Weise. Die Ideologie hat Klassencharakter und ist ein Boden für Klassenauseinandersetzungen. Bringt aber nicht die Ganzheitlichkeit der widersprüchlichen Welt auch allgemeinmenschliche Ideen hervor, die den Boden für geistig-ideologische und geistig-moralische Beziehungen bilden, welche nicht auf ideologische Auseinandersetzungen hinauslaufen?“

*Hegemonie statt Hegemonismus:* Müssen nicht angesichts des notwendigen Zusammenwirkens unterschiedlicher Kräfte „einige veraltete Vorstellungen von der Hegemonie der fortschrittlichen Klasse revidiert werden, die diese mit Ansprüchen auf Kommandopositionen einer Partei verbinden?“ Hegemonie wird in der praktischen Auseinandersetzung „auf demokratischer Grundlage und mit demokratischen Methoden“ errungen. Dabei geht es „nicht um die organisatorisch-politische Hegemonie einer Partei oder Organisation, sondern um die Hegemonie sozial-klassenmäßiger Werte, die am vollständigsten die Erfordernisse des Überlebens und des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft zum Ausdruck bringen“.

*Lösung von überkommenen Schemata:* Die Gefahr der nuklearen Selbstvernichtung, die ausweglose Lage der Dritte-Welt-Länder, die Zerstörung der Umwelt „überlagern den Hauptinhalt unserer Epoche und verändern die Vorstellungen der Marxisten von Tempo und Inhalt, von den Wegen und Triebkräften der revolutionären Erneuerung der Welt“. In der kommunistischen Bewegung wird gegenwärtig angestrebte Arbeit geleistet, um „die Realitäten der heutigen Welt zu durchdenken“ und sich von nicht mehr zeitgemäßen Konzeptionen und Schemata zu lösen. „Die historische Verantwortung

drängt die Kommunisten, früher vorhandene Vorstellungen von sich selbst als einer *unfehlbaren, über das Monopol auf die Wahrheit verfügenden Kraft kritisch zu überdenken*.“ Es ist notwendig, „auf Monologe zu verzichten und zu lernen, den Standpunkt anderer anzuhören, sich in die Logik ihrer Gedanken hineinzusetzen, den eigenen Standpunkt mit überzeugenden Argumenten zu vertreten und ihn, wenn erforderlich, zu korrigieren“.

Soweit die Kernaussagen der von sowjetischen Theoretikern präsentierten „Thesen“. Die Reformströmungen im kommunistischen Parteiensystem – die italienischen, die spanischen, die mexikanischen Kommunisten – schätzen die umfassende Neuorientierung positiv ein, weil sie ihren eigenen, seit langem autonom entwickelten Vorstellungen entspricht. So begrüßte der mexikanische Vertreter P. Sandoval Ramirez während der Diskussionen in Prag die Abkehr der internationalen kommunistischen Bewegung von der Konzeption einer „nach innen gekehrten, von der Umwelt isolierten Sekte“; er bezeichnete „das Zusammenwirken unterschiedlichster Richtungen der kommunistischen, der sozialistischen und der gesamten demokratischen Bewegung in der Welt“ als eine „sehr verheißungsvolle Aufgabe“<sup>25</sup>).

Auf die Traditionalisten unter den kommunistischen Parteien dagegen wirkt die umfassende Neuausrichtung, wie sie exemplarisch in den „Thesen“ zum Ausdruck kommt, wie eine kalte Dusche, zumal das Umdenken von den Reformern in Moskau immer deutlicher mit folgenden Fragen verbunden wird: Muß der Imperialismus auch weiterhin als von seiner Natur her militaristisch und aggressiv eingeschätzt werden? Oder ist er nicht umgekehrt unter den heutigen Bedingungen – z. B. den Gefahren nuklearer Selbstvernichtung, aber auch den Chancen zur Kapitalverwertung durch ökonomisch-technologische Innovation – grundsätzlich friedensfähig? Können sich die westlichen Systeme prinzipiell nicht auch ohne Militarisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln, ohne Aggression gegenüber dem Systemgegner und ohne gewaltsames Ausgreifen in der Dritten Welt?<sup>26</sup>

Die Antwort der Traditionalisten auf all dies ist eindeutig negativ, wie beispielhaft die Replik ihrer Vertreter auf die von den KPdSU-Theoretikern vorgelegten „Thesen“ zeigt<sup>27</sup>). In den Augen der Traditionalisten sind die „Thesen“ nicht nur losge-

<sup>25</sup>) PFS, (1988) 9, S. 1238.

<sup>26</sup>) Vgl. dazu beispielsweise die Rede Gorbachevs zum 70. Jubiläum der Oktober-Revolution, in: Pravda vom 3. 11. 1987.

<sup>27</sup>) Vgl. PFS, (1988) 3; die folgenden Einschätzungen stammen von Repräsentanten der kommunistischen Parteien aus Chile, Costa Rica, Ekuador, El Salvador, Großbritannien, Guyana, Indien, Irland, Kanada, Kuba, Philippinen, Senegal, Sudan, Südafrika.

löst von den Ideen der Klassiker des Marxismus-Leninismus, sondern auch von den konkreten Erfahrungen, die die Bruderparteien über Jahrzehnte hinweg gesammelt haben. So verwiesen sie in der Diskussion über den Vorrang der Friedenssicherung gegenüber dem Klassenkampf darauf, daß sich weder bei Marx noch bei Lenin der Begriff „Priorität“ finde. Da es klassenneutrale Werte nicht gebe, sei es schädlich, „den Klassenkampf in den Bereich eines abstrakten Humanismus zu verlagern, wo Übereinstimmung und Konvergenz der Standpunkte verschiedener sozialer Kräfte über den Kampf für die Revolution und den Sozialismus dominieren“. In diesem Licht sei der Friedenskampf „fester Bestandteil des allgemeinen Klassenkampfes“, werde die Gewaltanwendung erst nach Beseitigung der Klassenantagonismen verschwinden.

Aus dieser Sicht, die folgerichtig auch an der Vorstellung von gerechten und ungerechten Kriegen festhält, fühlen sich die Traditionalisten bei der Lektüre der „Thesen“ an die „Sprache der Rechten“ erinnert — zumal dann, wenn sie zur „Partnerschaft zwischen Imperialismus und Sozialismus“ angehalten werden. Zwar habe Lenin unter bestimmten Bedingungen Kompromisse mit den Kapitalisten befürwortet, doch habe er dabei zwischen für die Revolution legitimen Abkommen einerseits und „verräterischen, wortbrüchigen Vereinbarungen“ andererseits deutlich unterschieden. Im übrigen müsse man sich fragen, ob die sowjetischen Autoren der „Thesen“ die Revision der Doktrin von der Hegemonie der Arbeiterklasse „auch auf die sozialistischen Länder (beziehen), wo die führende Rolle der Partei verankert ist“.

Das Fazit aus dieser grundsätzlichen Kritik der Traditionalisten zog der britische Vertreter Ramelson mit seiner Bemerkung: „Wenn die Verfasser der Thesen in etwas konsequent sind, dann in den Ideen, die vom Marxismus wegführen. Man ge-

winnt den Eindruck, daß man um des neuen Denkens willen auf den Klassenkampf verzichten muß und daß es in der Welt von heute keine sozialen Veränderungen in Form von Revolutionen mehr geben kann. Als Marxist kann ich ein solches Herangehen nicht akzeptieren.“

Die scharfen Auseinandersetzungen in der kommunistischen Bewegung über die sowjetischen „Thesen“ und den Aufruf zu prinzipiellem ideologisch-politischen Umdenken dürften unter den kommunistischen Parteien weitere schwere Erschütterungen zur Folge haben. Diese Prognose scheint um so berechtigter, als sich die KPdSU-Theoretiker durch die Kritik der Traditionalisten nicht beirren lassen und diese heute sogar unumwunden zum Revisionismus auffordern. Denn „den Revisionismus zu fürchten bedeutet, überhaupt neue Fragestellungen zu vermeiden“, betonte Krassin als *sein* Fazit der kontroversen Diskussion mit den KP-Vertretern in Prag<sup>28)</sup>.

Hält man sich vor Augen, daß der Begriff „Revisionismus“ als ideologische Abgrenzung des Sowjetkommunismus gegenüber dem Reformkommunismus und der Sozialdemokratie in der KP-Orthodoxie jahrzehntelang eindeutig negativ besetzt war, so wird das Ausmaß des Umdenkens in Moskau ebenso deutlich wie die daraus für die Traditionalisten erwachsenden Probleme. Vor allem die kleineren kommunistischen Parteien mit nur schwacher Verankerung im eigenen Land hatten Motivation und Kraft oft aus ihrer Selbstgewißheit bezogen, einer weltweiten revolutionären Bewegung der Zukunft anzugehören und in der Perspektive damit letztlich zu den Siegern der Geschichte zu zählen. Mit dem Umdenken in Moskau geht nicht nur diese Gewißheit verloren. Gerade die treuesten Anhänger Moskaus sehen sich jetzt verstärkt der Kritik ihrer politischen Umwelt ausgesetzt.

#### IV. Neueinschätzung westlicher Systeme und ihre Folgen für die Beziehungen zu den Kommunisten im Westen

Die an die Adresse der nichtregierenden kommunistischen Parteien gerichtete Aufforderung Moskaus zur Revision überkommener Doktrinen und Handlungsmuster wird weiter verstärkt durch die sowjetische Neubewertung westlicher Systeme und deren innerer Dynamik. Diese Neubewertung hat einschneidende Konsequenzen für das Verhältnis der KPdSU speziell zu den westeuropäischen kommunistischen Parteien. Bislang seien die Kommunisten von einer unheilbaren Krisenanfälligkeit des Kapi-

talismus ausgegangen und hätten eine Strategie verfolgt — heißt es in Moskau —, die von einem Abwarten auf dessen Zusammenbruch geprägt gewesen sei<sup>29)</sup>. Diese Strategie hat sich sowjetischen Autoren zufolge jedoch als falsch erwiesen, da der Kapitalismus „eine weitaus größere Stabilität besitzt als früher angenommen wurde“ und „nicht nur Widersprüche gebiert, sondern auch Mechanismen

<sup>28)</sup> So J. Krassin, *Rabočee dviženie v poiskach demokratičeskoj al'ternativy*, in: *Kommunist* (1988) 14, S. 65–76, hier S. 74.

<sup>29)</sup> Vgl. PFS, (1988) 3, S. 285.

zu deren Auflösung schafft“<sup>30</sup>). Begründet wird dies nicht zuletzt mit der Flexibilität der westlichen „bürgerlichen Demokratie“ — mit dem Funktionsmechanismus ihrer politischen Institutionen, ihren Konzepten zu einer wachstumsorientierten Wirtschaftsregulierung, ihren sozialstaatlichen Absicherungen.

Der Wandel in der Einschätzung des „bürgerlichen“ Staats und seiner Institutionen durch sowjetische Theoretiker hat konsequenterweise auch einen Wandel in ihrer Haltung zu den Kommunisten im Westen und deren politischer Strategie zur Folge. Beim Übergang zum Sozialismus dürften sie sich nicht länger auf einen „Durchbruch“ kaprizieren, heißt es, zumal dieser Sozialismus möglicherweise von ganz anderer Prägung sei als die bisher bekannten Varianten. Vielmehr müßten sie ihre Politik darauf einstellen, daß es sich bei den Transformationsprozessen um eine allmähliche Entwicklung der „Selbstorganisation der Werktätigen“ handle, um das Ergebnis des „organischen Ausreifens von Elementen und Voraussetzungen sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse“. In diesem Zusammenhang nennt Krassin als zentrale Aufgaben nicht etwa traditionelle Verstaatlichungen, sondern — als strategische und nicht nur taktisch bedingte Orientierung — so reformistische Ziele wie Mitbestimmung, Verkürzung der Arbeitszeit, Umschulung der Arbeitskräfte, Bildung von Fonds und Aktienbesitz in Arbeitnehmerhand<sup>31</sup>). Folgerichtig plädiert er für die Liquidierung der Doktrin von der „Diktatur des Proletariats“, eines zentralen Theorem in der Ideologie des Marxismus-Leninismus: „Die neuen Realitäten brauchen auch neue Begriffe“, betonte Krassin unter Verweis darauf, daß sich der Übergang zum Sozialismus im Westen „eher über einen Konsens der Bevölkerung vollziehen wird“<sup>32</sup>).

Die Kommunisten im Westen und die Arbeiterbewegung allgemein können die Möglichkeiten zu breiter Konsensbildung — sowjetischen Theoretikern zufolge — aber nur dann nutzen, wenn sie überzeugende Konzepte zur Stimulierung der wissenschaftlich-technischen Revolution, zum Umbau des Sozialstaats, zur Bewältigung des sozialen und Wertewandels in der Bevölkerung entwickeln. Denn „unter den Bedingungen des Kapitalismus verlangt die Einführung flexibler, eine hohe Beweglichkeit des Produktionsapparats bedingender

Technologien die Befreiung der Wirtschaft von den Fesseln der rigorosen staatlichen Regulierung, eine Erleichterung des staatlichen Steuerdrucks, die Förderung der unternehmerischen Initiative, das Risiko bei der variationsreichen Suche nach erfolgversprechenden Richtungen des technologischen Fortschritts, eine operative Entscheidungsfindung nicht nur in den großen, sondern auch in den mittleren und kleineren Betrieben. Die staatlichen Hebel der unmittelbaren Regulierung von Produktionsvorgängen werden zu unhandlich, wenig effektiv sowie unfähig, sämtliche Richtungen und Sphären der ökonomischen Entwicklung zu erfassen.“<sup>33</sup>)

Vor dem Hintergrund einer solchen radikalen Revision früherer Einschätzungen der westlichen Systeme, ihres Funktionsmechanismus und ihrer inneren Dynamik ist es nur folgerichtig, wenn die traditionellistisch orientierten kommunistischen Parteien Westeuropas in Moskau heute offen und scharf kritisiert werden. So heißt es über die französische KP und andere Parteien ähnlicher Grundeinstellung in sowjetischen Kommentaren, sie hätten „keine Programme und keine Losungen, die auf breite Bevölkerungsschichten und speziell auf die Arbeiterschaft attraktiv wirken“<sup>34</sup>). Indem sie die rapiden wirtschaftlichen, sozialen und wertbezogenen Wandlungsprozesse im Westen unberücksichtigt ließen, liefen diese kommunistischen Parteien Gefahr, „auf periphere Positionen der Verteidigung korporativer Belange verdrängt zu werden“. Damit gingen sie das Risiko ein, „in die Rolle des ‚Ouvrierismus‘ zu geraten“ — eine Rolle, in der „die Treue zu den Klassenpositionen des Proletariats einen lebensfernen, dogmatischen Charakter annimmt“.

Für die Kommunisten kommt es jetzt darauf an — so die neue Botschaft der KPdSU —, „die Scheuklappen veralteter ideologischer Klischees abzustreifen und die Realität so zu sehen, wie sie ist“<sup>35</sup>). Das gilt übrigens nicht zuletzt auch für die DKP, wie Politbüromitglied Jakowlew in seiner Rede vor deren Parteitag vom Januar 1989 zu erkennen gab. Jakowlew zufolge könne sich nur der „selbst täuschen und Trost finden in der Illusion, die Unfehlbarkeit eines Dogmas sei wichtiger als Entwicklung und stehe über dem wirklichen Leben“, der „den Marxismus ohne Bezug zur Realität studiert und der keine direkte Verantwortung für das Schicksal der Menschen trägt“<sup>36</sup>).

<sup>30</sup>) A. Dobrynin, Rede auf einer Konferenz der Zeitschrift PFS in Prag, in: Pravda vom 13. 4. 1988, bzw. A. Volkov auf dem schon erwähnten Symposium führender sowjetischer Gesellschaftswissenschaftler, in: RKSM, (1988) 6, S. 165. Vgl. zu dieser Neueinschätzung auch O. Alexandrova, Die neuen sozialen Bewegungen im Westen aus der Sicht der sowjetischen Ideologie und Gesellschaftswissenschaft, Berichte des BIOst, (1988) 57.

<sup>31</sup>) J. Krassin (Anm. 29), S. 74.

<sup>32</sup>) J. Krassin, in: PFS, (1988) 9, S. 1232.

<sup>33</sup>) J. Krassin (Anm. 29), S. 66 f.

<sup>34</sup>) So der Publizist A. Bovin, Vyborny vo Francii: pered vtorym turom, in: Izvestija vom 3. 5. 1988.

<sup>35</sup>) J. Krassin (Anm. 29), S. 68. Ähnlich J. Egorov auf dem Symposium sowjetischer Gesellschaftswissenschaftler (Anm. 30), S. 172.

<sup>36</sup>) Pravda vom 7. 1. 1989.

## V. Präferenzbeziehungen zur reformorientierten Linken

In diesem Licht ist es nur folgerichtig, wenn die KPdSU heute besondere Beziehungen zu den italienischen Kommunisten unterhält: Die KPI ist nicht nur die größte und einflussreichste KP in Westeuropa, sondern hat innerhalb der kommunistischen Bewegung darüber hinaus auch bei der Revision zentraler Doktrinen der marxistisch-leninistischen Ideologie eine Vorreiterrolle gespielt. So hat sie sowjetischen Reformern zufolge mit ihrer „aktiven wissenschaftlichen und theoretischen Forschung“ erheblich zur „Entwicklung des sozialen Denkens“ beigetragen, hat sie sich „immer für die Demokratie, die Verteidigung der Menschenrechte und der individuellen Freiheiten eingesetzt“. Diese radikale Neueinschätzung von Kernpositionen der KPI wird abgerundet durch das Eingeständnis, daß es die italienischen Kommunisten gewesen seien, die in der scharfen Kontroverse mit der KPdSU über die gewaltsame Unterdrückung des Reformprozesses in Polen vom Dezember 1981 Recht behalten hätten: Tatsächlich waren, wie es die Führung um Berlinger damals zutreffend analysiert habe, „die ideologischen und politischen Konzeptionen des Sozialismus sowie der Organisation des Staates veraltet“, hatte „der Sozialismus als Gesellschaftsformation zu einem bestimmten Zeitpunkt seine vorwärtstreibende Kraft verloren“<sup>37)</sup>.

Die Teilnahme hochrangiger Sowjetrepräsentanten an den Parteitag der portugiesischen KP im Dezember 1988 (Politbüromitglied Medwedjew) und der DKP zeigt, daß die KPdSU — ähnlich wie die KP Chinas — „alte Freunde“ nicht ohne weiteres im Stich lassen wird und die Verbindungen zu ihnen aufrechterhalten möchte. Ihr eigentliches Interesse innerhalb der westlichen Linken richtet sich jedoch — neben der KPI als innovativster KP in Westeuropa — zunehmend auf die Sozialisten und Sozialdemokraten in dieser Region (und hier insbesondere auf die Parteien in Schweden, Österreich und der Bundesrepublik Deutschland)<sup>38)</sup>.

Der zentrale Grund für die Neubewertung der Sozialdemokratie liegt ganz offensichtlich nicht darin, daß man in Moskau bei dieser plötzlich eine besondere Aufgeschlossenheit für das sowjetische „neue Denken“ in den Außenbeziehungen entdeckt hätte: Bereits in der Breschnew-Periode galten die Sozialdemokraten den Sowjets als wichtige Ansprechpartner in Sachen „Frieden und Abrüstung“.

<sup>37)</sup> V. Naumov, IKP pered Sezdom, in: Kommunist, (1989) 1, S. 101—112. Zu den Hintergründen der Kontroverse zwischen KPdSU und KPI in der Polen-Frage vgl. meinen Aufsatz: Die italienischen Genossen gehen auf Distanz, in: Osteuropa, (1982) 6, S. 443—460.

<sup>38)</sup> Vgl. dazu ausführlich meinen Aufsatz: Die KPdSU und die internationale Sozialdemokratie: Akzentänderungen im Zeichen des „neuen Denkens“, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1988) 12, S. 1157—1162.

Wurde das damalige Streben nach Gemeinsamkeiten jedoch mit einer scharfen Abgrenzung von den gesellschaftspolitischen Konzepten der Sozialdemokratie verbunden (Bazillus des „Sozialdemokratismus“), so sind es gerade diese Konzeptionen, die heute von den sowjetischen Politikern und Wissenschaftlern intensiv studiert werden: Konzeptionen zur politischen Konsensbildung, zur Wirtschaftsregulierung, zum Umbau des Sozialstaats, zur ökologischen Erneuerung. Daher war es kein Zufall, daß Politbüromitglied Medwedjew, der Leiter der neugeschaffenen ZK-Kommission für Ideologie, im Zusammenhang mit der anvisierten Perestroika im eigenen Land ausdrücklich auf Programmatik und Politik der internationalen Sozialdemokratie verwies. Hier stehe die Sowjetführung vor der Aufgabe, betonte Medwedjew, „sich ernsthaft mit der Praxis der heutigen Sozialdemokratie und deren konkreter Tätigkeit zu befassen“. Bemerkenswerterweise bezog der Chefideologe der KPdSU dies nicht nur auf die *sozialen* Errungenschaften der Sozialdemokraten, sondern auch auf deren Erfolge bei der Durchsetzung „allgemeindemokratischer“ Rechte<sup>39)</sup>.

Natürlich findet die Suche nach Antworten auf neue Herausforderungen im Sozialismus und im Kapitalismus in unterschiedlichen Koordinatensystemen statt, wie sowjetische Wissenschaftler betonen. Gleichwohl müsse sich die Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit darauf einstellen, daß sich „die eigentlichen Vorstellungen über den Sinn des Fortschritts und seine Kriterien ändern“<sup>40)</sup>. Angesichts der rapiden ökonomisch-technologischen Wandlungsprozesse sowie der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft befindet sich — Krassin zufolge — der Staatssozialismus in Osteuropa ebenso in einer Krise wie das von den westeuropäischen Kommunisten vertretene Konzept der „antimonopolistischen Demokratie“ und das sozialdemokratische Modell der „neokeynesianischen Regulierung“. Hieraus ergeben sich für ihn eine ganze Reihe von Problemen, die „Gegenstand gemeinsamer theoretischer Erörterungen werden könnten“. Dazu zählt Krassin u. a.: die

<sup>39)</sup> Sovremennaja koncepcija socializma. Rede vor Gesellschaftswissenschaftlern aus sozialistischen Ländern, in: Pravda vom 5. 10. 1988. Vgl. zu diesem Komplex auch B. Orlov, Perestrojka i teoričeskije podchody socialdemokratii, in: RKSM, (1988) 5, S. 125—131, sowie die Einleitung zum Insee Programmwurf der SPD vom selben Autor, in: Programmnye dokumenty social-demokratii, Bd. 1, Moskau 1988.

<sup>40)</sup> Diesen und den folgenden Gedanken präsentierte Krassin auf einer Konferenz sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien vom Dezember 1988 in Freudenberg/Siegen, zit. nach dem Manuskript. Vgl. dazu sein Interview in: Vorwärts, (1989) 1, S. 32 ff., ferner B. Orlov, Perestrojka (Anm. 39), S. 128.

„Suche nach Wegen zur Demokratisierung der modernen Gesellschaften“, in der im Zeichen einer organischen „Verbindung von Staat und Zivilgesellschaft“ die Menschen- und Bürgerrechte gewährleistet sind; die „Entwicklung der Produktionsdemokratie“, die wirtschaftliche Effektivität garantiert und einem inhumanen Ökonomismus entgegenwirkt; Probleme des „Staatseigentums und der staatlichen Wirtschaftsregulierung“ sowie das „Verhältnis von Plan und Markt“.

Im Zuge der Revision eigener früherer Vorstellungen und Konzeptionen bewerten die Reformer in Moskau heute sogar die Perspektiven einer Annäherung beider Strömungen der historischen „Arbei-

terbewegung“ nicht mehr als völlig utopisch. Symptomatisch dafür ist der Vorschlag Krasins vom Dezember 1988 anlässlich des 125. Jahrestages der Gründung der Ersten Internationale (1864) sowie des 100. Jubiläums der Zweiten Internationale (1889), eine gemeinsame Zusammenkunft zu organisieren. Auf die Dritte Internationale – die Komintern – angesprochen, deren Gründung sich 1989 zum 70. Mal jährt, reagierte der sowjetische Politiker eher zurückhaltend und rückte deren „Fehler und Irrtümer“ in den Vordergrund. Für ihn sei wichtig, betonte Krassin, daß sowohl die Kommunisten als auch die Sozialdemokraten „in einer einheitlichen sozialistischen Tradition stehen“<sup>41</sup>).

## VI. Perspektiven

Perestrojka im Innern. Umorientierung in den Außenbeziehungen, Suche nach neuen Kriterien für den Sozialismus, realistischere Einschätzung des Westens und seiner politischen Strömungen – all dies hat zusammen mit der in Moskau einsetzenden Aufarbeitung der sowjetischen und der Kominterngeschichte<sup>42</sup> neue Bewegung in das kommunistische Parteiensystem gebracht. Während die Reformer – von den Chinesen über die Ungarn bis hin zu den Italienern und Mexikanern – das Umdenken in Moskau begrüßen, leisten die Traditionalisten wie die kommunistischen Parteien aus Rumänien, der DDR, Kuba, Frankreich, Portugal, Indien oder der Bundesrepublik Deutschland bei formaler Zustimmung zum innersowjetischen Umbau auf allen übrigen Feldern hinhaltenden Widerstand oder bezichtigen die KPdSU sogar offen oder versteckt des Abweichens von den Ideen des Marxismus und des Leninismus.

Die Reformer in Moskau lassen sich dadurch jedoch nicht beeinflussen: Im Verhältnis zu den kommunistischen Parteien geht es ihnen weniger – womöglich unter sowjetischer Führung – um eine Revitalisierung oder Neuformierung der historischen „kommunistischen Weltbewegung“ und ihrer revolutionären Methoden und Ziele. Bei Anerkennung der jeweils eigenen Wege konzentriert sich ihr Interesse vielmehr darauf, die kommunistischen Parteien für den neuen innen- und außenpolitischen

Kurs der KPdSU sowie dafür zu gewinnen, die Grundlagen für einen wechselseitig lern- und erfolgsorientierten Dialog mit Sozialisten und Sozialdemokraten, mit grün-alternativen und sogar mit liberal-konservativen Parteien und Bewegungen zu schaffen<sup>43</sup>).

Noch ist es zu früh, hieraus auf die Herausbildung festumrissener neuer Konstellationen zu schließen, zumal der Reformkurs in der Sowjetunion selbst auch weiterhin umkämpft und somit noch keineswegs unumkehrbar ist. Das Bekenntnis der Sowjetführung zur Historisierung Lenins, zur Öffnung der Geschichte, zum Wettbewerb der Ideen und Konzeptionen im Zeichen einer „unvermeidlichen Evolution der Welt“ (Gorbatschow) – all dies unterstreicht jedoch gleichzeitig, daß die KPdSU ähnlich wie auf den meisten anderen Politikfeldern auch in den Beziehungen zu anderen Parteien einen Paradigmenwechsel vollzieht und sich andersdenkenden geistig-politischen Tendenzen und Strömungen zu öffnen beginnt. Die daraus erwachsenden Folgen für den Wandel in ihrem Verhältnis zum internationalen Kommunismus sind in ihrer Tiefe und Reichweite heute noch kaum zu übersehen.

<sup>41</sup>) Pressekonferenz in Bonn, siehe Frankfurter Rundschau vom 17. 12. 1988.

<sup>42</sup>) Auf diesen außerordentlich wichtigen und für die Parteibeziehungen brisanten Aspekt kann hier nicht näher eingegangen werden. Vgl. dazu meinen Aufsatz: Die Geschichte der Komintern in neuem Licht. Ansätze zu einer Umwertung in Moskau, in: Deutschland Archiv, (1988) 12, S. 1285–1292.

<sup>43</sup>) Inzwischen nahm die KPdSU offizielle Parteibeziehungen u. a. zur Christlich-Demokratischen Partei Italiens auf, vgl. l'Unità vom 17. 10. 1988. Charakteristisch für den Klimawechsel ist auch die Tatsache, daß der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, J. Kvicinskij, im April 1988 auf einem außerordentlichen Kongreß der CDU in Bonn referierte; seine Rede ist abgedruckt in: Sowjetunion heute, (1988) 5, S. XIII–XVI. Im Oktober 1988 sprach ZK-Mitglied Zagladin auf einer von der CDU Nordrhein-Westfalens organisierten Veranstaltung, die sich mit dem Thema „Europa als Forum eines friedlichen Wettbewerbs“ befaßte, vgl. TASS vom 6. 10. 1988 sowie Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. 10. 1988.

# Sowjetische Chinapolitik unter Gorbatschow: Der Abbau der „drei großen Hindernisse“

Die Politik der Sowjetunion gegenüber der Volksrepublik China sieht 1989, im fünften Amtsjahr von Generalsekretär Gorbatschow, einem beachtlichen Erfolg entgegen. Im Mai dieses Jahres wird es zu einem Treffen zwischen Gorbatschow und Deng Xiaoping kommen und damit zur ersten sowjetisch-chi-

nesischen Begegnung auf höchster Ebene seit dreißig Jahren. Im Herbst 1959 war Chruschtschow nach Peking geflogen, um mit Mao Zedong zu sprechen. Mit dem geplanten Gipfel strebt der 1982 in Gang gekommene Prozeß der Entspannung zwischen Moskau und Peking seinem bisherigen Höhepunkt zu.

## I. Rückblick

Als Gorbatschow nach seinem Amtsantritt als Generalsekretär der KPdSU im März 1985 die bisherige sowjetische Politik gegenüber der Volksrepublik China überprüfte, blickte er auf eine fast vierzigjährige Entwicklung zurück, die durch deutliche Umbrüche gekennzeichnet war. Zehn Jahre Kooperation im Rahmen einer Allianz wurden von einem zwanzigjährigen Konflikt abgelöst, der schließlich in eine allmähliche Wiederannäherung überging.

Daß die Volksrepublik China nach ihrer Gründung im Oktober 1949 ein Bündnis mit der Sowjetunion schloß, war nicht selbstverständlich. Die chinesischen Kommunisten hatten seit den zwanziger Jahren immer wieder schlechte Erfahrungen mit der sowjetischen Bruderpartei gemacht, die sich über die Komintern massiv einmischte und dabei in Fragen der revolutionären Taktik oft untaugliche Ratschläge erteilte. Mao Zedong ergriff 1935 die Macht in der Partei gegen den Widerstand einer moskauhörigen „Stalin-Fraktion“. Kurz darauf erklärte er selbstbewußt, die chinesischen Kommunisten kämpften nicht für ein emanzipiertes China, um dieses dann der Sowjetunion zu übergeben<sup>1)</sup>. Stalin wiederum betrachtete kommunistische Machtergreifungen, die sich außerhalb der Reichweite sowjetischer Geschütze vollzogen, mit Mißtrauen und argwöhnte, Mao werde sich zu einem „chinesischen Tito“ entwickeln. In der Tat: Führende chinesische Kommunisten wie Mao Zedong und Zhou Enlai sprachen sich nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholt für eine enge wirtschaftliche Kooperation mit den Vereinigten Staaten und für einen „middle-of-the-road“-Kurs des künftigen kommunistischen China zwischen der UdSSR und den USA aus. Es war vor allem die Zurückhaltung Washingtons, die im Sommer 1949 die Würfel zugunsten einer einseitigen Bindung Chinas an die Sowjetunion fallen ließ.

Die chinesischerseits also mehr nolens als volens eingeleiteten engen Beziehungen zu Moskau wurden 1950 durch einen Bündnisvertrag formalisiert und funktionierten in den ersten Jahren ziemlich reibungslos. Die Sowjetunion leistete Entwicklungshilfe, die chinesische Gesellschaft und Wirtschaft wurden nach sowjetischem Vorbild umgestaltet. Zu ersten Irritationen kam es, als Chruschtschow 1956 die Entstalinisierung einleitete und Mao Zedong zwei Jahre darauf die radikalen Wirtschaftsexperimente des Großen Sprungs und der Volkskommunen im Sinne eines eigenen „chinesischen Weges“ durchsetzte. Beides geschah, ohne den jeweils anderen Bündnispartner zu konsultieren. Chruschtschows Pressionsversuche mit dem Ziel, China zu einer militärischen Kooperation zu veranlassen (1958), und die sowjetische Weigerung, China trotz einer vertraglichen Zusage das Muster einer Atombombe zu liefern (1959), belasteten die Beziehungen um ein Weiteres. Moskaus Parteinahme zugunsten Neu-Delhis im indisch-chinesischen Konflikt von 1959 brachte das Faß zum Überlaufen. Der von Peking provozierte Abzug der sowjetischen Entwicklungshelfer aus China im Sommer 1960 symbolisierte den Umschlag vom Bündnis in den Konflikt und damit auch den Beginn der Emanzipation der Regionalmacht China von der Supermacht Sowjetunion.

In der Konfliktphase (1960 bis 1979) bildete sich zwischen den Führungen, aber auch zwischen den Bevölkerungen beider Staaten eine feindselige Atmosphäre heraus, die durch die wechselseitige, bisweilen sogar rassistisch argumentierende Propaganda kräftig angeheizt wurde. Das Niveau der Beziehungen sank bis auf fast Null ab und reduzierte sich auf die Aufrechterhaltung der diplomatischen Kontakte und eines marginalen Handels. Mitte der sechziger Jahre begann die Sowjetunion mit einem massiven militärischen Aufmarsch an der Grenze zu China und in der Mongolischen Volksrepublik. Der Tiefpunkt wurde im Jahre 1969 erreicht, als eine Reihe von blutigen Grenzgefechten („Ussuri-Konflikt“) zum ersten und bisher einzigen Mal die Gefahr eines großen Krieges heraufbeschwor. Mos-

<sup>1)</sup> Mao Zedong in einem Interview mit Edgar Snow am 13. 7. 1936, zit. nach Stuart R. Schram, *The Political Thought of Mao Tse-tung*, New York 1963, S. 286.

kauer Planspiele über einen präventiven Atomschlag gegen Chinas Nuklearanlagen spitzten die Lage im Sommer 1969 weiter zu. Erst ein Treffen zwischen den Ministerpräsidenten Kossygin und Zhou Enlai im Herbst des Jahres führte zu einer gewissen Entspannung. Es war offenbar vor allem das Gefühl, von der Sowjetunion bedroht zu sein, das die Führung in Peking Anfang der siebziger Jahre dazu veranlaßte, den für China so ungünstigen Simultankonflikt mit beiden Supermächten zu beenden und sich gegenüber den Vereinigten Staaten und dem Westen politisch zu öffnen.

Die Sowjetunion sah sich durch die amerikanisch-chinesische Annäherung im strategischen Dreieck

Moskau-Peking-Washington in eine ungünstige Lage versetzt<sup>2)</sup>. Die sowjetische Führung bemühte sich daher seit Anfang der siebziger Jahre durch Vertragsangebote auffällig darum, das Verhältnis zu China zu verbessern. Da die Avancen von keinen substantiellen Angeboten begleitet waren, auch nicht mit einer Reduzierung der inzwischen gewaltig angewachsenen sowjetischen Militärmacht an Chinas Grenze einhergingen, verhielt sich Peking lange Jahre unnachgiebig. Die chinesische Propaganda gegen die Sowjetunion intensivierte sich sogar und steigerte sich bis hin zu der zwischen 1977 und Anfang 1979 erhobenen Forderung, alle Länder sollten sich zu einer Art „antisowjetischer Einheitsfront“ zusammenschließen.

## II. Die Ausgangssituation

Erst im Frühjahr 1979 ließ die chinesische Führung erkennen, daß sie bereit wäre, dem sowjetischen Werben nachzugeben. Die Frage nach dem Grund für den Sinneswandel läßt sich nicht monokausal beantworten. Eine wesentliche Ursache bestand sicher darin, daß die neue Parteispitze mit Deng Xiaoping als treibender Kraft im Dezember 1978 die Grundsatzentscheidung getroffen hatte, den maoistischen Mobilisierungssozialismus zu verwerfen und der Modernisierung des Landes, dem wirtschaftlich-technischen Fortschritt bei der gesamtpolitischen Zukunftsplanung die erste Priorität einzuräumen. Der Außenpolitik wurde als Hauptaufgabe zugewiesen, diesen Prozeß zu flankieren. Das hieß vor allem, die westlichen Industriestaaten und Japan verstärkt für Wirtschaftskooperation und Technologietransfer zu gewinnen. Es bedeutete aber auch, ein friedliches internationales Umfeld zu schaffen, um die Modernisierung ungestört vorantreiben zu können. Hierzu gehörte nicht zuletzt ein entspanntes Verhältnis zum mächtigen sowjetischen Nachbarn im Norden. Diesem konnte man sich nunmehr unbeschwerter zuwenden, nachdem der Prozeß der Annäherung an die Vereinigten Staaten durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Washington zum 1. Januar 1979 gekrönt worden war.

Von einer Kündigung des 1960 auslaufenden, vor allem gegen Japan gerichteten sino-sowjetischen Bündnisvertrages von 1950 konnte die chinesische Führung im April 1979 zwar nicht absehen, denn sie war gegenüber Tokio im Wort. Doch im Kündigungsschreiben schlug sie erstmals ohne Vorbedingungen die Aufnahme von Verhandlungen zur Verbesserung der Beziehungen vor. Dies führte zu einer ersten Verhandlungsrunde, die im Herbst 1979 stattfand. Man erzielte in der Sache keine Annäherung der Standpunkte und vereinbarte die Fortset-

zung der Gespräche. Wegen des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan wurden die Kontakte allerdings von Peking unterbrochen und erst drei Jahre später in der Form von „Konsultationen“ wieder aufgenommen. Auf diese Weise kam ein Entspannungsprozeß in Gang, der bis heute andauert.

Was hatte die Wiederannäherung zwischen Moskau und Peking erbracht, als Michail Gorbatschow im März 1985 das Amt des Generalsekretärs der KPdSU übernahm? Die im Herbst 1982 begonnenen Konsultationen auf der Ebene Stellvertreter der Außenminister wurden in regelmäßigen Halbjahresabständen weitergeführt. Die Anfang der sechziger Jahre fast völlig eingestellte zwischenstaatliche Zusammenarbeit wurde zunächst auf sportlichem und wissenschaftlichem Gebiet wieder aufgenommen und allmählich auf zahlreiche andere Bereiche wie Wirtschaft, Technik, Kultur und Verkehrswesen ausgedehnt. Im Vergleich zu 1981 vervielfachte sich der Warenaustausch. 1983 wurde der Grenzhandel wiederaufgenommen. Beide Seiten reduzierten die öffentliche Polemik auf ein Minimum.

So gut wie keine Fortschritte konnten hingegen im Bereich der von Moskau gewünschten engeren politischen Zusammenarbeit erzielt werden, die auch die Wiederaufnahme der 1966 unterbrochenen Parteibeziehungen einschließen sollte. Hier stellte Peking seit 1979 Vorbedingungen, nämlich die Beseitigung der „drei großen Hindernisse“, deren Errichtung die Sowjetunion zu verantworten habe. Gemeint waren erstens der Aufbau der massiven sowjetischen Militärpräsenz an der gemeinsamen Grenze und in der Mongolischen Volksrepublik, zweitens die sowjetische Unterstützung des vietnamesischen Expansionismus in Indochina, besonders der Besetzung Kambodschas, und drittens die sowjetische Intervention in Afghanistan — sämtlich Sachverhalte, durch die China seine Sicherheit bedroht sah oder die seinen Ordnungsvorstellungen zuwiderliefen.

<sup>2)</sup> Vgl. zu diesem Absatz und zum folgenden Abschnitt Herbert Ellison, *Changing Sino-Soviet Relations*, in: *Problems of Communism*, May-June 1987, S. 20—24.

Bis zum Amtsantritt Gorbatschows zeigte sich die sowjetische Seite hier unnachgiebig. Sie verweigerte Gespräche mit dem Hinweis, die Sowjetunion könne die Beziehungen zu China nicht auf Kosten dritter, befreundeter Länder verbessern (Drittstaatenklausel), womit die Mongolische VR, Afghani-

stan und die indochinesischen Staaten gemeint waren. Auch im Grenzkonflikt, über den seit 1978 nicht mehr verhandelt worden war, gab es keine Fortschritte, denn Moskau war nach wie vor nicht bereit, die Existenz „umstrittener Gebiete“ anzuerkennen.

### III. Verdichtung der nichtpolitischen Kooperation

Die neue sowjetische Führung unter Gorbatschow sah sich im März 1985 vor eine ähnliche Situation gestellt wie diejenige, auf die die chinesische Führung mit den Reformbeschlüssen vom Dezember 1978 reagiert hatte. Wie jene beschloß die Krenlführung — alarmiert durch dramatisch sinkende Wachstumsraten —, als gesamtpolitisches Hauptziel die Modernisierung des Landes zu verfolgen. Und wie jene brauchte sie hierfür die wirtschaftlich-technische Kooperation des entwickelten Auslands und ein friedliches internationales Umfeld<sup>3)</sup>. Hierzu gehörten nicht zuletzt entspannte Beziehungen zum chinesischen Nachbarn, die u. a. einen Abbau des gegen diesen gerichteten kostspieligen massiven militärischen Aufmarschs ermöglichen würden. Die sowjetische Führung brauchte allerdings mehr als ein Jahr, bis sie zu begreifen begann, daß eine politische Entspannung mit China ohne substantielle Zugeständnisse — besonders solche im Bereich der „drei Hindernisse“ — nicht zu erreichen war.

Unberührt von der Stagnation auf politischem Gebiet blieb — wie bisher — die praktische Zusammenarbeit im zwischenstaatlichen Bereich, deren Ausbau sich nach Gorbatschows Amtsantritt erkennbar beschleunigte.

Die Entwicklung des Handels, der nach sowjetischer Einschätzung „stabilsten Form der Beziehungen“ zwischen beiden Ländern<sup>4)</sup>, spiegelt den Aufschwung der Kooperation deutlich wider: 1959 hatte der Handel mit der Sowjetunion noch 48 Prozent des chinesischen Gesamthandels ausgemacht. Wenn man von den kulturrevolutionären Jahren 1967 bis 1971 absieht, war er 1981 mit einem Umfang von rund 250 Mio. US-Dollar auf den tiefsten Stand seit 1949 gesunken und betrug nur noch 0,6 Prozent des chinesischen und 0,16 Prozent des sowjetischen Gesamthandels<sup>5)</sup>. Seither war er ständig wieder angestiegen und hatte sich bis 1984 nominal verfünffacht. Im ersten Gorbatschow-Jahr, also 1985, erreichte er mit 1,9 Mrd. US-Dollar (1,6 Mrd. Rubel) das Achtfache, nach sowjetischen

Berechnungen sogar mehr als das Neunfache<sup>6)</sup>. Dies bedeutete gegenüber 1984 eine Steigerung von 61 Prozent — die höchste Zuwachsrate im Rahmen des damals um 19 Prozent angestiegenen chinesischen Gesamthandels<sup>7)</sup>. Der Warenaustausch machte nun mehr als 3,2 Prozent des chinesischen und 1,1 Prozent des sowjetischen Gesamthandels aus.

Vier Monate nach Gorbatschows Amtsantritt, im Juli 1985, wurde erstmals ein langfristiges Handelsabkommen für den Zeitraum von 1986 bis 1990 unterzeichnet, das eine Steigerung des Warenaustauschs in der Gesamtperiode auf 14 Mrd. US-Dollar (12 Mrd. Rubel) vorsah, wobei für das Jahr 1990 ein Volumen von 3,5 Mrd. US-Dollar (3 Mrd. Rubel) angezielt wurde<sup>8)</sup>. 1986 stieg der Handel auf 2,6 Mrd. US-Dollar, 1987 sank er um etwa 20 Prozent, um 1988 erneut auf etwa 2,6 Mrd. US-Dollar anzusteigen<sup>9)</sup>. Damit hat er sich im Vergleich zu 1981 nominal mehr als verzehnfacht und macht nunmehr 3,25 Prozent des chinesischen Gesamthandels aus<sup>10)</sup>. Die Sowjetunion dürfte gegenwärtig in der chinesischen Außenhandelsstatistik, wenn man einmal von den atypischen Beziehungen zu Hongkong und Macao absieht, nach Japan, den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik den vierten Rang unter den Einzelstaaten einnehmen.

Der Warenaustausch wird überwiegend als Kompensationsgeschäft abgewickelt. Die Sowjetunion liefert vor allem Industrieausrüstungen, Maschinen, Geräte, Flugzeuge, Schienen- und Straßenfahrzeuge, Walzstahl, Buntmetalle, Bauholz und chemische Düngemittel. Sie bezieht aus China landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Sojabohnen, Mais, Erdnüsse, Fleisch und Obst, aber auch Chemikalien wie Wolframkonzentrat und Flußspat sowie Produkte der Leichtindustrie wie Baumwollstoffe, Fer-

6) Hierzu und zum restlichen Absatz Beijing Review, (1986)5, S. 28; Vnešnjaja torgovlja, (1986)4, Beilage; Neues Deutschland (künftig: ND), 24. 1. 1986.

7) Peking Rundschau, 5. 2. 1985, S. 7.

8) Vgl. Pravda, 17. und 23. 9. 1986; International Herald Tribune (künftig: IHT), 12. 7. 1985 und 24. 3. 1986; Far Eastern Economic Review (künftig: FEER), 25. 7. 1985, S. 12; A. P. Kuznecov, SSSR — KNR: torgovo-ekonomičeskie otnošenija, in: Problemy Dal'nego Vostoka, (1986)2, S. 71.

9) Vgl. Beijing Review, (1987)2, S. 15; ebd., (1987)9, S. 25; ebd., (1989)5, S. 4. 29; Vnešnjaja torgovlja, (1987)3, Beilage, und (1988)3, Beilage.

10) Vgl. Handelsblatt, 25. 1. 1989; Beijing Review, (1989)5, S. 29.

3) Vgl. Heinz Timmermann, Die sowjetische Außenpolitik im Zeichen von „Neuem Denken“ und Handeln (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien [künftig: BIOSt], Nr. 48), Köln 1988, S. 9f.

4) Vgl. Radio Moskau, 13. 6. 1986.

5) Vnešnjaja torgovlja SSSR 1918—1966, Moskau 1976, passim; Jahresbände von Vnešnjaja torgovlja SSSR, 1968 ff., passim; Außenhandel (Moskau), (1983)3, Beilage; Central Intelligence Agency, Handbook of Economic Statistics 1982, o. O. 1982, S. 99, 102.

tigt Textilien, Haushaltsartikel und kunsthandwerkliche Erzeugnisse. In vielen Fällen lohnt sich der Austausch allein schon deswegen, weil in beide Richtungen Waren geliefert werden, die wegen ihrer geringen Qualität auf dem Weltmarkt wenig Absatzchancen haben.

Der 1983 zunächst zwischen der Mandschurei und Sowjet-Fernost wiederaufgenommene Grenzhandel wurde ab 1986 auf den zentralasiatischen Bereich ausgedehnt. Sein Anteil stieg 1988 auf 20 Prozent (1986: rund 1,5 Prozent) des bilateralen Gesamthandels. Im Laufe des Jahres 1988 wurde der Grenzhandel durch wirtschaftlich-technische Kooperation ergänzt. Hierzu gehört auch, daß 1988 und 1989 rund 10 000 chinesische Gastarbeiter aus der mandschurischen Provinz Heilongjiang (Amur-Provinz) in Sowjet-Fernost eingesetzt werden<sup>11)</sup>.

Beeindruckend war auch die Konsequenz, mit der die Kooperation auf wirtschaftlich-technischem Gebiet vorangetrieben wurde. Die formalen Grundlagen hierfür waren im Dezember 1984, also noch unter Tschernenko, gelegt worden. Damals hatten die beiden Seiten drei Abkommen unterzeichnet, und zwar über

— wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit,

— wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und

— die Bildung einer Gemeinsamen Kommission für die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel sowie Wissenschaft und Technik<sup>12)</sup>.

Kurz nach Gorbatschows Amtsantritt im Juli 1985 einigte man sich auf ein Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, das für die kommenden sechs bis sieben Jahre sowjetische Hilfe beim Bau und der Modernisierung von 24 chinesischen Industrieanlagen vorsah<sup>13)</sup>.

Die Gemeinsame Kommission einigte sich auf die Bildung ständiger Arbeitsgruppen für die Zusammenarbeit im Energiebereich und für die Kooperation der beiden Staatlichen Plankomitees. Sie beschloß u. a., den Warentransport zu verbessern und in der Zivilluftfahrt und im Bildungswesen enger zusammenzuarbeiten. Auf Tagungen von Unterorganisationen wurde Kooperation in Bereichen wie Landwirtschaft, Fischerei, Meteorologie, Petrochemie, Maschinenbau, Buntmetallurgie, Erdöl- und Erdgaswirtschaft sowie Eisenbahnwesen vereinbart. Im Juni 1988 kam es zum Abschluß einer Rahmenvereinbarung über Joint Ventures. Erstmals seit dreißig Jahren reiste im Oktober 1988 eine

hochrangige Delegation der Bank of China nach Moskau<sup>14)</sup>.

Als Folge einer Vereinbarung vom Juni 1985 wurde ein Konsularabkommen unterzeichnet, das dasjenige aus dem Jahr 1959 ersetzte<sup>15)</sup>. Es führte im Dezember 1986 zur Wiedereröffnung der in den sechziger Jahren geschlossenen Konsulate in Leningrad und Schanghai. Im August 1988 wurde wechselseitig die Visumpflicht für Dienstreisende abgeschafft<sup>16)</sup>.

Seit 1986 traten auch bei der Zusammenarbeit auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet und im Bereich der Massenorganisationen deutliche Fortschritte ein. Nach mehr als zwanzig Jahren kam erstmals wieder ein Einjahres-Kulturabkommen zustande, das eine intensivere Zusammenarbeit im Erziehungs-, Film- und Verlagswesen sowie bei Rundfunk und Fernsehen für 1986/87 vorsah, gefolgt von einem Dreijahres-Abkommen für die Periode 1988 bis 1990<sup>17)</sup>. Erstmals seit den sechziger Jahren reiste im Mai 1988 ein sowjetischer Kulturminister nach Peking<sup>18)</sup>. Die beiden Akademien der Wissenschaften schlossen ein Jahres- und ein Fünfjahresabkommen über die Zusammenarbeit auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet ab<sup>19)</sup>. In den 1983 begonnenen Studentenaustausch waren allerdings 1988 insgesamt nur 450 Personen einbezogen<sup>20)</sup>. Erstmals seit den sechziger Jahren besuchte eine chinesische Gewerkschaftsdelegation die UdSSR<sup>21)</sup>. Die Schriftsteller- und Journalistenorganisationen der beiden Länder nahmen wieder Kontakte auf, desgleichen die beiden „Freundschaftsgesellschaften“<sup>22)</sup>. 1988 reisten 400 Delegationen in beide Richtungen<sup>23)</sup>. Ende 1988 wurde eine Städtepartnerschaft zwischen Schanghai und Leningrad geschlossen<sup>24)</sup>.

Die Berichterstattung in den Medien über Vorgänge im jeweils anderen Land enthielt sich kritischer Töne, wurde zunehmend objektiver und ließ wachsende Sympathie erkennen. Zur atmosphärischen Verbesserung trug bei, daß die Sowjetunion eine russischsprachige Aufsatzsammlung von Deng

<sup>14)</sup> Zu diesem Absatz vgl. TASS, 21. 3. und 27. 10. 1986 sowie 12. und 13. 5. 1987; IHT, 24. 3. 1986; FEER, 3. 4. 1986; The Japan Times, 4. 4. 1986; Radio Peking, 12. 5. 1987 und 11. 10. 1988; Xinhua, 11. 8. und 17. 10. 1986; Renmin ribao, 18. 10. 1986; Pravda, 11. 9. 1986; Frankfurter Allgemeine Zeitung (künftig: FAZ), 6. 10. 1986; Izvestija, 12. 8. 1986 und 17. 6. 1988; ND, 29. 12. 1986; Beijing Review, 1.-7. 8. 1988, S. 8; Xinhua, 4. 6. 1988; Neue Zürcher Zeitung (künftig: NZZ), 15. 6. 1988.

<sup>15)</sup> Hierzu und zum Folgesatz vgl. The Japan Times, 30. 6. und 17. 12. 1986; Pravda, 11. 9. 1986; ND, 12. 12. 1986.

<sup>16)</sup> Vgl. Beijing Review, 1.-7. 8. 1988, S. 8.

<sup>17)</sup> Vgl. Radio Moskau, 26. 5. 1986; NZZ, 28. 5. und 21. 6. 1986; ND, 2. 5. 1987; TASS, 24. 10. 1987; Xinhua, 4. 5. 1988.

<sup>18)</sup> Vgl. Xinhua, 3. 5. 1988.

<sup>19)</sup> Vgl. TASS, 26. 6. 1986.

<sup>20)</sup> Vgl. Beijing Review, (1989) 5, S. 4.

<sup>21)</sup> Vgl. ND, 14. 7. und 16. 8. 1986.

<sup>22)</sup> Vgl. Radio Moskau, 22. 9. 1986.

<sup>23)</sup> Vgl. Beijing Review, (1989) 5, S. 4.

<sup>24)</sup> Vgl. AP, 17. 12. 1988.

<sup>11)</sup> Zu diesem Absatz vgl. Pravda, 23. 9. 1986; Xinhua, 1. 9. 1986; ND, 4. 9., 1. 11. und 20. 12. 1986 sowie 31. 8. 1988; TASS, 20. 1. 1987; FEER, 1. 1. 1987, S. 46; Radio Urumqi, 6. 1. 1989; Radio Harbin, 15. 1. 1989.

<sup>12)</sup> Vgl. A. P. Kuznecov (Anm. 8); Pravda, 30. 12. 1984.

<sup>13)</sup> Vgl. Pravda, 11. 7. 1985; IHT, 24. 3. 1986; ND, 3. 11. 1986.

Xiaoping herausbrachte. Parteichef Zhao Ziyang's Rechenschaftsbericht vor dem XIII. Parteitag der KP Chinas im theoretischen Organ der KPdSU,

„Kommunist“, abgedruckt wurde und Gorbatschows Perestroika-Buch in Peking auf Chinesisch erschien<sup>25)</sup>.

#### IV. Erste politische Zugeständnisse der Sowjetunion

Die beschriebene Intensivierung der Kooperation konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf politischem, besonders sicherheitspolitischem Gebiet zunächst keine Fortschritte erzielt werden konnten. Hier forderte China nach wie vor die Beseitigung der „drei Hindernisse“. Die neue sowjetische Führung unter Gorbatschow schien — wie ihre Vorgänger — am Anfang geglaubt zu haben, auch ohne Konzessionen in diesem Bereich eine politische Annäherung erreichen zu können. Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU vom Frühjahr 1986 war jedenfalls noch kein verändertes Konzept gegenüber Peking zu erkennen. Gorbatschow wählte bei der Beschreibung des Verhältnisses zu China zwar auffällig freundliche Worte, gebrauchte aber erneut die „Drittstaatenklausel“ und „umging die drei großen Hindernisse“, wie es die chinesische Kritik formulierte<sup>26)</sup>.

Erst in seiner großen asiapolitischen Rede in Wladiwostok vom 28. Juli 1986 ließ Gorbatschow erkennen, daß die Sowjetführung der politischen Annäherung an China größeres Gewicht beimaß als bisher und auch dazu bereit war, hierfür einen politischen Preis zu zahlen<sup>27)</sup>. Die Rede brachte ein stärkeres Interesse der Sowjetunion am asiatisch-pazifischen Raum zum Ausdruck. Hierin spiegelt sich zum einen der Wunsch, im Rahmen der Perestroika das gewaltige ökonomische Potential dieser Region mit ihren dynamischen Wachstumsraten für den Aufbau der katastrophal unterentwickelten Wirtschaftsstruktur von Sowjet-Fernost zu nutzen. Zum anderen erfordert die Perestroika größtmögliche sicherheitspolitische Entlastung auch in diesem Raum. Gleichzeitig wurde die Einsicht spürbar, daß eine Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der militärischen Sicherheit nicht gegen, sondern nur mit der einflußreichen Regionalmacht China zu erreichen sein würde.

Dies hatte Gorbatschow bereits kurz nach seinem Amtsantritt erkennen lassen, als er im Mai 1985 das Konzept eines „Gesamtasiatischen Forums“ vorstellte<sup>28)</sup>. Anders als Breschnews „Kollektives Sicherheitssystem in Asien“ aus dem Jahre 1979, das die Eindämmung und Isolierung Chinas bezweckte,

schloß das neue Konzept China ausdrücklich ein. Noch deutlicher umwarb Gorbatschow Peking aber in seiner Rede in Wladiwostok. Hier wurde China im Vergleich zu den anderen asiatischen Staaten mit Abstand am stärksten gewürdigt und war Adressat eines ganzen Bündels von Angeboten, die erstmals auch politische Zugeständnisse enthielten. Gorbatschow erklärte, die Sowjetunion

- sei jederzeit bereit, mit China „auf jeder beliebigen Ebene“ über die Verbesserung der Beziehungen zu sprechen;
- sei mit einer Grenzziehung auf dem Amur entlang der Hauptschiffahrtstrasse einverstanden und an einer gemeinsamen wasserwirtschaftlichen Nutzung des Stroms interessiert;
- sei bereit, beim Bau einer Eisenbahnverbindung zwischen Kasachstan und Sinkiang zu helfen;
- sei zur Zusammenarbeit im Kosmos und zu verstärktem Austausch in den Bereichen Kultur und Bildung bereit;
- werde sechs sowjetische Regimenter bis zum Jahresende aus Afghanistan abziehen;
- berate zur Zeit mit der Führung der Mongolischen Volksrepublik über den Abzug eines „bedeutenden Teils“ der sowjetischen Truppen aus der Mongolei und
- sei bereit, mit China konkrete Schritte zu einer proportionalen Senkung des Niveaus der Landstreitkräfte zu erörtern<sup>29)</sup>.

Die meisten der Angebote waren politischer Natur, einige davon enthielten deutliche Zugeständnisse. Letzteres betraf besonders den Teiltrückzug aus Afghanistan und der Mongolei sowie die Bekundung der Abrüstungsbereitschaft, wovon zwei „Hindernisse“ berührt wurden, aber auch die seit eh und je von China geforderte und sowjetischerseits verweigerte Anerkennung der Hauptschiffahrtstrasse als Grenze (Talweg-Prinzip). Die Offerte, beim Bau des zentralasiatischen Schienenstrangs mitzuhelfen, hatte ebenfalls politische Implikationen.

China reagierte auf die Angebote von Wladiwostok zurückhaltend. Deng Xiaoping erklärte, Gorbatschow habe in Richtung auf eine Verbesserung der Beziehungen „keinen großen Schritt getan“; das Neue und Positive habe man „vorsichtig begrüßt“<sup>30)</sup>. Den Teiltrückzug von Truppen aus der Mongolei beurteilte man in Peking als militärisch

<sup>25)</sup> Vgl. ND, 16. 1. 1988; *Kommunist*, (1988)1, S. 110—127; Ta Kung Pao (Hongkong), 2. 3. 1988.

<sup>26)</sup> Vgl. XXVII s-ezd *Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza. Stenografičeskij očet*, Bd. 1, Moskau 1986, S. 95; *Xinhua*, 26. 2. 1986.

<sup>27)</sup> Text der Rede in: *Pravda*, 29. 7. 1986; deutscher Text in: Joachim Glaubitz/Dieter Heinzig (Hrsg.), *Die Sowjetunion und Asien in den achtziger Jahren*, Baden-Baden 1988, S. 327—348.

<sup>28)</sup> Vgl. *Pravda*, 22. 5. 1985.

<sup>29)</sup> Vgl. J. Glaubitz/D. Heinzig (Anm. 27), S. 340 f., 345 f.

<sup>30)</sup> Vgl. zu diesem Absatz *Beijing Review*, 15. 9. 1986, S. 5; *IHT*, 4. 9. 1986; *FEER*, 13. 11. 1986, S. 32 f.; *Renmin ribao*, 2., 6. und 7. 11. 1986; *Radio Peking*, 5. 11. 1986; *Xinhua*, 5. 11. 1986.

unbeachtlich, denjenigen aus Afghanistan sogar als unehrlich<sup>31)</sup>, kritisiert wurde, der sowjetische Parteichef habe das „Haupthindernis“ Kambodscha übergangen.

Am positivsten wirkte sich die von Gorbatschow zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft aus, die Grenzziehung entlang der Hauptschiffahrtsrinne des Amur zu akzeptieren. Sie führte Ende September 1986 dazu, daß sich die Außenminister beider Länder auf die Wiederaufnahme der 1964 begonnenen und zuletzt 1978 ergebnislos abgehaltenen Grenzgespräche einigten. Während der ersten Verhandlungsrunde im Februar 1987 kam man überein, über den „gesamten Verlauf der Grenzlinie zwischen beiden Ländern“ zu sprechen und hierbei mit dem Ostsektor zu beginnen, der mit etwa 4 200 km den längsten Teil der Gesamtgrenze bildet. Im Verlauf der bisher abgehaltenen drei Verhandlungsrunden einigte man sich über „die meisten Grenzabschnitte“ dieses Sektors. Während der dritten Runde vom Oktober 1988 wurde auch mit der Überprüfung des Westsektors begonnen, der mehr als 3 000 km ausmacht<sup>32)</sup>.

Auch auf dem von Gorbatschow in Wladiwostok erwähnten Kooperationsfeld der wasserwirtschaftlichen Nutzung des Amur kam es zu konkreter Zusammenarbeit. Unter der Leitung einer im Oktober 1986 eingesetzten gemeinsamen Kommission wurden topographische und hydrographische Forschungen durchgeführt, aber auch praktische Maßnahmen in Bereichen wie Hydroenergie, kommunale Wasserversorgung, Hochwasserschutz und Ökologie, besonders Fischbestanderhaltung, in den Grenzgebieten des Amur und seines Quellflusses Argun eingeleitet. Im Sommer 1987 fand eine erste gemeinsame Expedition entlang des Amur statt; etwa gleichzeitig wurde der Frachtverkehr auf dem Ussuri, dem Amur und dem Sungari wiederaufgenommen<sup>33)</sup>.

Wenn man sich vor Augen hält, daß 1969 wegen des Grenzkonflikts beinahe ein großer Krieg ausgebrochen wäre, daß es auch in den Folgejahren – zuletzt im Sommer 1986 – immer wieder zu blutigen Grenzzwischenfällen gekommen war und daß beide Seiten nahezu ein Vierteljahrhundert lang ihre unterschiedlichen Rechtsstandpunkte mit äußerster Härte vertreten hatten, dann ist der in den letzten zwei, drei Jahren eingetretene Wandel erstaunlich. Er hat praktische Aspekte, aber er ist auch ein Politikum ersten Ranges. Denn der Grenzkonflikt gehört zu denjenigen Bereichen des Gesamtkonflikts, an denen sich auf beiden Seiten die Emotionen am

heftigsten entzündet hatten. Statt Schüsse und Haßtiraden werden heute Waren ausgetauscht. Zwischen gegenüberliegenden Siedlungen am Amur gibt es wieder wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Kontakte<sup>34)</sup>. Auch Kasachstan und Sinkiang haben angefangen, wirtschaftlich zu kooperieren. An der Grenze ist es wieder friedlich geworden – fast so friedlich wie in den fünfziger Jahren.

Mit dem Bau der letzten chinesischen Teilstrecke einer zentralasiatischen Eisenbahnlinie, die – neben der transmongolischen und der transmandschurischen – die Sowjetunion und China verbinden soll, wurde im Frühjahr 1988 begonnen. Der Bau des damals noch fehlenden Verbindungsstücks zwischen Lanzhou (Provinz Gansu) und Alma Ata (Kasachstan) war 1952 vereinbart worden. Moskau hatte seinen Teil der Strecke bis zur Grenze fertiggestellt und die kasachische Grenzstation symbolträchtig „Drushba“ (Freundschaft) genannt. Auf der chinesischen Seite hingegen waren die Bauarbeiten nur bis Wulumuqi (Urumtschi) vorangetrieben, angesichts des heraufdämmernden Konflikts mit der Sowjetunion Ende der fünfziger Jahre unterbrochen und erst 1985 wiederaufgenommen worden<sup>35)</sup>.

Die von Gorbatschow in Wladiwostok angekündigte sowjetische Hilfe beim Bau des letzten Teilstücks zwischen Wusu und der chinesischen Grenzstation Alashankou, das etwa 210 km ausmacht, wurde im Juni 1988 fest zugesagt und im Dezember vertraglich vereinbart. China wird von der Sowjetunion Schienen, Bauholz, Dieselöl und Baumaschinen kaufen und hierfür einen sowjetischen Kredit in Höhe von 82 Mio. US-Dollar zu einem „Freundschaftszinssatz“ von unter vier Prozent aufnehmen, rückzahlbar bis zum Jahre 2000. Es handelt sich um den bisher umfangreichsten sowjetischen Kredit seit dem Ausbruch des Konflikts Anfang der sechziger Jahre. Die neue Linie soll 1991 in Betrieb genommen werden. Sie wird die Eisenbahnstrecke zwischen Europa und Peking um 2 000 km verkürzen und soll eine Verbilligung der Frachtraten im sino-sowjetischen Handel um 23 bis 33 Prozent bewirken. Angesichts der Umstände, unter denen die chinesischen Bauarbeiten in den fünfziger Jahren eingestellt worden waren, darf der Neubeginn des gemeinschaftlichen Unternehmens indes nicht nur unter ökonomischen Aspekten, sondern muß auch als ein Politikum betrachtet werden<sup>36)</sup>.

<sup>31)</sup> Vgl. hierzu im einzelnen unten, S. 36f.

<sup>32)</sup> Vgl. zu diesem Absatz ND, 26. 9. 1986; Pravda, 15. 10. 1986 und 22. 8. 1987; Xinhua, 23. 2. 1987; Die Welt, 22. 1. 1987; NZZ, 23. 8. 1987; IHT, 22. 8. 1987; TASS, 12. 10. 1988; Izvestija, 24. 11. 1988.

<sup>33)</sup> Vgl. zu diesem Absatz TASS, 23. 10. und 28. 12. 1986 sowie 21. 1. 1989; ND, 8. und 30. 7. 1986; Izvestija, 24. 11. 1988.

<sup>34)</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden Time, 18. 7. 1988, S. 23; Süddeutsche Zeitung, 12. 12. 1988; Kölner Stadtanzeiger, 10./11. 12. 1988; Pravda, 7. 12. 1988; ferner Newsweek, 11. 4. 1988, S. 34f.

<sup>35)</sup> Vgl. zu diesem Absatz Heinz Brahm, Die Sowjetunion und die VR China (1949–1959). Allianz, Dissens, Konflikt (Berichte des BIOst, Nr. 31), Köln 1977, S. 6.

<sup>36)</sup> Vgl. zu diesem Absatz AFP, 17. 4. 1988; NZZ, 14. 6. 1988; China Daily, 20. 9. 1988; Radio Peking, 22. 9. 1988; Pravda, 7. 12. 1988; TASS, 28. 12. 1988.

## V. Abbau der sicherheitspolitischen Hindernisse

Ungeachtet dieser politischen Fortschritte hatten die Rede Gorbatschows in Wladiwostok und das nachfolgende sowjetische Verhalten in demjenigen Bereich keinerlei Annäherung bewirkt, der von der chinesischen Führung als Kernstück der bilateralen Differenzen betrachtet wird: dem der „drei großen Hindernisse“.

Das afghanische „Hindernis“ kann nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen zum 15. Februar 1989 im wesentlichen als abgebaut gelten. Den von Gorbatschow in Wladiwostok angekündigten Teilabzug hatte Peking – unisono mit dem Pentagon – als ein „Täuschungsmanöver“ bezeichnet; in Wahrheit habe die UdSSR ihre dortige Truppenpräsenz verstärkt<sup>37)</sup>. Diese Einschätzung trifft insoweit zu, als der Teilabzug sowjetischerseits allenfalls als eine beschwichtigende Geste gedacht gewesen sein kann. Auch als Gorbatschow im Februar 1988 ankündigte, der vollständige Rückzug werde am 15. Mai beginnen und binnen zehn Monaten abgeschlossen sein, blieb man in Peking noch skeptisch<sup>38)</sup>. Erst nach dem Abschluß des Genfer Afghanistan-Abkommens vom 14. April 1988 würdigte die chinesische Führung Moskaus Verhalten als Ausdruck eines „neuen Denkens“ in der sowjetischen Außenpolitik<sup>39)</sup>.

Im Bereich der sowjetischen Truppenpräsenz an der Grenze zu China, einem weiteren „Hindernis“, wurden unter Gorbatschow entscheidende Fortschritte erzielt. Seit der Mitte der sechziger Jahre hatte die Sowjetunion ihren militärischen Aufmarsch an der sino-sowjetischen Grenze und in der Mongolei schrittweise von 20 auf 57 Divisionen verstärkt<sup>40)</sup>. 1978 hatte sie mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 in Asien begonnen und das Potential bis 1987 auf 162 Systeme ausgebaut<sup>41)</sup>. Die erste Truppenreduzierung wurde von Gorbatschow in Wladiwostok angekündigt und im ersten Halbjahr 1987 durchgeführt. Sie betraf eine Mot-Schützendivision und „mehrere selbständige Truppenteile“ der in der Mongolei dislozierten Einheiten<sup>42)</sup>. Peking zeigte sich unbeeindruckt und argumentierte, die Truppen könnten schnell wieder

zurückverlegt werden, da die Basen ja erhalten blieben<sup>43)</sup>.

Der erste substantielle Abrüstungsschritt gegenüber China erfolgte im Rahmen des Abkommens über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen längerer und kürzerer Reichweite (INF), das am 8. Dezember 1987 von Reagan und Gorbatschow unterzeichnet wurde<sup>44)</sup>. Das Abkommen erfaßt auch die in Asien stationierten bzw. auf Asien gerichteten Systeme der Sowjetunion und wurde von Peking begrüßt<sup>45)</sup>.

Angeblich hat Moskau nach eigenem Bekunden seine Truppenpräsenz an der sino-sowjetischen Grenze unter Gorbatschow bereits vor 1988 verringert, wobei der Umfang nicht angegeben wird<sup>46)</sup>. Einschneidende Reduzierungen im konventionellen Bereich, die sich gegenüber China auswirken, wurden am 7. Dezember 1988 von Gorbatschow selbst angekündigt<sup>47)</sup>. Demnach will die Sowjetunion ihre Armee bis Ende 1990 u. a. um eine halbe Million Mann abbauen, wobei auch die Streitkräfte im asiatischen Teil des Landes „bedeutend“ verringert und „ein wesentlicher Teil“ der in der Mongolei dislozierten Truppen abgezogen werden sollen<sup>48)</sup>. Die chinesische Führung war von diesen Schritten bereits im Dezember 1988 von Außenminister Schewardnadse während des Treffens mit seinem Amtskollegen Qian Qichen in Moskau informiert worden. Demnach soll die Truppenpräsenz an der Grenze zu China auf ein Niveau reduziert werden, „das der von den beiden Ländern angestrebten Normalisierung der Beziehungen entspricht“<sup>49)</sup>. Bei seinem Gegenbesuch in Peking vom Februar 1989 präziserte Schewardnadse, die Streitkräfte „im östlichen und südlichen Teil“ des Landes würden um 200 000 bzw. 60 000 Mann vermindert und die noch in der Mongolei verbliebenen Verbände zu 75 Prozent abgezogen<sup>50)</sup>. Die Begriffe „östlich“ und „südlich“ beziehen sich offensichtlich auf die Strategischen Operationsbereiche (russ: GTVD) „Fernost“ und „Süd“, wobei die im Bereich von „Fernost“ stationierten Einheiten primär gegen China ausgerichtet sind<sup>51)</sup>.

<sup>37)</sup> Vgl. Renmin ribao, 2., 6. und 7. 11. 1986; Xinhua, 5. 11. 1986.

<sup>38)</sup> Vgl. Beijing Review, 29. 2.–6. 3. 1986, S. 10f.

<sup>39)</sup> Vgl. ebd., 25. 4.–1. 5. 1988, S. 10.

<sup>40)</sup> Der Verfasser folgt hier den Angaben des japanischen Verteidigungsamts, wiedergegeben in: Masamori Sase, Die militärische Dimension der sowjetischen Asienpolitik, in: J. Glaubitz/D. Heinzig (Anm. 27), S. 34f., 309f., und Defense of Japan 1988, Tokyo o. J., S. 34. Das Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS) nennt für 1987 und 1988 die Zahl von 63 Divisionen, einschließlich eines Vereinigten Armeekorps (2 Divisionen) und fünf Artilleriedivisionen; siehe The Military Balance 1987–88, London 1987, S. 34, 44, und The Military Balance 1988–89, London 1988, S. 34, 43.

<sup>41)</sup> Vgl. ebd., S. 34.

<sup>42)</sup> Vgl. Pravda, 16. 1. 1987; TASS, 9. 6. 1987.

<sup>43)</sup> Vgl. Deng Xiaoping am 3. 9. 1986, in: IHT, 4. 9. 1986. Siehe auch Xinhua, 21. 1. 1987, und AFP am 8. 6. 1987, Ost-Informationen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung (künftig BPA/OI), 9. 6. 1987, S. 27.

<sup>44)</sup> Text des INF-Abkommens in: Europa-Archiv, (1988)1, S. D 18–30.

<sup>45)</sup> Vgl. TASS, 22. 12. 1987.

<sup>46)</sup> Angaben von Verteidigungsminister Jasow und Admiral Sidorow, in: Pravda, 23. 2. 1988, Izvestija, 4. 2. 1988.

<sup>47)</sup> Gorbatschow in einer Rede vor der UNO-Vollversammlung in New York, in: Pravda, 8. 12. 1988; deutsch in: Europa-Archiv, (1989)1, S. D 23–37.

<sup>48)</sup> Ebd., S. D 34f.

<sup>49)</sup> Beijing Review, 19.–25. 12. 1988, S. 7.

<sup>50)</sup> Schewardnadse auf einer Pressekonferenz am 4. 2. 1989, in: Pravda, 5. 2. 1989.

Die Reduzierung der an der sino-sowjetischen und sino-mongolischen Grenze vorhandenen, auf 500 000 Soldaten geschätzten Militärpräsenz der Sowjetunion<sup>52)</sup> um etwa 240 000 Mann würde eine Verringerung um fast die Hälfte bedeuten. Hieraus ergibt sich auch, daß die gegen China gerichteten Streitkräfte im Vergleich zu den in den Strategischen Operationsbereichen „West“ und „Süd“ stationierten weit überproportional abgebaut werden sollen. Dies macht deutlich, wie gering die sowjetische Führung heute die von China ausgehende Bedrohung einschätzt. Da eine nüchterne Bedrohungsanalyse auch schon Anfang der achtziger Jahre oder noch früher zu demselben Ergebnis geführt hätte, muß man sich allerdings fragen, warum ein solcher Abrüstungsschritt nicht bereits vor Gorbatschows Amtsantritt getan wurde.

Schewardnadse gab bei seinem Pekingaufenthalt im Februar 1989 bekannt, daß die im Grenzbereich zu China verbleibenden Truppeneinheiten defensiv strukturiert werden sollen. Er unterbreitete außerdem der chinesischen Seite eine Reihe von Vorschlägen zur weiteren Entspannung und Vertrauensbildung an der Grenze. Demnach sollen u. a. die offensiven Komponenten der Streitkräfte und die Anzahl der Manöver reduziert, die Truppenverminderungen und die Aktivitäten der verbleibenden Einheiten wechselseitig verifiziert und die Manöver und Truppenbewegungen in Grenzgebieten notifiziert werden. Zur Prüfung dieser Frage sei eine gemischte Kommission einzusetzen, die als erstes einen Entwurf zu einem Abkommen über die Grundsätze der Truppenreduzierung auf beiden Seiten der Grenze ausarbeiten solle<sup>53)</sup>.

Aber auch im Bereich des „Hindernisses“ Kambodscha, das von Peking seit mehreren Jahren als das „Haupthindernis“ bezeichnet wird, führte eine neue Beweglichkeit der Sowjetunion unter Gorbatschow zu beachtlichen Erfolgen. Hier geht es der chinesischen Führung offenbar nicht so sehr um Bedrohungsvorstellungen, die angesichts der sowjetischen Militärstützpunkte in Vietnam ohne Zweifel vorhanden sind. Viel stärker ist man in Peking durch Vietnams Streben nach einem von ihm dominierten indochinesischen Hegemonialverband irritiert, denn China betrachtet sich selbst als die historisch legitimierte Ordnungsmacht in Südostasien und ist an einem balkanisierten Indochina interessiert<sup>54)</sup>. Davon ausgehend, daß Vietnam ohne sowjetische Hilfe die Okkupation Kambodschas nicht aufrechterhalten könnte, fordert Pe-

king von Moskau, diese Hilfe einzustellen und Vietnam zum Rückzug aus Kambodscha zu drängen.

Jahrelang weigerte sich die Sowjetunion, mit China über Kambodscha zu sprechen, und zwar mit dem Argument, die sino-sowjetische Annäherung könne nicht auf Kosten befreundeter Staaten betrieben werden (Drittstaatenklausel)<sup>55)</sup>. Erst seit der sino-sowjetischen Konsultationsrunde vom Oktober 1986 fand sich Moskau bereit, auf die Klausel zu verzichten und Kambodscha auf die Tagesordnung zu setzen<sup>56)</sup>. Möglicherweise waren es vor allem zwei von Deng Xiaoping ausgelegte Köder, die die sowjetische Führung zu diesem Wandel bewegten. Zum einen hatte Deng im April 1985 festgestellt, Moskau könne seine guten Beziehungen zu Vietnam und die dortigen Militärstützpunkte beibehalten, wenn es nur Hanoi zum Rückzug aus Kambodscha veranlasse<sup>57)</sup>. Zum anderen hatte er im September 1986 angeboten, für diesen Fall mit Gorbatschow zu einem – von der Sowjetunion seit den siebziger Jahren dringend gewünschten – Gipfeltreffen zusammenzukommen<sup>58)</sup>. Deng wiederholte seine konditionierte Offerte mehrfach, während Gorbatschow Vorbedingungen für einen Gipfel ablehnte<sup>59)</sup>. Bis zum Sommer 1988 schien es, als ob sich die beiden Parteien in der Kambodscha-Frage nicht nähergekommen seien.

Der Durchbruch erfolgte auf einer sino-sowjetischen Arbeitstagung von Ende August 1988 in Peking, die ausschließlich der kambodschanischen Thematik gewidmet war. Offenbar konnte der sowjetische Verhandlungsführer, der Stellvertretende Außenminister Rogatschow, seinen chinesischen Kollegen Tian Zengpei davon überzeugen, daß es die sowjetische Führung mit dem Wunsch nach einer möglichst raschen Beendigung der vietnamesischen Intervention in Kambodscha ernst meine und alle ihr vertretbar erscheinenden Mittel einsetzen würde, um Hanoi zu einem schnellen Abzug zu bewegen<sup>60)</sup>. Es gibt sogar Hinweise, wonach die sowjetische Seite auf der Arbeitstagung für einen vietnamesischen Exodus spätestens im ersten Vierteljahr 1990 garantiert haben soll<sup>61)</sup>. Aber auch China bewegte sich in der Kambodscha-Frage. Auffällig war seit Juli 1988 eine gewisse Distanzierung

<sup>55)</sup> So Breshnew in Taschkent am 24. 3. 1982, *Izvestija*, 25. 3. 1982; Tschernenko in Moskau am 2. 3. 1984, *Izvestija*, 3. 3. 1984.

<sup>56)</sup> Vgl. Radio Peking, 15. 10. 1986.

<sup>57)</sup> Vgl. Deng Xiaoping am 17. 4. 1985, in: *Pekinger Fernsehen*, 17. 4. 1985.

<sup>58)</sup> Vgl. Deng Xiaoping am 2. 9. 1986, in: *Peking Rundschau*, 16. 9. 1986, S. 5.

<sup>59)</sup> Vgl. Deng Xiaoping am 16. 11. 1987, in: *AFP aus Peking*, BPA/OI, 17. 11. 1987, S. 36; Gorbatschow am 27. 11. 1987, in: *Pravda*, 28. 11. 1987; Deng Xiaoping am 4. 12. 1987, in: *Renmin ribao*, 5. 12. 1987; Gorbatschow in einem Interview mit der chinesischen Zeitschrift *Liaowang*, 11. 1. 1988, S. 12.

<sup>60)</sup> Vgl. hierzu und zum Folgesatz *Xinhua*, 1. 9. 1988; *Radio Peking*, 1. 9. 1988; *FEER*, 13. 10. 1988, S. 16.

<sup>61)</sup> Vgl. ebd., 15. 12. 1988, S. 16.

<sup>51)</sup> Vgl. M. Sase (Anm. 40), S. 34f., 309. Die Einheiten des Strategischen Operationsbereiches „Süd“ sind primär auf die Türkei, den Iran und Afghanistan ausgerichtet.

<sup>52)</sup> Vgl. hierzu und zum Folgesatz *Defense of Japan 1988*, Tokyo o. J., S. 34; M. Sase (Anm. 40), S. 309f.

<sup>53)</sup> Zu diesem Absatz vgl. Schewardnadse auf einer Pressekonferenz am 4. 2. 1989, in: *Pravda*, 5. 2. 1989.

<sup>54)</sup> Vgl. hierzu Gerhard Will, *Die Konflikte in Indochina seit dem Ende des Zweiten Vietnamkrieges: Entstehung und Eskalation* (Berichte des BIOst, Nr. 56), Köln 1988, S. 23, 31.

von seinem kambodschanischen Hauptklienten, den Khmer Rouge<sup>62</sup>). Mitte August erklärte der chinesische Parteivorsitzende öffentlich, diese dürften die Macht nicht allein übernehmen<sup>63</sup>). Spätestens seit der Pekinger Arbeitstagung war China offenbar bereit, im Hinblick auf Kambodscha zusammen mit der Sowjetunion an einem Krisenmanagement mitzuwirken.

Auf dem sino-sowjetischen Außenministertreffen vom Dezember 1988 stellte man bei der Behandlung der Kambodscha-Frage in einer Reihe von Punkten Einigkeit fest<sup>64</sup>). Hierzu gehörte der Abzug der vietnamesischen Truppen, die Verhinderung eines Bürgerkrieges, die Bildung einer Viererkoalition und Wahlen unter internationaler Aufsicht. China sagte zu, seine Unterstützung für die Roten Khmer parallel zum vietnamesischen Truppenabzug zu reduzieren. Differenzen blieben u. a. in der Frage des künftigen Status der Heng-Samrin-Regierung bestehen. Die chinesische Seite bestand auf der Vorlage eines Zeitplans für den vietnamesischen Rückzug und forderte die Einstellung von Waffenhilfe an alle vier kambodschanischen Parteien nach dem Abschluß des Rückzugs<sup>65</sup>).

Im Januar 1989 kam erkennbar Bewegung in die Kambodscha-Frage, die sich in der Region unter anderem durch eine hektische Reisediplomatie äußerte. Ausgelöst wurde die überraschende Entwicklung durch Hanoi und Phnom Penh, die Anfang des Monats für den Fall einer politischen Lösung den Endtermin für den vollständigen Truppenrückzug auf September 1989 vorverlegten, sich erstmals mit dessen internationaler Kontrolle einverstanden erklärten und dafür sowjetischen und chinesischen Beifall erhielten<sup>66</sup>). Mitte des Monats reiste erstmals seit 1976 ein thailändischer Außenminister nach Vietnam. Zwei Tage darauf flog der

Erste vietnamesische Vizeaußenminister Dinh Nho Lien nach Peking, um die ersten sino-vietnamesischen Gespräche auf hoher Ebene seit acht Jahren zu führen. Die Chinesen entsprachen damit einem immer wieder — zuletzt auf der sino-sowjetischen Außenministerkonferenz vom Dezember 1988 — vorgetragenen sowjetischen Wunsch, direkt mit Vietnam zu verhandeln. Hanoi meldete anschließend den Abschluß „einiger Vereinbarungen“ und kündigte ein Treffen der beiden Außenminister noch im Jahre 1989 an<sup>67</sup>).

Das sowjetisch-chinesische Außenministertreffen vom Februar 1989 erbrachte in der Kambodscha-Frage eine deutliche Annäherung der Standpunkte. In einer gemeinsamen 9-Punkte-Erklärung einigte man sich darauf, daß nach dem Abzug der vietnamesischen Truppen bis Ende September die ausländische Militärhilfe an die vier Khmer-Parteien eingestellt werden müsse, daß ein Bürgerkrieg und die Wiederholung der Grausamkeiten der Roten Khmer zu verhindern seien, daß der Abzug der Vietnamesen und die anschließenden freien Wahlen international überwacht werden sollten und daß beide Staaten sich an einer internationalen Garantie für ein „unabhängiges, friedliches, neutrales und blockfreies“ Kambodscha beteiligen würden. Die einzigen in der Erklärung erkennbaren Differenzen beziehen sich auf das Verfahren für die Bildung einer künftigen kambodschanischen Regierung vor den geplanten Wahlen. Hier tritt Peking für die Bildung einer „provisorischen Koalitionsregierung“ unter der Führung von Sihanouk mit vierseitiger Beteiligung ein, während Moskau an der Weiterexistenz der Regierung in Phnom Penh festhalten möchte und die Schaffung eines vierseitigen „provisorischen Organs“ unter Sihanouk befürwortet. Über diese Meinungsverschiedenheit soll weiterverhandelt werden<sup>68</sup>).

## VI. Ausblick auf den sowjetisch-chinesischen Gipfel

Im Frühjahr 1989 können die „drei großen Hindernisse“ als im wesentlichen abgebaut gelten. Die chinesische Führung perzipiert die Sowjetunion nicht mehr als eine militärische Bedrohung und sieht sich von Moskau auch in ihren Ordnungsvorstellungen im Hinblick auf Südostasien ernstgenommen. Insofern hat sich also die chinesische Hartnäckigkeit bewährt. Andererseits wird man in Peking einräu-

men müssen, daß sich die Sowjetunion nicht nur mit Rücksicht auf die erwünschte Entspannung mit China bewegt hat. Unter Gorbatschow gehören angesichts des katastrophalen Zustands der sowjetischen Wirtschaft das Abwerfen von außenpolitischem Ballast und das Werben um internationale Kooperation weltweit zum festen Repertoire des „neuen Denkens“.

Der Durchbruch im Bereich des „Hindernisses“ Kambodscha nach der sino-sowjetischen Arbeitskonferenz vom August 1988 machte nunmehr den Weg für den von Moskau seit langem angestrebten Gipfel frei. Schon einen Monat nach der Tagung wurde bekanntgegeben, der chinesische Außenmi-

<sup>61</sup>) Vgl. ebd., 15. 12. 1988, S. 16.

<sup>62</sup>) Vgl. IHT, 16. 7. 1988.

<sup>63</sup>) Vgl. Zhao Ziyang am 16. 8. 1988, in: Xinhua, 17. 8. 1988.

<sup>64</sup>) Die folgenden Aussagen über die Ergebnisse der Außenministerkonferenz beruhen im wesentlichen auf Informationen aus diplomatischen Kreisen. Die offiziellen Veröffentlichungen beider Seiten enthalten kaum konkrete Angaben.

<sup>65</sup>) Vgl. Radio Peking, 2. 12. 1988.

<sup>66</sup>) Vgl. Radio Phnom Penh, 6. 1. 1989; Xinhua, 7. 1. 1989; TASS, 7. 1. 1989.

<sup>67</sup>) Vgl. The Japan Times, 21. und 26. 1. 1989; FAZ, 21. 1. 1989.

<sup>68</sup>) Vgl. zu diesem Absatz den Text der Kambodscha-Erklärung, in: Xinhua, 5. 2. 1989; Pravda, 6. 2. 1989.

nister werde Ende des Jahres nach Moskau fliegen und sein sowjetischer Kollege den Besuch Anfang 1989 erwidern — die ersten derartigen Reisen, seit Zhou Enlai 1957 nach Moskau und Gromyko 1959 nach Peking gefahren war. Mitte Oktober verkündete Deng Xiaoping, im Falle eines günstigen Verlaufs der Außenministertreffen könne die Gipfelbegegnung zwischen ihm und Gorbatschow im Laufe des Jahres 1989 stattfinden<sup>69)</sup>.

Auf dem Moskauer Außenministertreffen von Anfang Dezember 1988 wurde eine weitere Verdichtung der bilateralen nichtpolitischen Zusammenarbeit vereinbart; in der Kambodscha-Problematik blieb noch manches kontrovers. Nachdem auf dem Pekinger Treffen von Anfang Februar 1989 sowohl in diesem Bereich als auch auf dem Gebiet der militärischen Entspannung an der Grenze weitgehend Einigung erzielt werden konnte, stand dem Gipfel nichts mehr im Weg: Staatspräsident Yang Shangkun lud Gorbatschow für die Zeit vom 15. bis 18. Mai nach Peking ein<sup>70)</sup>. Deng Xiaoping sagte zu Schewardnadse, die Begegnung solle „die Vergangenheit beschließen und die Zukunft eröffnen“<sup>71)</sup>.

Was aber kann das Gipfeltreffen wirklich erbringen? Eine Rückkehr zu den Bündnisbeziehungen der fünfziger Jahre keinesfalls — und zwar nicht nur deswegen, weil Deng Xiaoping dies erst unlängst wieder ausgeschlossen hat<sup>72)</sup>. Die postmaoistische Führung hat in ihrer Außenpolitik seit Anfang unseres Jahrzehnts ideologischen Dogmen den Rücken gekehrt, strebt ein Höchstmaß an Unabhängigkeit an und läßt sich von nationalen Interessen im herkömmlichen Sinne leiten. Diese aber gebieten — solange Peking die Modernisierung des Landes als gesamtpolitisches Hauptziel verfolgt — vor allem die Fortsetzung der engen wirtschaftlich-technologischen Zusammenarbeit mit den USA, Japan und Westeuropa. Die sich verstärkende Kooperation mit der Sowjetunion mit ihren spezifischen Vorteilen — z. B. kurze Transportwege, Kompensationsgeschäfte — erscheint dabei als ein komplementäres Element sehr willkommen. Hinzu kommt ein vitales Interesse, von den Reformen im jeweils

anderen Land zu lernen. Im Rahmen einer diversifizierenden Außenpolitik wird China es auch weiterhin zu vermeiden suchen, in eine allzu starke Abhängigkeit von einem einzelnen Staat oder einer Staatengemeinschaft zu geraten.

Die von beiden Seiten immer wieder zitierte „Normalisierung“ der Beziehungen kann der Gipfel schon aus semantischen Gründen nicht leisten. Weder Moskau noch Peking waren bisher in der Lage, diesen Begriff einigermaßen plausibel zu definieren. Zuzustimmen ist daher Oleg Trojanowskij, dem sowjetischen Botschafter in Peking, der ihn unlängst mit der Begründung ablehnte, die sino-sowjetischen Beziehungen seien bereits normal und es könne daher nur um ihre Verbesserung gehen<sup>73)</sup>. Zutreffend erscheint auch eine chinesische Einschätzung, wonach Pekings künftige Beziehungen zu Moskau sich von denjenigen zum Beispiel zu Paris nicht unterscheiden werden<sup>74)</sup>. Angesichts der Entideologisierung der Außenpolitik beider kommunistischer Staaten ist selbst die geplante Wiederaufnahme der 1966 unterbrochenen, aber nie formell abgebrochenen Parteibeziehungen kein sonderlich aufregender Vorgang mehr. In diese Richtung weist Schewardnadses lapidare Bemerkung, Gorbatschows geplantes Zusammentreffen mit Parteichef Zhao Ziyang im Mai werde die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den beiden Parteien bedeuten<sup>75)</sup>. Auf einen feierlichen Akt will man anscheinend — wie schon im Fall der kleineren osteuropäischen Parteien — verzichten.

Was als Substanz für den Gipfel bleibt, ist die protokollarische Krönung der bisher erreichten Wiederannäherung, verbunden mit einem intensiven Arbeitsprogramm im Stil der sowjetisch-amerikanischen Spitzenbegegnungen in der Ära Reagan-Gorbatschow. Hierbei sollen vor allem die restlichen Differenzen in der Kambodscha-Frage ausgeräumt werden. Für den 84jährigen Deng Xiaoping bedeutet der Gipfel den letzten Höhepunkt seiner außenpolitischen Karriere vor seinem für Ende des Jahres geplanten Abschied von der Politik. Für Deng und Gorbatschow wird das Treffen einen beachtlichen Prestigegewinn im eigenen Lande erbringen, den besonders der von politischen Widersachern bedrängte sowjetische Generalsekretär gut gebrauchen kann.

<sup>69)</sup> Zu diesem Absatz vgl. Radio Peking, 29. 9. 1988; IHT, 14. 10. 1988.

<sup>70)</sup> Vgl. Pravda, 6. 2. 1989.

<sup>71)</sup> Zu diesem Absatz vgl. TASS, 1., 2. und 3. 12. 1988 sowie 2. und 4. 2. 1989; Xinhua, 3. 12. 1988 sowie 3. und 5. 2. 1989.

<sup>72)</sup> Vgl. Deng Xiaoping am 2. 12. 1988, in: Xinhua, 2. 12. 1988.

<sup>73)</sup> Vgl. Salzburger Nachrichten, 1. 12. 1988.

<sup>74)</sup> Vgl. FEER, 15. 12. 1988, S. 16.

<sup>75)</sup> Vgl. Pravda, 5. 2. 1989.

## **Wilhelm Bruns: Mehr Substanz in den Ost-West-Beziehungen. Zur dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/89, S. 3—9

Die 35 KSZE-Staaten konnten sich auf ein ausgewogenes und substantielles Schlußdokument in Wien verständigen. Die Ausgewogenheit bezieht sich auf alle drei Körbe der KSZE-Schlußakte: auf die politisch-militärische, die ökonomische und die humanitäre Dimension. Substantiell ist das Wiener Schlußdokument, weil es — wenn auch mit unterschiedlichem Konkretisierungsgrad — neue Verabredungen über den grenzüberschreitenden Verkehr (Freizügigkeit) enthält, aber auch notwendige Voraussetzungen für die Aufnahme zweier für die europäische Sicherheit zentraler Konferenzen schafft: einer Konferenz über konventionelle Abrüstung in Europa (KRK) und die Fortsetzung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (KVAE).

Die beiden deutschen Staaten sind am KSZE-Prozeß gleichberechtigt beteiligt. Ihre wechselseitigen Beziehungen können insbesondere durch die Freizügigkeitsverabredungen zusätzliche Impulse erhalten. Die Dynamik in den Ost-West-Beziehungen hat durch das Wiener Schlußdokument eine Richtung erhalten, die für die Begegnungswünsche von Menschen aus Ost und West wichtig ist.

## **Margareta Mommsen: Strukturwandel der Öffentlichkeit im Sowjetsystem. Zur Dialektik von Glasnost und Perestroika**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/89, S. 10—19

Glasnost und Perestroika, die beiden bekannten Kürzel für den aktuellen Reformprozeß in der UdSSR, beziehen sich auf verschiedene Erscheinungen, stehen aber in einem engen Wechselverhältnis zueinander. Glasnost, die neue kritische Öffentlichkeit, ging dem Plan einer grundlegenden Umgestaltung des Systems, der Perestroika, voran. Die dynamische Kraft der neuen öffentlichen Meinung trug maßgeblich dazu bei, die Reform des politischen Gemeinwesens auf die Tagesordnung zu setzen und den strukturellen Wandel vorzuzeichnen. Zugleich vollzogen sich Änderungen in den Formen der Öffentlichkeit selbst.

Seit der Amtsübernahme durch Gorbatschow wurde Glasnost propagiert. Die Inhalte und Formen öffentlicher Kritik weiteten sich aus. Die Preisgabe des „Unfehlbarkeitsanspruches“ der KPdSU auf ihrem 27. Parteitag 1986 stellte die Weichen für ein neues gesellschaftliches „Denken in Varianten“ wie für das Hervortreten einer „bürgerlichen Gesellschaft“ überhaupt. Die öffentliche Kritik beschäftigte sich mit den strukturellen Schwachstellen des „befehlsadministrativen“ Systems und dessen Entstehung. Die von oben freigegebene und von der Gesellschaft weitergetragene Regimekritik mündete in generelle Konzepte und konkrete Vorschläge zur Systemerneuerung. Wichtige Etappen in diesem Prozeß waren die Volksausreden und die 19. Parteikonferenz 1988. Hier erwies sich Glasnost als nachgeholtes liberales Ideal von Öffentlichkeit zur Freisetzung eines Marktes von Meinungen, „optimaler“ Problemlösungen und selbst von neuen verfassungspolitischen Leitvorstellungen. So orientieren sich die gegenwärtigen Reformbestrebungen an den lange verpönten Begriffen des Rechtsstaats und des Pluralismus, an Opposition und Gewaltenteilung. Man greift heute offenkundig freimütig auf die im Westen gemachten „Erfahrungen des welt-historischen Prozesses“ zurück, um Reformmodelle zu gewinnen. Noch bleibt abzuwarten, wie sich diese in die sowjetische Verfassungswirklichkeit einfügen werden.

## **Heinz Timmermann: Die KPdSU und das kommunistische Parteiensystem. Paradigmenwechsel in Moskau**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/89, S. 20–28

Das Bemühen der Sowjetführung um einen entschiedenen Kurswechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik, die explizite Absage Moskaus an das Wahrheitsmonopol, die Betonung kooperativer Elemente in der friedlichen Koexistenz, die Neueinschätzung des Westens als friedens- und reformfähig – all dies ist begleitet von einem tiefgreifenden Wandel im Verhältnis der KPdSU zum kommunistischen Parteiensystem. Die Pluralität der Entwicklungswege zum Sozialismus – früher auf eine bloße Vielfalt in den Formen reduziert – wird von den sowjetischen Reformern heute als positive Erscheinung und als Chance zu gegenseitigem Lernen und wechselseitiger inhaltlicher Bereicherung eingeschätzt.

Im Hinblick auf die regierenden kommunistischen Parteien sind die Kernaussagen der sowjetisch-jugoslawischen Erklärung vom März 1988 für das sowjetische Umdenken beispielhaft: Die Kraft des Sozialismus liege gerade in seiner Vielgestaltigkeit, betonte Gorbatschow in Belgrad. Freilich bleibt abzuwarten, ob die in Belgrad verkündeten Prinzipien des Rechts auf einen eigenen Weg sowie auf einschneidende Systemreformen auch für die Länder der im Warschauer Pakt vereinten sozialistischen Gemeinschaft gelten.

Was die Kommunisten im Westen angeht, so werden die traditionalistisch orientierten Parteien – wie die kommunistischen Parteien Frankreichs, Portugals und der Bundesrepublik – von sowjetischen Theoretikern zur Überwindung ihres „dogmatischen Fundamentalismus“, zur Revision überkommener Doktrinen aufgefordert. Große Aufmerksamkeit findet dagegen die früher scharf kritisierte KPI, und zwar gerade deshalb, weil sie sich mit ihrer innenpolitischen Transformationsstrategie und ihrem Konzept eines „neuen Internationalismus“ als die innovativste Partei unter den westeuropäischen Kommunisten erwiesen hat. Das eigentliche Interesse der KPdSU innerhalb der westlichen „Arbeiterbewegung“ richtet sich jedoch zunehmend auf die Sozialisten und Sozialdemokraten, auf deren Konzepte zur politischen Konsensbildung, zur Wirtschaftsregulierung, zur ökologischen Erneuerung, zur gemeinsamen Sicherheit.

Ähnlich wie auf anderen Politikfeldern vollzieht die KPdSU somit in ihren Beziehungen zu anderen Parteien einen Paradigmenwechsel, wobei sie den Dialog zunehmend mit andersdenkenden geistig-politischen Strömungen sucht, darunter auch mit Kräften grün-alternativer und liberal-konservativer Provenienz.

## **Dieter Heinzig: Sowjetische Chinapolitik unter Gorbatschow: Der Abbau der „drei großen Hindernisse“**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/89, S. 29–38

Nach dem Amtsantritt Gorbatschows im März 1985 konnte die sowjetische Führung an den Entspannungsprozeß anknüpfen, der 1982 in den Beziehungen mit der Volksrepublik China in Gang gekommen war. Er hatte zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit in Bereichen wie Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Kultur geführt. So gut wie keine Fortschritte waren allerdings mit dem Blick auf die von Moskau gewünschte politische Détente erzielt worden. Hier stellte Peking Vorbedingungen, nämlich die Beseitigung von drei sicherheitspolitischen „Hindernissen“, deren Errichtung die Sowjetunion zu verantworten habe: des Aufbaus der massiven Militärpräsenz an der Grenze zu China, der Unterstützung der vietnamesischen Intervention in Kambodscha und des Einmarsches in Afghanistan.

Unter Gorbatschow beschleunigte die Sowjetunion den Ausbau der zwischenstaatlichen Kooperation mit China. Im Sommer 1986 ließ sie erstmals erkennen, daß sie für die erwünschte politische Entspannung einen politischen Preis zu zahlen bereit war. Doch erst im Verlauf des Jahres 1988 bewegte sie sich auch im Bereich der „Hindernisse“. Der Rückzug aus Afghanistan, der Abbau des in Asien stationierten SS-20-Potentials und eine drastische Verringerung der Truppen im Grenzbereich, vor allem aber die Kompromißbereitschaft im Kambodscha-Konflikt machten den Weg für das von Moskau seit langem angestrebte Gipfeltreffen frei.

Der Gipfel wird sicher keine spektakulären Ergebnisse erbringen, sondern stellt lediglich die protokollarische Krönung der bisher erreichten Wiederannäherung dar. Zu rechnen ist auch künftig mit dem weiteren Ausbau einer pragmatischen Kooperation zweier Staaten, deren Hauptziel die Modernisierung ihrer rückständigen Volkswirtschaften ist und die hierfür ein friedliches Umfeld brauchen.